

GESCHÄFTSBERICHT | **2011**

GESCHÄFTSBERICHT | **2011**

Inhalt

- 4 Vorwort der Landesregierung
- 6 Bericht des Vorstandes
- 10 Organe der ISB
 - 10 Verwaltungsrat
 - 11 Beirat

- 12 Die neue ISB: Unter einen Dach

- 16 So fördert die ISB
 - 16 Human Solutions GmbH: Innovationen passgenau gefördert
 - 19 WB Wohnraum GmbH & Co. KG: Wohnraum schaffen – für alle
 - 22 Stahlbau Ziemann GmbH: Generationswechsel geglückt
 - 25 WK innovatives Bauen GmbH: Rundumversorgung inklusive

- 28 Impressionen 2011

- 30 Jahresabschluss der Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH für das Geschäftsjahr 2011
 - 32 Jahresbilanz
 - 34 Gewinn- und Verlustrechnung
 - 35 Anhang
 - 45 Lagebericht
 - 64 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
 - 66 Konzernbilanz
 - 68 Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

- 70 Jahresabschluss der Landestreuhandbank
Rheinland-Pfalz (LTH) für das Geschäftsjahr 2011
 - 72 Jahresbilanz
 - 74 Gewinn- und Verlustrechnung
 - 75 Anhang
 - 78 Lagebericht
 - 86 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

- 88 Bericht des Verwaltungsrates an die Trägerversammlung

- 93 Impressum



Eveline Lemke
Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung

Dr. Carsten Kühl
Minister der Finanzen

Förderinstitute erfolgreich zusammengeführt

Wichtige strukturelle Veränderungen bestimmten das vergangene Jahr der rheinland-pfälzischen Förderbanken Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH und Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH): Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung wurden die beiden Institute zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts zusammengeführt. Die Fusion der beiden Institute erzeugt einen neuen starken Partner im Bereich der Wirtschafts- und Wohnraumförderung, wenn es um Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen, Existenzgründungen, Umsetzung von Innovationen sowie um die Schaffung von Wohnraum, die Bildung von Wohneigentum sowie die energetische und altersgerechte Sanierung von Wohnimmobilien geht.

Seit dem 1. Januar 2012 gibt es nunmehr in neuer Rechtsform eine Förderbank, unter deren Dach die gesamte Wirtschafts-, Wohnraum- und Städtebauförderung des Landes zusammengefasst ist. Die Fusion wird die Bank auch im laufenden Jahr beschäftigen: Es gilt nun, neue Strategien für die Marktentwicklung zu finden und dabei innovative Förderprogramme mitzugestalten und umzusetzen. Eine weiterhin robuste Konjunktur bildet für diese Herausforderungen ein günstiges Umfeld – auch wenn die Risiken für das Exportland Deutschland unübersehbar sind. Umso wichtiger ist es, dass sowohl die ISB GmbH als auch die LTH für das Jahr 2011 jeweils eine gute, auf hohem Niveau eingeschwungene Bilanz vorlegen können.

Trotz insgesamt gesunkener Förderzusagen hat die ISB im vergangenen Jahr erneut ein aktives und engagiertes Fördergeschäft betrieben, das den kleinen und mittleren

Unternehmen im Land und nicht zuletzt den Arbeitnehmern und deren Familien zugute kam. Das Mittelstandsförderungsprogramm wurde wirkungsvoll ergänzt durch die Global- und Konsortialdarlehen. Dies soll auch im laufenden Jahr so bleiben. Neben Zuschüssen und Darlehen spielten im vergangenen Jahr Gewährleistungen und Beteiligungen eine immer wichtigere Rolle im Förderportfolio der ISB. Auch diese Entwicklung ist gewünscht und wird sich fortsetzen, weil auf diese Weise die Kapital- bzw. Liquiditätsausstattung des rheinland-pfälzischen Mittelstandes besonders wirkungsvoll sichergestellt werden kann.

Dass Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr mit 3,1 Prozent ein überdurchschnittlich gutes Wachstum erzielte, machte sich auch durch eine lebhaftere Nachfrage nach den Programmen der Wohnraumförderung bemerkbar. Diese Programme haben ihrerseits einen Beitrag geleistet, um die Bauinvestitionen im Land weiter voranzutreiben und damit selbst für zusätzliche konjunkturelle Impulse zu sorgen. Soziale und ökonomische Zielsetzungen ergänzen sich hier ausgezeichnet.

Die Landesregierung wird deshalb die Mittel für die Wohnraum- und Städtebauförderung für die Jahre 2012 und 2013 in Höhe von jeweils rund 35 Mio. Euro konstant halten. Damit können neue Schwerpunkte wie zum Beispiel der Bau barrierefreier Mietwohnungen, die Schaffung neuer Wohnformen für gemeinschaftliches und barrierefreies Wohnen oder die Verbesserung energetischer Standards im Zuge von Modernisierungen realisiert werden. Durch die Fusion sollen sich aber auch neue Impulse für das Fördergeschäft insgesamt ergeben. Dies kann zum Beispiel in Form von eigenen Produkten der ISB im Bereich der Eigentumsförderung geschehen.

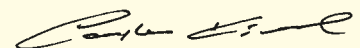
Dabei spielen die Hausbanken weiterhin sowohl in der Wirtschafts- als auch Wohnraumförderung eine tragende Rolle. Sie sind und bleiben auch für die neue ISB ein wichtiger Partner in der Förderung. Überhaupt ist es uns als Landesregierung sehr bewusst, dass die Zusammenarbeit mit allen unseren Partnern in der Förderpolitik ausgezeichnet läuft und wie wichtig es ist, dies fortzusetzen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von ISB und LTH gebührt in diesem Jahr besonderer Dank. Eine Fusion zweier selbstständiger Förderinstitute kann nur mit erheblichem Engagement gelingen – schließlich ist immer zugleich der reibungslose Ablauf des Tagesgeschäftes zu garantieren. Sie alle haben ihren Anteil daran, dass die ISB zum Leuchtturm einer ökonomisch sinnvollen, regional und sozial ausgewogenen Standortentwicklung in Rheinland-Pfalz geworden ist. Dies ist zugleich eine Verpflichtung für die Zukunft, in der es darauf ankommt, einerseits die Potenziale des Instituts vollständig abzurufen und andererseits Risiken zu minimieren. Die gesunden Bilanzen von ISB und LTH sowie die positive Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensstandortes Rheinland-Pfalz insgesamt sind der beste Beweis, dass wir noch viel erreichen können.



Eveline Lemke

Ministerin für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung



Dr. Carsten Kühl

Minister der Finanzen



Von links:
 Jakob Schmid (Mitglied des Vorstandes),
 Dr. Ulrich Link (Mitglied des Vorstandes) und
 Ulrich Dexheimer (Sprecher des Vorstandes)

Bündelung von Kompetenzen

Dieser Geschäftsbericht ist ein Novum: Zum ersten Mal berichten wir über die Ergebnisse zweier Förderinstitute, der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH und der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), gemeinsam. Nachdem die Fusion der beiden Förderinstitute zur neuen Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) als Anstalt des öffentlichen Rechts am 1. Januar 2012 in Kraft getreten ist und damit die gesamte Wirtschafts-, Wohnraum- und Städtebauförderung des Landes unter einem Dach zusammengeführt ist, haben wir uns dazu entschlossen, für 2011 einen gemeinsamen Geschäftsbericht vorzulegen. Die Jahresabschlüsse der Vorgängerinstitute für das vergangene Jahr sind getrennt dargestellt, während dieser Bericht des Vorstandes bereits mit einer Feder geschrieben ist.

Wir betrachten die Zusammenführung der beiden Institute als Meilenstein für die Optimierung und Bündelung der Förderstrukturen des Landes und werden alles daran setzen, das Potenzial, das in dieser Fusion steckt, für unsere Kunden und Partner auszuschöpfen. Dieses Potenzial, die Wirtschafts-, Wohnraum- und Städtebauförderung des Landes verlässlich umzusetzen und innovativ mitzugestalten, lässt sich aus den noch getrennten Bilanzen 2011 der beiden Institute ablesen.

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH

Die Bilanz der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH für das Jahr 2011 zeigt nach Jahren des starken Wachstums eine Konsolidierung der Ergebnisse auf hohem Niveau. Die Bilanzsumme stieg 2011 leicht auf 10.485,8 Mio. Euro (Vorjahr



*Mit der Förderbilanz
sind wir zufrieden. «*

10.337,7 Mio. Euro). Es konnte ein Jahresüberschuss von 1,9 Mio. Euro (Vorjahr 1,0 Mio. Euro) erzielt werden. Das Geschäftsvolumen erreichte mit 10.921,1 Mio. Euro fast wieder das Ergebnis des Jahres 2010 (11.240,1 Mio. Euro).

Der Geschäftsverlauf 2011 war geprägt von einer insgesamt rückläufigen Nachfrage nach den Förderangeboten der ISB im Vergleich zum Rekordjahr 2010. Die unter anderem im vergangenen Jahr notwendigen Neustrukturierungen im Gewährleistungsbereich, insbesondere infolge der Gründung der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz, sowie relevante Änderungen bei den Refinanzierungsmöglichkeiten waren mit Auswirkungen auf die Förderbilanz 2011 verbunden. Gleichwohl hat die ISB GmbH 2011 wieder unter Beweis gestellt, dass sie als Wirtschaftsförderinstitut des Landes nicht nur effiziente Wirtschafts- und Strukturförderung garantieren konnte, sondern auch eine uneingeschränkte Solidität und Stabilität. Daran wird sich auch in Zukunft in den neuen Strukturen bzw. der neuen Rechtsform nichts ändern.

Die ISB hat im vergangenen Jahr insgesamt 3.140 Zusagen ausgesprochen. Diese Zahl lag erwartungsgemäß unter dem Höchststand des Vorjahres (4.099 Zusagen). Diese Entwicklung spiegelt sich im Kerngeschäft der ISB, dem Bereich der Darlehen und Zuschüsse, wider. Hier konnten 2.862 Zusagen erteilt werden (Vorjahr 3.686 Zusagen). Sowohl bei den Zuschüssen, beispielsweise im Rahmen der Regional- oder Technologieförderung, als auch den ISB-Darlehensprogrammen gab es eine leicht rückläufige Entwicklung.

Dazu machten sich im Darlehensbereich neben dem generellen Nachfragerückgang zusätzlich veränderte Angebote der Refinanzierungspartner bemerkbar, bei denen die ISB Darlehen zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäftes aufnimmt. Die ISB refinanziert sich in der Hauptsache bei der KfW und Landwirtschaftlichen Rentenbank. Im Kommunalkreditgeschäft wurde das Neugeschäft 2011 bewusst auf 1.724,2 Mio. Euro (Vorjahr 2.661,2 Mio. Euro) reduziert. Auch bei den zinsgünstigen Mittelstandsförderdarlehen ging das Neugeschäft nachfragebedingt leicht auf 265,2 Mio. Euro zurück (Vorjahr 324,0 Mio. Euro).



*Bürgschaftsnachfrage
hat sich normalisiert. «*

Ein weiterer Schwerpunkt der Fördertätigkeiten der ISB lag auch 2011 im Bereich der Bürgschaften und Garantien. Hier setzte sich jedoch der bundesweit sichtbare rückläufige Trend fort; das Neugeschäft bei den Gewährleistungen ging deutlich zurück. Nach der hohen Nachfrage in den Krisenjahren 2009 und 2010 normalisierte sich der Bedarf an Sicherheiten im Berichtsjahr 2011 insgesamt wieder. Die Zahl der neu zugesagten Gewährleistungen, einschließlich der im Rahmen der Geschäftsbesorgung für die Bürgschaftsbank bearbeiteten, lag bei 211 mit einem Volumen von 56,9 Mio. Euro. Aufgrund der Neuordnung des Bürgschaftsgeschäftes lassen sich diese Zahlen jedoch nur begrenzt mit dem Vorjahr vergleichen.



*Klarer Kurs bei
Beteiligungsgeschäft. «*

Das Beteiligungsgeschäft der ISB hat sich in den vergangenen Jahren zu einem weiteren Kernbereich entwickelt. Hier wurde ein klarer Kurs eingeschlagen, der weiter auf eine Ausweitung der Beteiligungen zielt, allerdings verstärkt unter qualitativen Gesichtspunkten. Insgesamt wurden 56 Venture-Capital-Beteiligungen zugesagt, hinzu kamen weitere neun Beteiligungen der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH. Erfreulich ist, dass der Innovationsfonds Rheinland-Pfalz weiterhin für wichtige Impulse sorgt und Beteiligungen in Höhe von 3,3 Mio. Euro zugesagt werden konnten (Vorjahr 5,4 Mio. Euro). Auch zukünftig wird es ein Hauptanliegen der ISB sein, die Eigenkapitalausstattung der rheinland-pfälzischen Unternehmen nachhaltig zu verbessern. Der Venture-Capital-Bereich wird deshalb weiter an Bedeutung gewinnen.

Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH)

Für die Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) war 2011 ein ausgesprochen erfolgreiches Jahr: Ein Anstieg von fast 30 Prozent bei den Baugenehmigungen in Rheinland-Pfalz führte zu einer spürbaren Belebung der Nachfrage nach den Förderinstrumenten der LTH. Infolgedessen weitete die LTH ihr Fördergeschäft im abgelaufenen Jahr deutlich aus. Damit konnten wichtige finanzielle Anreize für den Neubau, den Erwerb und die Modernisierung von Wohnraum gegeben und Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen unterstützt werden.

Über alle Programme hinweg – von der Förderung des Wohneigentums, der Schaffung preisgünstiger Mietwohnungen über die Maßnahmen zur Modernisierung bis hin zum Experimentellen Wohnungs- und Städtebau sowie Konversionsprojekten – konnten 5.112 Wohneinheiten mit einem Volumen von mehr als 115 Mio. Euro gefördert werden.



*Wohnraumförderung
ist stark gefragt. «*

Aufgrund dieser Nachfrageentwicklung wird in der Wohnraum- und Städtebauförderung auf Kontinuität gesetzt. Wie für das Programmjahr 2011 stellt das Land Rheinland-Pfalz im laufenden Jahr erneut Fördermittel in Höhe von 35,0 Mio. Euro bereit, was einem Kredit- bzw. Zuschussvolumen von rund 130 Mio. Euro entspricht.

Die Bilanzsumme der LTH beträgt zum Bilanzstichtag 1.683,9 Mio. Euro (Vorjahr 1.777,5 Mio. Euro). Der Jahresüberschuss der LTH liegt vor allem aufgrund eines rückläufigen Forderungsbestandes im Berichtsjahr bei 0,8 Mio. Euro (Vorjahr 1,4 Mio. Euro). Insgesamt zeigt die Bilanz 2011 auch für die LTH nicht nur ein aktives Fördergeschäft, sondern zugleich eine stabile Ertrags- und Finanzlage.

Ausblick 2012

Die neue ISB setzt weiterhin - wie zuvor die ISB GmbH und die LTH - auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Hausbanken sowie den Kammern, Verbänden und Wirtschaftsförderungseinrichtungen im Land. Uns eint das Ziel, unseren Kunden aus Mittelstand, Wohnungsbau und Wohnungswirtschaft sowie den Kommunen ein starker und innovativer Partner in allen Themen rund um die Finanzierung von Investitionen und Betriebsmitteln zu sein.

Das vergangene Jahr hat alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ISB und LTH vor außerordentliche Anforderungen gestellt. Ihnen gilt unser besonderer Dank. Allein die Zusammenführung der beiden Förderinstitute war und ist eine äußerst anspruchsvolle Aufgabe, die uns alle auch im laufenden Jahr weiter herausfordern wird. Hinzu kommen die gewachsenen Ansprüche an die Ertragskraft der ISB, die sich aus den erhöhten Anforderungen nach Basel III ergeben. Unser Ziel ist es, die bislang guten Ergebnisse der ISB und der LTH nachhaltig zu konsolidieren, unsere Geschäftspolitik der Vorsorge und Vorsicht weiterzuführen und damit die Grundlage für qualitatives Wachstum zu schaffen - für unser Institut genauso wie für das Land Rheinland-Pfalz. ■



Ulrich Dexheimer

Sprecher des Vorstandes



Jakob Schmid

Mitglied des Vorstandes



Dr. Ulrich Link

Mitglied des Vorstandes

Organe der ISB

VERWALTUNGSRAT

Vorsitzender

Dr. Salvatore Barbaro

Staatssekretär
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz

Stellvertretender Vorsitzender

Ernst-Christoph Stolper

Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz
(bis 27. Juni 2012)

Uwe Hüser

Präsident der Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord,
Koblenz
(ab 28. Juni 2012)

Mitglieder

Dr. Rüdiger Beyer

Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz,
Ludwigshafen

Dr. Manfred Bitter

Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Trier,
Trier

Michael Ebling

Staatssekretär
Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz
(bis 18. April 2012)

Christof Henn

Arbeitsgemeinschaft
rheinland-pfälzischer Wohnungsunternehmen,
Neuwied

Anette Schürmann

Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz

Dr. Ralf Teepe

Ministerium für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz

BEIRAT

Vorsitzender

Dr. Carsten Kühl
Minister der Finanzen

Mitglieder

Alexander Baden
Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Koblenz

Dagmar Barzen
Präsidentin der Aufsichts- und
Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz, Trier

Ernst Beucher
Geschäftsführender Direktor
des Landkreistages Rheinland-Pfalz

Heinz-Joachim Höfer
Stadtbürgermeister der Kreisstadt Altenkirchen
und Bürgermeister der Verbandsgemeinde
Altenkirchen

Uwe Klemens
Landesbezirksleiter
Rheinland-Pfalz ver.di, Mainz

Julia Klöckner
MdL, Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

Daniel Köbler
MdL, Vorsitzender der Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bernd Köhncke
Erster Vorsitzender des Bankenverbandes
Rheinland-Pfalz, Mainz

Beate Läsch-Weber
Präsidentin des Sparkassenverbandes
Rheinland-Pfalz, Budenheim

Dr. Eva Lohse
Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen

Heribert Metternich
Vizepräsident der Landwirtschaftskammer
Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach

Winfried Ott
Geschäftsführer der TBS gGmbH
Rheinland-Pfalz, Mainz

Richard Patzke
Hauptgeschäftsführer
der IHK für Rheinhessen, Mainz

Hans Pfeifer
Vorstandsvorsitzender des RWGV e.V., Münster

Frank Puchtler
MdL, SPD-Landtagsfraktion

Dr. Hanno Scherer
Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes
Einzelhandel Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion
Süd, Neustadt

Werner Simon
Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung
Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Edgar Wilk
Präsident der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz
und des Landesverbandes der Freien Berufe
Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Patrick Mutschke
Personalrat ISB

Uwe Schmitt
Personalrat ISB



Unter einem Dach

Alles dreht sich um Investitionen – so lässt sich das Aufgabenfeld der neuen Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) zusammenfassen. Durch die Fusion der ISB GmbH mit der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) zum 1. Januar 2012 wurden die Bereiche Wohnraum- und Wirtschaftsförderung des Landes unter einem Dach zusammengeführt.

Als Ansprechpartner für alle Förderprogramme steht die neue ISB dem Mittelstand bei Finanzierungsfragen zu Existenzgründungen, Unternehmensansiedlungen und -erweiterungen sowie Investitionsprojekten zur Verfügung. Zudem erhalten Privatpersonen, Wohnungsbaugesellschaften und sonstige Investoren in Wohnimmobilien finanzielle Unterstützung bei der Bildung von Wohneigentum, der Schaffung von Wohnraum, Umbaumaßnahmen und der Modernisierung der selbst genutzten oder vermieteten Immobilie. Die große Klammer des gemeinsamen Handelns bildet dabei das Ziel, Investitionen im Land effektiv zu fördern. Denn Investitionen sind der Motor der konjunkturellen und strukturellen Entwicklung in Rheinland-Pfalz.

Mit der Fusion hat das Land Rheinland-Pfalz zugleich auf die tiefgreifenden Veränderungen der Finanzmärkte als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise reagiert. Ziel war es, eine Förderbank mit modernen Strukturen zu schaffen. Als nunmehr deutlich größeres Institut ist die ISB bestens gerüstet für die kommenden sozioökonomischen Herausforderungen des Landes. Denn ob durch Energiewende, Fachkräftemangel oder demografischen Wandel – auch die Förderschwerpunkte unterliegen ständigen Veränderungen und müssen flexibel und schnell an ihre Umwelt angepasst werden können.

Mit der neuen ISB ist es also gelungen, die Kompetenzen der beiden Förderinstitute des Landes Rhein- →

Die neue ISB

Die neue Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihr Sitz befindet sich in Mainz. An zwei Standorten in der Landeshauptstadt sind rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Mit der Förderung des Mittelstandes und der Kommunen sowie der Umsetzung der Programme der sozialen Wohnraumförderung unterstützt die ISB das Land Rheinland-Pfalz in seiner Wirtschafts-, Struktur- und Regionalpolitik. ■





Vom Start-up bis zum etablierten Unternehmen: Die ISB hilft mit passgenauen Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten.

land-Pfalz in einem Haus zusammenzufassen. So wurde ein Institut geschaffen, das sich selbstbewusst den Anforderungen der Zeit stellt. Und dies völlig reibungslos, denn für die Kunden ergeben sich durch die Fusion kaum Änderungen. Sie können bei

den ihnen bekannten Ansprechpartnern auf den bewährten Service setzen. Wettbewerbsneutralität, Transparenz und Kontinuität bleiben weiterhin die wichtigsten Werte in den Beziehungen der ISB zu Kunden und Partnern.

Partner für Wirtschafts- ...

Im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung der ISB stehen nach wie vor die kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz: Rund 99 Prozent der Betriebe im Land zählen zu dieser Gruppe. Sie sorgen für wirtschaftliche Stabilität und eine vielfältige Branchenstruktur. Die ISB unterstützt sie mit zahlreichen Finanzierungs- und Förderprogrammen: Mit Zuschüssen, Darlehen, Bürgschaften und Beteiligungen fördert sie Investitionen und Innovationen sowie die zukunftsfähige Aufstellung der Betriebe. Zudem steht das rheinland-pfälzische Förderinstitut Unternehmen gemeinsam mit einem einzigartigen Netz von Wirtschaftsförderern, Banken, Kammern sowie vielen weiteren Multiplikatoren beratend zur Seite.

... und Wohnraumförderung

Außerdem setzt sich die ISB dafür ein, das Wohnen in Rheinland-Pfalz noch attraktiver und wirtschaftlicher zu gestalten. Sie bietet jungen Familien, die sich für einen Hausbau entscheiden oder eine Eigentumswohnung kaufen möchten, zinsverbilligte Darlehen über die Hausbank an. Aber auch Modernisierungen sind ein aktuelles Thema. Denn insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der steigenden Energiekosten kommen auf viele Hauseigentümer, Wohnungsbaugesellschaften und Vermieter Umbauten im Sinne des barrierefreien Wohnens sowie die Durchführung energetischer Maßnahmen zu. Hier unterstützt die ISB mit Zinsgarantiedarlehen und Investitionszuschüssen. ■



Bezahlbarer Wohnraum für junge Familien: Die ISB unterstützt auch diese dabei, den Traum von den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.



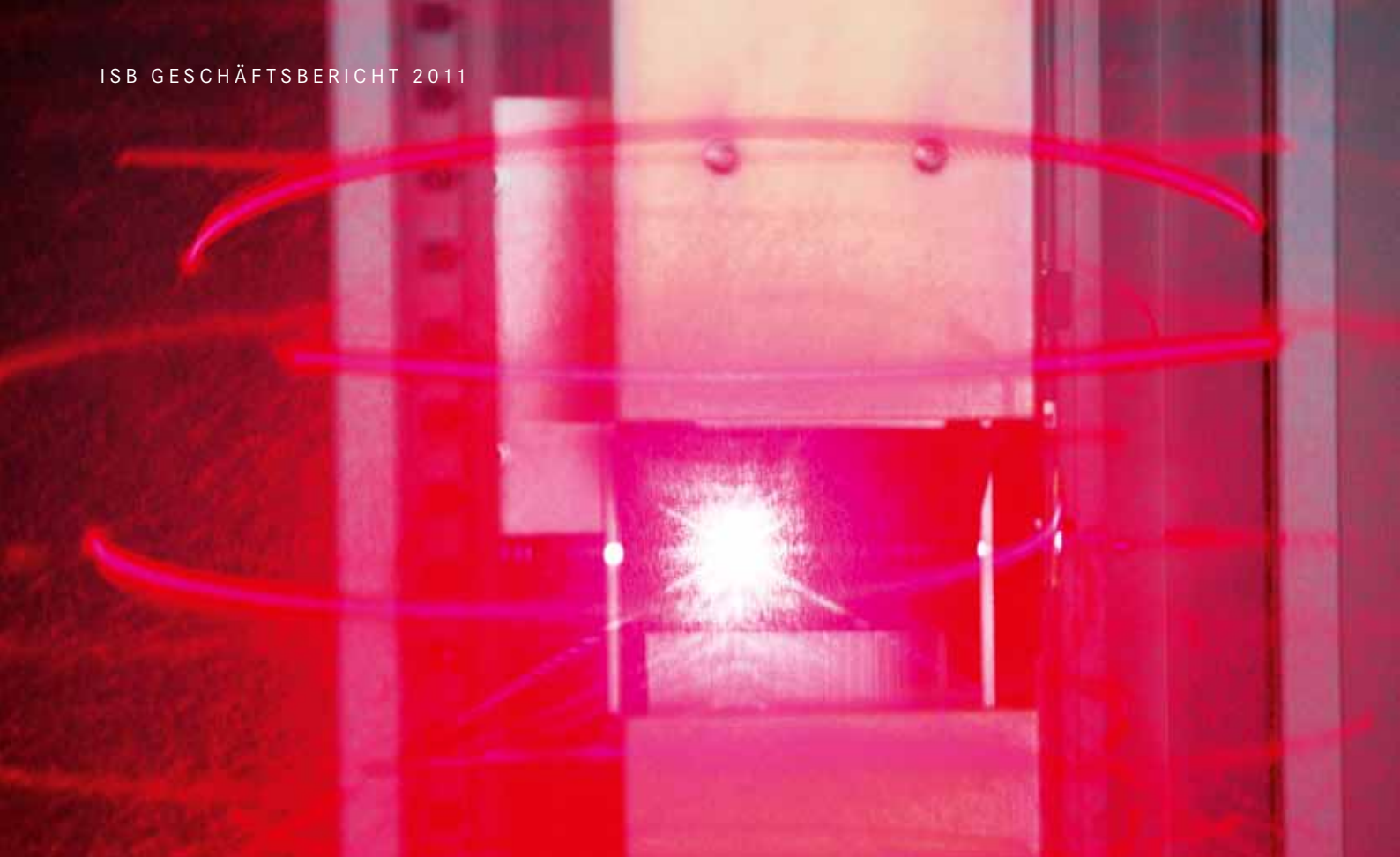
*Die Fusion beider Institute stärkt
den Standort Rheinland-Pfalz. «*

Mehr noch: Da die Berater der ISB nun auf die gesamte Palette der Förderprodukte zugreifen können, ist es ihnen möglich, ihren Kunden Lösungen für alle Investitionsfinanzierungen zusammenzustellen. Ganz gleich, ob es sich um Investitionen in Wohneigentum oder Mietwohnungen bzw. um Investitionen in Gründungen, Innovationen, Firmenerweiterungen oder die kommunale Infrastruktur geht – mehr denn je gilt der Grundsatz „Alles aus einer Hand“. So können auch neue Themen mit vereinten Kräften umgesetzt werden, wie zum Beispiel die Energiewende. Denn auf den Einsatz regenerativer Energien sowie energieeffizienteres Bauen müssen sich nicht nur Unternehmen, sondern auch immer mehr Privathaushalte einrichten.

Der Zusammenschluss der beiden Institute soll das Leben und Arbeiten in Rheinland-Pfalz insgesamt

noch attraktiver machen. Durch eine robuste Wirtschaftsstruktur mit qualifizierten Jobs einerseits und ein modernes bezahlbares Wohnraumangebot andererseits sind die Voraussetzungen insbesondere für junge Familien in unserem Land optimal. Diese sind ihrerseits die Garanten dafür, dass unser Land auch morgen noch über ausreichend Fach- und Führungspersonal verfügt – ein unschätzbare Standortvorteil für die zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz. So unterstützt die ISB nachhaltig die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Fazit: In Sachen Investitionen in Unternehmen, innovative Geschäftsideen, Wohnraum oder Infrastruktur ist die ISB nun zentraler Ansprechpartner im Land. Gemeinsam mit einem schlagkräftigen Netz an Partnern aus Finanzen und Wirtschaft unterstützt sie alle Arten von Investitionen, die das Land und die Menschen voranbringen. Denn darin manifestiert sich Unternehmergeist, sie sind die Zukunft des rheinland-pfälzischen Mittelstandes, schaffen Arbeitsplätze und helfen, den Wunsch vom Wohnen in den eigenen vier Wänden zu erfüllen. Die neue ISB – ein starker Partner in allen Belangen der Wirtschafts- und Wohnraumförderung in Rheinland-Pfalz. ■



Laserstrahl statt Maßband: Der 3D-Bodyscanner vermisst Menschen völlig berührungslos innerhalb nur weniger Sekunden.

Innovationen passgenau gefördert

Innovationsfähigkeit ist ein entscheidender Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Durch den Einsatz von Venture Capital erhalten innovative Geschäftsmodelle mit Wachstumsperspektive die Möglichkeit, sich durch eine gesicherte Finanzierung erfolgreich am Markt zu etablieren.

Wie hoch darf in einem Auto ein Armaturenbrett angebracht sein? Können alle Pedale aus der Sitzposition erreicht werden? Sind die Spiegel einsehbar? Mit solchen Fragen beschäftigt sich die Human Solutions GmbH. Das Unternehmen aus Kaiserslautern ist spezialisiert auf 3D-Bodyscanning, Ergonomie und die Simulation des Menschen. Wenn es um Körperformen, Körpervolumen und Körpermaße geht, gibt es international kaum ein anderes Unternehmen mit diesem Know-how. In nur

zehn Jahren hat Human Solutions das erreicht, wovon andere weit entfernt sind: 185 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an fünf Standorten weltweit, ein Jahresumsatz von 20 Mio. Euro, Weltmarktführer im Automotive-Bereich, deutschlandweit Marktführer in der Bekleidungsindustrie sowie namhafte Kunden im In- und Ausland.

„Noch nicht absehbar“ sei diese Entwicklung gewesen, als er im Jahr 2002 die Human Solutions, die da-

mals noch zur tecmath AG gehörte, in die Selbstständigkeit führte, sagt der geschäftsführende Gesellschafter Dr. Andreas Seidl.

Für die Start-up-Phase des eigenständigen Unternehmens konnte, neben weiteren Beteiligungsgebern, auch eine Tochtergesellschaft der ISB als Beteiligungsgeber und Gesellschafter gewonnen werden. Mit Wagniskapital aus dem Fonds für Innovation und Beschäftigung Rheinland-Pfalz Unternehmens-Beteiligungsgesellschaft mbH (FIB) konnte das Kaiserslauterer Unternehmen seine Geschäftsfelder Ergonomiesimulation und Bodyscanning weiter ausbauen. „Das Angebot der FIB richtet sich insbesondere an technologiebasierte Unternehmen wie die Human Solutions. Solche Projekte sind zwar mit einem hohen Finanzierungsrisiko verbunden, beinhalten andererseits aber auch große Wachstumschancen“, erklärt Brigitte Herrmann, Bereichsleiterin Venture Capital/Beteiligungen in der ISB. Die Investition hat sich gelohnt – bereits ein Jahr nach der Ausgründung machte Human Solutions Gewinn.

Den Erfolg der Human Solutions GmbH möglich gemacht hat eine innovative Idee: Die Erfindung des sogenannten 3D-Bodyscanners. „Dabei handelt es sich um ein Gerät, das mit einem Laserstrahl die gesamte Körperoberfläche eines Menschen innerhalb weniger Sekunden abtastet und komplett dreidimensional vermisst“, so Seidl. „Völlig berührungslos entsteht ein dreidimensionales Bild des Körpers. Wie ganz nebenbei werden an die hundert Körpermaße abgenommen.“ Mit den daraus resultierenden Daten können Passform und Komfort von Produkten verbessert werden, zum Beispiel in Fahrzeugen oder bei Bekleidung.



Firmengründer Dr. Andreas Seidl hat mit einer innovativen Idee seinem Unternehmen Human Solutions einen weltweiten Erfolg bereitet.



*Auf einen Partner wie die ISB
kann man sich verlassen.«*

DR. ANDREAS SEIDL,

GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER

Ein Ansatz, der auch für Endverbraucher den Kaufprozess erheblich verändern könnte. Denn durch die Entwicklung eines „Virtuellen Spiegels“ ist es dank Human Solutions heute bereits möglich, Kleidung digital anzuprobieren – und per Knopfdruck Kleidungsstück, Material und Farbe zu ändern. Hierzu werden →



Links: Der Sitz des Unternehmens in Kaiserslautern.
 // Unten: 3D-Büsten, die nach den Ergebnissen der
 SizeGERMANY-Reihenmessung von Human Solutions
 produziert wurden.



in einer Umkleidekabine ein 3D-Bodyscanner und ein Großmonitor in Lebensgröße installiert. Über einen Produktkonfigurator wählt der kurz zuvor vom Bodyscanner vermessene Kunde das gewünschte Kleidungsstück aus. „Jedes Bekleidungsstück, das simuliert wird, sieht nicht nur echt aus, es verhält sich auch so“, erklärt Andreas Seidl. „Es ist mal eng, mal weit, dehnt sich oder wirft Falten, je nach Schnitt und ausgewählter Größe.“ Insbesondere in der Maßkonfektion sei dies eine Innovation: „So kann sich der Kunde bereits im neuen Anzug bewundern, auch wenn es diesen noch gar nicht gibt.“

Neben der Software für den 3D-Bodyscanner bietet Human Solutions in seinem Portfolio noch mehr: So hat das Unternehmen in den letzten Jahren weltweit Reihenmessungen mit über 200.000 Menschen ermöglicht, darunter in China, Frankreich, Schweden und Spanien. In Deutschland machte es sich 2006 mit der Durchführung von SizeGERMANY, der größten deutschen Reihenmessung, einen Namen, die mit der Bodyscanning-Technologie einen repräsentativen

Querschnitt der gesamten deutschen Bevölkerung erstellt hat. Somit hat Human Solutions eine einzigartige Datenbasis für Körpermaße und Analysen geschaffen, um die Passform von Kleidungsstücken zu verbessern.

Technologie ganz nach Ihrem Bedarf – so der Slogan der Human Solutions GmbH. Ein Prinzip, das den Kaiserslauterern in den vergangenen Jahren ein enormes Wachstum beschert hat. Durch Zukäufe von Unternehmen wie der Assyst GmbH und der AVM Solutions GmbH sowie der Ausweitung der Geschäfte auf mehrere Standorte, unter anderem in die USA und nach Italien, konnte sich das Unternehmen erfolgreich am Markt positionieren. Durch die Bereitstellung von Beteiligungskapital beim Start des Unternehmens hat Human Solutions die notwendigen finanziellen Mittel für die erforderliche Unternehmensentwicklung erhalten. „Ich konnte mich voll und ganz darauf konzentrieren, das Unternehmen nach meinen Vorstellungen auf- und auszubauen“, sagt Seidl. „Auf einen Partner wie die ISB kann man sich eben verlassen.“ ■



Auf dem Grundstück der alten Wohnblocks entsteht ein modernes Zuhause für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Wohnraum schaffen – für alle

Steigende Mietpreise belasten immer mehr Haushalte in Rheinland-Pfalz. Das Land legt daher einen Schwerpunkt auf die Förderung von Mietwohnungen in Städten und Gemeinden mit stärkerer Wohnungsnachfrage. Mit dem Mietwohnungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz unterstützt die ISB den Bau von Mietwohnungen für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen.

Etwa 13.000 Menschen leben in Mainz-Mombach. Der Stadtteil im Norden der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt ist geprägt von alten Arbeitersiedlungen und Wohnblocks der 1950er und 60er Jahre. Durch die unmittelbare Nähe zu Firmen wie Hakle, Nestlé, Methanova und Schott wohnen hier vor allem viele der dort beschäftigten Arbeitnehmer mit ihren Familien, aber auch Senioren und Studenten – darunter auch Haushalte mit niedri-

gen und mittleren Einkommen. Speziell für diese baut die WB Wohnraum GmbH & Co. KG derzeit in der Suderstraße neue Mehrfamilienhäuser nach aktuellem Standard. In zehn Wohnblocks entstehen insgesamt 180 neue Wohnungen. Der Bau der ersten beiden Blöcke wird von der ISB gefördert.

„Die Nachfrage nach Wohnraum in Mainz ist sehr groß“, sagt Jörg Suckfiel, Prokurist der WB Wohn- ➔



Jörg Suckfiel, Prokurist der WB Wohnraum, vor dem Neubauprojekt in der Suderstraße.

raum. Gerade für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten seien die Mieten oftmals zu hoch. Daher habe es sich die WB Wohnraum zur Aufgabe gemacht, eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung in Mainz zu gewährleisten. „Wir bieten modern ausgestattete Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen“, so Suckfiel. Sechs bzw. sieben Euro kostet ein Quadratmeter Kaltmiete in der Suderstraße. Damit liegen die Mieten deutlich unter der durchschnittlichen Miete für vergleichbare Wohnungen in Mainz. Wohnen können in den Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen allerdings nur Mieter, die vorher einen Wohnberechtigungsschein beim Amt für soziale Leistungen beantragt haben.

Schon im Juni 2012 konnten die ersten Mieter in die 36 neuen Wohnungen einziehen. In ihrer unmittelbaren Nachbarschaft sollen die übrigen acht Wohnblöcke nach und nach errichtet werden. „Bisher sind für den ersten Bauabschnitt Kosten in Höhe von etwa 4,6 Mio. Euro angefallen“, sagt Suckfiel. Bis auf einen Wohnblock wolle man ausschließlich auf geförderten Wohnbau setzen. Die ISB hat den ersten Bauabschnitt mit einem Baudarlehen von rund zwei Mio. Euro unterstützt.



Die Nachfrage nach Wohnraum in Mainz ist sehr groß. Wir bieten modern ausgestattete Mietwohnungen zu bezahlbaren Preisen.»

JÖRG SUCKFIEL, PROKURIST

„Als Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz sind wir den Wohnungsbaugesellschaften im Land traditionell verbunden“, betont Jakob Schmid, Mitglied des Vorstandes der ISB. „Denn sie bieten Wohnraum für Haushalte, die auf die Hilfe der Allgemeinheit angewiesen sind und sich am übrigen Wohnungsmarkt nicht angemessen mit Mietwohnraum versorgen können.“

Ende 2009 ist die WB Wohnraum GmbH & Co. KG als Tochter der Wohnbau Mainz GmbH hervorgegangen und betreut nun deren Wohnraumbestände – etwa 10.600 Mietwohnungen, in denen rund 35.000 Menschen leben. Diese Bestände werden seither Schritt für Schritt unter den Gesichtspunkten des Sanierungsbedarfs und der Stadtentwicklung begutachtet. „Was sich wirtschaftlich nicht mehr lohnt, zu sanie-

ren, wird abgerissen und neu gebaut“, sagt Suckfiel. So wie in der Suderstraße geschehen: Dort, wo heute emsig gebaut wird, standen im Jahr 2010 noch alte Wohnblöcke aus den 1950er Jahren. „Nach dem Krieg war die Wohnungsnot groß“, so Schmid. „Die Wohnungen mussten schnell aus dem Boden gestampft werden. Daher ist der Zustand dieser Häuser oftmals sogar schlechter als bei weitaus älteren Bauten.“ Bei den Objekten in der Suderstraße hätten die vorhandenen Wohnungen nicht zu einem vertretbaren Preis modernisiert werden können. Daher habe die ISB den Ersatzneubau mit Fördermitteln aus dem Wohnungsbauprogramm unterstützt.

Hell, großzügig geschnitten, mit offenen Küchen und Balkonen ausgestattet sind die neuen Wohnungen in der Suderstraße. Durch die Bauweise nach der neuen Energieeinsparverordnung sind sie zudem besonders energieeffizient. Die Erdgeschosswohnungen

verfügen über schwellenlose Terrassen und bodengleiche Duschen und eignen sich somit besonders für Senioren und Menschen mit Behinderungen. In den Mieteinheiten mit Wohnflächen zwischen 40 und 88 Quadratmetern finden jedoch auch Einzelpersonen, Paare, kleinere und größere Familien ein neues Zuhause.

„Uns ging es mit dem Neubau auch darum, das Quartier weiter aufzuwerten“, sagt Jörg Suckfiel. Somit tritt die WB Wohnraum mit diesem Projekt in die Fußstapfen ihrer Muttergesellschaft, der Wohnbau Mainz. Diese wurde bereits 1917 gegründet und hat das Mainzer Stadtbild entscheidend mitgeprägt. Bezahlbaren Wohnraum schaffen für die breite Mainzer Bevölkerung und so die Entwicklung der Stadtteile mitgestalten bleibt auch für die WB Wohnraum ein Ziel. Die Neubauten in der Suderstraße sind ein weiterer Schritt auf diesem Weg. ■

Suderstraße	
18 Wohneinheiten	
3-Bett-Wohnung	64,43 m ²
4-Bett-Wohnung	72,72 m ²
4-Bett-Wohnung	87,87 m ²

Nur noch wenige Wohnungen frei!

Vermietung: WB Wohnraum Mainz GmbH & Co. KG
Tel. 06131 / 807-216, suderstrasse@wohnbau-m

Bauherr: WB Wohnraum Mainz GmbH & Co. KG
Dr.-Martin-Luther-King-Weg 20, 55122 Mainz
Tel. 06131 / 807-0

Planung: WB Wohnraum Mainz GmbH & Co. KG
Dipl.-Ing. Arch. Ute Brehm-Wagner, Tel. 06131

Bauleitung: WB Wohnraum Mainz GmbH & Co. KG

Schon im Juni 2012 konnten die ersten Mieter in die 36 neuen Wohnungen einziehen.



Seit über 60 Jahren ist die Stahlbau Ziemann GmbH der Experte in Sachen Stahl.

Generationswechsel geglückt

Jedes Jahr stehen in Rheinland-Pfalz rund 3.800 Betriebe vor einer besonderen Herausforderung: Die Nachfolge an der Unternehmensspitze muss geregelt werden. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen stellt das Gelingen des Wechsels eine Existenzfrage dar.

Seit über 60 Jahren steht die Stahlbau Ziemann GmbH für anspruchsvolle Stahlkonstruktionen in allen Ausbaustufen. Kunden im In- und Ausland schätzen das Wittlicher Unternehmen als gut geführten, mittelständischen Betrieb, der seine Projekte mit hoher Qualität und präzise umsetzt. Ob ein schlüsselfertig erstelltes Autohaus, die Vordachgestaltung für ein Großkino oder tragende Konstruktionen für Gewerbe- und Designobjekte: Die rund 70

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stahlbau Ziemann GmbH lassen in Sachen Stahl kaum einen Wunsch offen.

2012 ist ein besonderes Jahr in der Unternehmensgeschichte: Das einstige Familienunternehmen ist am 1. März in die Hände eines neuen Gesellschafters übergegangen. Der 37-jährige Stefan Krähemann kaufte die Immobilie sowie den Maschinenpark und über-



*Mir war es besonders wichtig,
die Zukunft des Unternehmens zu sichern.»*

HANS-ULRICH ZIEMANN, SCHEIDENDER
GESCHÄFTSFÜHRENDER ALLEINGESSELLSCHAFTER

nahm den Betrieb vom scheidenden geschäftsführenden Alleingesellschafter Hans-Ulrich Ziemann. Der 65-Jährige hatte über einen Unternehmensmakler nach einem geeigneten Nachfolger gesucht. Die gewünschten Voraussetzungen erfüllte der Schweizer Stefan Krähemann am besten: abgeschlossenes Studium in Wirtschaftswissenschaften, Erfahrung in der Führung eines Stahlbauunternehmens, mit Leidenschaft bei der Sache.



Stahl ist vielseitig einsetzbar und nahezu ohne Qualitätsverlust wiederverwertbar.



Zwei Generationen, die die Leidenschaft zum Stahlbau eint:
Hans-Ulrich Ziemann (links) und Stefan Krähemann.

Für den finanziellen Part holte sich Stefan Krähemann über seine Hausbank Unterstützung von der ISB und sicherte so die Grundlage für eine reibungslose Unternehmensnachfolge. Diese Form der Existenzgründung unterstützte die ISB mit dem zinsverbilligten ERP-Gründerkredit RLP und einer ISB-Bürgschaft. „Die Stahlbau Ziemann GmbH ist ein außerordentlich gut geführtes Unternehmen mit hervorragenden Wachstumsprognosen“, erklärt Ulrich Dexheimer, Sprecher des ISB-Vorstandes, die Entscheidung der ISB. „Durch die Kombination verschiedener Förderinstrumente aus unserem Portfolio können wir unseren Kunden individuelle Finanzierungen anbieten. Mit der Förderung von Unternehmensübergaben bleiben Werte, Wissen und nicht zuletzt die Arbeitsplätze eines Betriebes erhalten.“ Maßgeblich für den Erfolg einer Unternehmensnachfolge sei dabei die Verbindung einer soliden Finanzierung einerseits mit einer guten Planung der Übergabe andererseits.

„Ich habe schon vor etwa zehn Jahren damit begonnen, mir Gedanken über die Nachfolge zu machen“, sagt Hans-Ulrich Ziemann, der das Unternehmen 1986 von seinem Vater übernommen hat und selbst kinderlos ist. „Mir war es besonders wichtig, die Zukunft des Unternehmens zu sichern, es gesund und wachstumsstark zu übergeben und so die Arbeitsplätze zu erhalten.“ Sein Plan ging auf: Stabile Umsätze und Jahresüberschüsse sowie hochmotivierte Beschäftigte haben die Ziemann GmbH zu einem besonders attraktiven Unternehmen für potenzielle Nachfolger gemacht. Stefan Krähemann →



Oben links: Seit Kurzem ist am Unternehmenssitz in Wittlich auch eine schweizer Flagge aufgezogen. // Unten links: Der zweite Geschäftsführer Reinhold Hettinger (Mitte) mit den beiden Vertriebsingenieuren Walter Wallerath (links) und Alfred Michels. // Unten rechts: In der Werkshalle der Stahlbau Ziemann GmbH arbeiten die rund 70 Mitarbeiter mit viel Engagement an den anspruchsvollen Stahlkonstruktionen.



war nicht der einzige Interessent – aber der überzeugendste. „Die Entscheidung war ganz klar und fiel einstimmig“, so Hans-Ulrich Ziemann, der jeden Schritt in dem Prozess mit seinen leitenden Mitarbeitern abgestimmt hat.

„Ich war überrascht, wie schnell und unbürokratisch die ISB geholfen hat“, sagt Stefan Krähemann, denn bereits acht Monate nach den ersten Gesprächen mit Herrn Ziemann waren sämtliche Verträge unterzeichnet und das Unternehmen übergeben. Den Umzug aus dem Schweizer Mamishaus in die Mosel-Eifel-Region hat er dann anschließend im Februar 2012 realisiert. Momentan macht er sich mit den Arbeitsprozessen vertraut, konzentriert sich voll und ganz auf die gegenwärtigen Aufgaben, lernt Lieferanten und Kunden kennen. Den Schweizer Markt, wo Stefan Krähemann bereits neue Aufträge akquiriert hat, bearbeitet er zurzeit noch selbst. Er kann sich jedoch gut vorstellen, zu einem späteren Zeitpunkt einen neuen Vertriebsingenieur oder eine neue Vertriebsingenieurin anzustellen, um weitere

Marktanteile in der Schweiz zu gewinnen und langfristig zu sichern.

Die Auftragsbücher sind voll: In Arbeit sind unter anderem große Hallen für die Unternehmen Hörmann, Schenker und Globus. Für ein Trierer Krankenhaus baute die Stahlbau Ziemann GmbH jüngst einen Hub-schrauberlandeturm – eine 32 Meter hohe Stahlkonstruktion mit einem Durchmesser der Landeplattform von 28 Metern und einem Gewicht von etwa 300 Tonnen. Eine herausragende Sonderanfertigung, wie sie die Kunden von Stahlbau Ziemann gewohnt sind. Hans-Ulrich Ziemann selbst hat auf Wunsch von Stefan Krähemann noch ein Büro im Betrieb. Der Unternehmensübergeber steht dem Unternehmen als Berater noch für einige Jahre zur Verfügung, „je nachdem, wie lange ich noch gebraucht werde.“ Von Stefan Krähemann ist Hans-Ulrich Ziemann weiterhin uneingeschränkt überzeugt. Er mache seine Sache sehr gut. An der Entscheidung, ihm den Betrieb zu übergeben, habe er nie gezweifelt. „Ich würde es jederzeit wieder so machen.“ ■



Barrierefrei, bezahlbar, energieeffizient: der soziale Wohnungsbau der Zukunft.

Rundumversorgung inklusive

Soziale Mietwohnraumförderung – das bedeutet auch Förderung von Wohnraum für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen. Denn diese haben oftmals Probleme, angemessenen Wohnraum zu finden: Ihre Wohnungen müssen für sie nicht nur bezahlbar sein, sondern auch Lage, Zuschnitt und Ausstattung müssen den Bedürfnissen der Bewohner entsprechen.

Breite schwellenlose Türen, höhenverstellbare Waschbecken und kippbare Spiegel – so sehen für Friedolin Winter die Wohnungen der Zukunft aus. Für den Gesellschafter der WK innovatives Bauen GmbH bedeutet der Begriff „barrierefrei“ weitaus mehr als „behindertengerecht“. „Wir werden alle älter“, sagt der Kaiserslauterer, „und wissen dann die Vorzüge von breiten Gängen, Fahrstühlen und ebenerdigen Zugängen zu schätzen.“ Barrierefreiheit bedeute

zugleich mehr Eigenständigkeit im Alter – und dies sei schließlich ein wesentliches Gut. Friedolin Winter hat sich mit seinem Unternehmen daher auf das Bauen von barrierefreiem Wohnraum spezialisiert. Ein Feld, auf dem sich bis vor einigen Jahren eher wenig getan hat. Doch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sowie der UN-Behindertenrechtskonvention erkennen immer mehr Kommunen die Notwendigkeit von mehr barrierefreiem Wohnraum. →



Oben: Privatinvestor Dr. André Michels (links im Bild) und Friedolin Winter, Gesellschafter der WK innovatives Bauen // Unten: Schon in der Bauphase erhält der Gesellschafter für seine Neubauten zahlreiche Anfragen potenzieller Mieter.

Derzeit baut Winters Unternehmen, die WK innovatives Bauen GmbH, bereits an ihrem zweiten großen Projekt: In drei Wohngebäuden in der Wilhelm-Kittelberger-Straße in Kaiserslautern entstehen achtzehn Wohneinheiten, nachdem vorher ebenfalls in Kaiserslautern bereits sechszwanzig Wohnungen in fünf Häusern realisiert wurden. Die ISB fördert den Neubau im Rahmen der Mietwohnraumförderung mit einem zinsgünstigen Baudarlehen. „Mit der Finanzierung dieses Projekts kommen wir unserer Aufgabe nach, bezahlbaren Wohnraum auch für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderung zu schaffen“, sagt Michael Back, Bereichsleiter Wohnraumförderung Markt der ISB. „Wir sind von dem Konzept der WK innovatives Bauen überzeugt, weil sie bezahlbaren Wohnraum mit betreutem Wohnen kombiniert.“ Insgesamt sechs der neuen Wohnungen sind für Menschen ab dem Alter von 60 Jahren vorgesehen. Sie sind zum Beispiel mit Rufanlagen für Erste Hilfe ausgestattet. Hinzu kommt ein Hausmeisterservice, der technische Hilfen, Gebäudereinigung, Winterdienst und kleinere Reparaturen gewährleistet. Darüber hinaus wurde mit dem Deutschen Roten Kreuz ein Konzept erarbeitet, das für die Bewohner bei Bedarf eine hauswirtschaftliche, personelle und pflegerische Betreuung sicherstellt.

Der Wohnraum wird den berechtigten Haushalten preisgünstig zur Verfügung gestellt. Mit hohen Nebenkosten müssen sie dabei nicht rechnen. Denn: Alle drei Wohnhäuser sind als sogenannte Energiegewinnhäuser ausgelegt. Geheizt wird mit kostenloser Erdwärme durch Sole-Wärmepumpen; Fotovoltaik-Anlagen auf den Dächern versorgen die Mieteinheiten mit Strom. „Damit bieten wir sozialen und zugleich innovativen Wohnraum“, erklärt Winter. Auch Privatinvestor Dr. André Michels war von Anfang an von dem Projekt überzeugt. Denn trotz Mietfestschreibung rechnet er mit einer guten Rendite. Der Luxemburger hat für das drei Mio. Euro teure Projekt die Förderung bei der ISB beantragt. Im Dezember 2011 überreichte der rheinland-pfälzische Finanz- und Bauminister Dr. Carsten Kühl die Förderzusage über rund eine Million Euro.

Seither rollen die Bagger über das Gelände der Wilhelm-Kittelberger-Straße. Im Mai 2012 konnte bereits die erste Decke eingezogen werden. Schon im April 2013 sollen die Wohnungen bezugsfertig sein. Anfragen von potenziellen Mietern gibt es bereits



*Die Nachfrage nach barrierefreiem
Wohnen steigt spürbar. «*

FRIEDOLIN WINTER, GESELLSCHAFTER

jetzt mehr als genug. „Die Nachfrage nach barrierefreiem Wohnen steigt spürbar“, so Friedolin Winter. „Allein in Kaiserslautern leben etwa 9.000 Menschen mit einer Behinderung, wenige davon in barrierefreien Wohnungen.“ Längst hat auch die Stadtverwaltung dieses Problem erkannt und setzt sich dafür ein,

dass Projekte wie jenes der WK innovatives Bauen im Wohnbau den Vorzug erhalten. „Ich bin sowohl bei der Stadt Kaiserslautern als auch bei der ISB auf offene Türen gestoßen und sehr dankbar, dass sie meine moderne Art des Bauens so gut unterstützen“, sagt Winter, der bereits Angebote für viele weitere Projekte in Rheinland-Pfalz erhalten hat.

Die nun im Bau befindlichen Zwei- bis Vierzimmerwohnungen sollen das Zuhause von Menschen mit Behinderungen und Senioren werden, doch auch kinderreiche Familien sind willkommen. „Unser Konzept sieht ein generationenübergreifendes, behindertengerechtes Wohnen vor“, sagt Winter. „Ganz ohne Zwänge, aber mit viel Solidarität und Spaß dabei.“ ■



Die Badezimmer der neuen Wohnungen vereinen barrierefreie Funktionalität mit modernem Design.





1



2

Impressionen 2011

Ob bei den Wettbewerben „SUCCESS“ und „Pioniergeist“, beim Unternehmerrinntag oder der Veranstaltungsreihe „Nach mir die Sintflut? Unternehmensnachfolge“ – die ISB hat bei vielen Veranstaltungen ihr Wissen weitergegeben und gute Gründungskonzepte belohnt. Information und Beratung gab es auch von der LTH auf zahlreichen Messen und Fachveranstaltungen. Im Rahmen des Modernisierungs- und Mietwohnungsprogrammes wurden viele Förderzusagen überreicht. ■

1 Ulrich Dexheimer bei der Verleihung des „Pioniergeistes“. **2** Beim Unternehmerrinntag 2011 diskutierten die Teilnehmer/innen im World Café. **3** Begrüßung durch Dr. Ulrich Link bei der Prämienvergabe SUCCESS 2011. **4** Ministerin Eveline Lemke beim Gründertag 2011. **5** Publikum bei einer der zahlreichen regionalen Informationsveranstaltungen. **6** Gastreferent Professor Dr. Peter Liggesmeyer von der TU Kaiserslautern. **7** Beratungsgespräch auf der Rheinland-Pfalz-Ausstellung. **8** Jakob Schmid bei der Veranstaltung „Lebensqualität in Mittelstädten“. **9** Förderbescheidübergabe an die GSG Neuwied. **10** Die Statuen für die Gewinner des Wettbewerbs „Pioniergeist“. **12** Abschiedsfeier von Rainer Richarts. **12** Wirtschaftsweiser Prof. Dr. Peter Bofinger referiert bei der „Unternehmensnachfolge“ in Pronsfeld. **13** Gut besucht war die Veranstaltung „Chancen 2011: Finanzierung von Innovationen und Investitionen“ im ISB-Foyer.



3



4



5



6



Inhalt

- 32 Jahresbilanz
- 34 Gewinn- und Verlustrechnung
- 35 Anhang
- 45 Lagebericht
- 64 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 66 Konzernbilanz
- 68 Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

Jahresabschluss der
Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH
für das Geschäftsjahr 2011

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVSEITE

	Stand 31.12.2011		Stand 31.12.2010	
	€	€	€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		6.774,45		2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		3.846.250,69		4.219
darunter: bei der Deutschen Bundesbank € 3.846.250,69 (Vorjahr T€ 4.219)			3.853.025,14	4.221
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		5.252.471,43		589
b) andere Forderungen		3.939.052.699,71		4.142.185
			3.944.305.171,14	4.142.774
3. Forderungen an Kunden			5.175.173.540,49	5.058.466
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert € 204.375.846,14 (Vorjahr T€ 129.253) Kommunalkredite € 4.968.381.078,39 (Vorjahr T€ 4.851.326)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 495.437.511,57 (Vorjahr T€ 236.639)		495.437.511,57		236.639
ab) von anderen Emittenten				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 458.352.623,85 (Vorjahr T€ 471.100)		461.415.058,28		477.163
			956.852.569,85	713.802
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			2.298.095,35	1.538
6. Beteiligungen			14.139.884,83	9.660
darunter: an Kreditinstituten € 4.384.204,85 (Vorjahr T€ 186)				
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			345.480.694,32	356.370
8. Treuhandvermögen			6.344.844,85	4.126
darunter: Treuhandkredite € 6.344.844,85 (Vorjahr T€ 4.126)				
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		637.627,38		546
b) geleistete Anzahlungen		103.000,00		302
			740.627,38	848
10. Sachanlagen			10.229.673,24	10.499
11. Sonstige Vermögensgegenstände			11.449,90	5.155
12. Rechnungsabgrenzungsposten			26.303.275,18	30.248
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			84.180,55	0
Summe der Aktiva			10.485.817.032,22	10.337.707
Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gegenüber Land und Bund			25.636.986,46	0
Aktiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung				
a) für Kreditbürgschaften		0,00		43.123
b) für Beteiligungsgarantien		0,00		8.444
c) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		3.178.664,84		3.732
				55.299

PASSIVSEITE

	Stand 31.12.2011		Stand 31.12.2010	
	€	€	€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		1.475.995,52		851
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		9.408.532.238,51		9.485.996
			9.410.008.234,03	9.486.847
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	349.106.062,97			391.673
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	469.386.745,15			204.789
		818.492.808,12		596.462
			818.492.808,12	596.462
3. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite € 6.344.844,85 (Vorjahr T€ 4.126)			6.344.844,85	4.126
4. Sonstige Verbindlichkeiten			3.215.383,65	2.370
5. Rechnungsabgrenzungsposten			28.812.620,20	30.419
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		428.332,00		445
b) andere Rückstellungen				
ba) Rückstellungen im Bürgschaftsgeschäft	5.790.299,60			4.434
bb) sonstige Rückstellungen	1.686.005,47			1.567
		7.476.305,07		6.001
			7.904.637,07	6.446
7. Zweckgebundene Mittel des Landes Rheinland-Pfalz			869.196,20	869
8. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		178.952.158,42		178.952
b) Kapitalrücklage		2.253.511,71		2.254
c) Gewinnrücklagen				
ca) gebundene Rücklage	4.198.454,85			5.078
cb) andere Gewinnrücklagen	22.870.158,07			22.870
		27.068.612,92		27.948
d) Bilanzgewinn		1.895.025,05		1.014
			210.169.308,10	210.168
Summe der Passiva			10.485.817.032,22	10.337.707
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			65.534.857,69	64.476
Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			135.871.338,27	202.516
b) In Sonderhaftungsfonds verwaltete Bürgschaften und Garantien			5.448.756,39	218.985
Passiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung				
a) für Kreditbürgschaften		0,00		43.123
b) für Beteiligungsgarantien		0,00		8.444
c) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		3.178.664,84		3.732
				55.299

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011		2010	
	€	€	€	T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	221.871.123,02			184.223
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	15.253.414,62			10.782
		237.124.537,64		195.005
2. Zinsaufwendungen		218.782.894,50		182.722
			18.341.643,14	12.283
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		48.165,00		31
b) Beteiligungen		100.265,58		99
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		4.531.165,86		2.670
			4.679.596,44	2.800
4. Provisionserträge			7.650.622,51	8.366
5. Provisionsaufwendungen			274.100,42	603
6. Sonstige betriebliche Erträge			14.085.981,96	1.726
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.933.420,55			9.192
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 820.662,74 (Vorjahr T€ 784)	2.560.175,03	12.493.595,58		2.408
				11.600
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.145.939,79		5.598
			17.639.535,37	17.198
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			885.950,45	786
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			923.282,12	808
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			23.783.103,95	0
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	401
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	4.568
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			673.734,15	0
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	407
15. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.925.605,89	1.206
16. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	-168
17. Außerordentliches Ergebnis			0,00	-168
18. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			7.623,04	1
19. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			22.957,80	23
20. Jahresüberschuss			1.895.025,05	1.014
21. Bilanzgewinn			1.895.025,05	1.014

Anhang 2011

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Unter Beachtung der Verordnung über die Formblätter für die Jahresabschlussgliederung wurden die Bilanz nach Formblatt 1 und die Gewinn- und Verlustrechnung nach Formblatt 3 (Staffelform) erstellt.

Soweit Angaben wahlweise im Anhang oder in der Bilanz gemacht werden können, werden solche Angaben im Anhang vorgenommen.

Die Gliederung der Bilanz ist entsprechend den Besonderheiten des Institutes um die Posten

- „Zweckgebundene Mittel des Landes Rheinland-Pfalz“,
- „Gebundene Rücklage“,
- „Aktiva und Passiva der Sonderhaftungsfonds“ gemäß gesonderter Rechnungslegung,
- „In Sonderhaftungsfonds verwaltete Bürgschaften und Garantien“

ergänzt worden.

Von den Saldierungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz bei der Darstellung der Risikovorsorge wurde Gebrauch gemacht.

Für den von der ISB verwalteten Sonderhaftungsfonds erfolgt eine gesonderte Rechnungslegung unter entsprechender Zugrundelegung der bei der ISB angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Der Ausweis der Aktiva und Passiva des Sonderhaftungsfonds wird nachrichtlich unterhalb der Bilanz vorgenommen.

Seit dem Geschäftsjahr 2005 stellt die ISB einen Konzernabschluss auf.

Im Rahmen eines abgeschlossenen Treuhandvertrages mit dem Land Rheinland-Pfalz wurde die Verwaltung und Vermittlung verschiedener Förderprogramme übernommen.

Weiterhin werden von der ISB im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen die Verwaltung und Geschäftsbesorgung für die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks GmbH, Kaiserslautern), die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH, Mainz, die RIM Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH, Mainz, die IMG Innovations-Management GmbH, Kaiserslautern, die Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologieförderung in Rheinland-Pfalz mbH (WFT), Mainz, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Gewerbepark Bingen-Ost GmbH, Bingen am Rhein, die FSG Flugplatz Speyer Grundstücksverwaltung GmbH, Mainz, die FIB Fonds für Innovation und Beschäftigung Rheinland-Pfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz, die S-IFG Sparkassen-Innovations-Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH, Budenheim, die VcR Venture-Capital Rheinessen Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz, die VcS Venture-Capital Südpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Landau in der Pfalz, die VRT Venture-Capital Region Trier Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Trier, die VcV Venture-Capital Vorderpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein, die VMU Venture-Capital Mittelrhein Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Koblenz, die VcW Venture-Capital Westpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Kaiserslautern, die VRH Venture Capital Rheinland-Pfalz Holding GmbH, Mainz, die VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG, Mainz, die VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG, Mainz, die TeKaGe GmbH & Co. KG, Mainz, durchgeführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Forderungen sind mit ihren Nominalwerten ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden bei der ISB in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Niedrig verzinsliche Darlehensforderungen werden auf den Barwert abgezinst. Erkennbare Einzelrisiken und allgemeine Kreditrisiken werden durch entsprechende Wertkorrekturen berücksichtigt.

Die immateriellen Anlagewerte werden linear abgeschrieben. Das abnutzbare Sachanlagevermögen ist mit den um die zeitanteiligen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen planmäßig linear pro rata temporis.

Neuanschaffungen mit einem Anschaffungswert ab €150,00 werden aktiviert und über die entsprechende Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, und Wertpapiere, die dem Anlagebestand zugeordnet sind, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Dauerhaften Wertminderungen wird durch Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird bei der ISB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Die Rückstellungen sind auf Basis des Erfüllungsbetrages so bemessen, dass sie allen erkennbaren Risiken nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung tragen. Das latente Ausfallrisiko wird durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen und -rückstellungen abgedeckt. Rückstellungen mit einer Laufzeit über 1 Jahr werden entsprechend ihrer Laufzeit abgezinst.

Von den Saldierungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340c HGB) wurde Gebrauch gemacht.

Die ISB ist durch das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauchs und zur Bereinigung des Steuerrechtes vom 21. Dezember 1993 (BGBl. 1993, S. 2310) von der Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer befreit.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Die Forderungen gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

	Gesamtbetrag	Restlaufzeit					Mit unbestimmter Laufzeit
		Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Kreditinstitute	3.944.305	5.252	215.109	814.045	1.818.679	1.091.220	0
Kunden	5.175.173	13.218	152.590	1.151.086	2.605.912	1.252.135	232
	9.119.478	18.470	367.699	1.965.131	4.424.591	2.343.355	232

Die Forderungen an Kreditinstitute bestehen ausschließlich gegen inländische Kreditinstitute (T€3.944.305).

Die unverbrieften Forderungen an Kunden betreffen mit T€4.964.410 (Vorjahr T€4.851.326) Kommunkredite. Darin enthalten sind Forderungen gegen den Gesellschafter von T€188.432 (Vorjahr T€226.123).

Darüber hinaus umfasst dieser Posten mit T€20.470 (Vorjahr T€22.765) Forderungen gegen verbundene Unternehmen, mit T€29.521 (Vorjahr T€33.682) Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, und mit T€160.772 (Vorjahr T€150.693) sonstige Forderungen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Alle im Bestand befindlichen verzinslichen Wertpapiere sind börsenfähig und auch börsennotiert (Bilanzwert einschl. Zinsen: T€956.853). Im Folgejahr werden verzinsliche Wertpapiere im Nominalwert von T€200.000 (Buchwert: T€199.980) fällig. Am Bilanzstichtag waren Anleihen in Höhe von T€935.000 (Vorjahr T€110.000) an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Von den festverzinslichen Wertpapieren (T€956.853) wurden T€469.387 dem Umlaufvermögen und

T€487.466 dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Geschäftsjahr erfolgten Abschreibungen auf den Wertpapierbestand von T€15. Bei festverzinslichen Wertpapieren, bei denen keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen wurden, betrug der Buchwert T€73.999 und der beizulegende Zeitwert T€73.491. Der potenzielle Abschreibungsbedarf, der sich bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips ergeben würde, beträgt zum Bilanzstichtag T€508. Es ist beabsichtigt, die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten, sodass eine dauerhafte Wertminderung nicht gegeben ist.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien (T€2.298) sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei Aktien, bei denen keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen wurden, betrug der Buchwert T€306 und der beizulegende Zeitwert T€264. Der potenzielle Abschreibungsbedarf, der sich bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips ergeben würde, beträgt zum Bilanzstichtag T€42. Da die Kurse dieser Wertpapiere im abgelaufenen Geschäftsjahr zu keiner Zeit unterhalb zehn Prozent des letzten Bewertungskurses lagen, wurde nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen und auf eine Abschreibung verzichtet. Sämtliche Aktien sind börsennotiert.

Anteilbesitz

Der Anteilbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB umfasst am Bilanzstichtag folgende Unternehmen:

Gesellschaft	Beteiligungsquote	Eigenkapital 2011	Jahresergebnis 2011
	%	T€	T€
RIM Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement, Mainz	100,0	5.230	685
IMG Innovations-Management GmbH, Kaiserslautern	100,0	240	94
Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologie-Förderung in Rheinland-Pfalz mbH (WFT), Mainz	100,0	69	59
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH, Mainz	26,1	8.923	1.017
FSG Flugplatz Speyer Grundstücksverwaltung GmbH, Mainz ¹⁾	50,0	2.602	10
Messe Pirmasens GmbH, Pirmasens ²⁾	41,3	1.049	-84
FIB Fonds für Innovation und Beschäftigung Rheinland-Pfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz	76,0	2.154	99
VcR Venture-Capital Rheinhessen Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz	50,0	782	-104
VcS Venture-Capital Südpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Landau in der Pfalz	50,0	2.210	80
VRT Venture-Capital Region Trier Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Trier	50,0	3.110	63
VcV Venture-Capital Vorderpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein	50,0	6.185	-63
VMU Venture-Capital Mittelrhein Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Koblenz	50,0	3.218	-18
VcW Venture-Capital Westpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Kaiserslautern	50,0	1.899	-46
S-Innovations-Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (S-IFG), Budenheim	30,0	10.455	641
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks GmbH, Kaiserslautern)	36,4	15.916	-299
VRH Venture Capital Rheinland-Pfalz Holding GmbH, Mainz	100,0	18	1
VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG, Mainz	21,7	6.489	1.638
VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG, Mainz	21,7	6.967	1.068
Peristyl Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Mainz ¹⁾	94,0	20	-1
Projektentwicklungsgesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz mbH (PER), Mainz ²⁾	25,1	115	-73
TeKaGe GmbH & Co. KG, Mainz	51,0	330.513	30.273
Mittel- und Osteuropa-Zentrum Rheinland-Pfalz GmbH (MOEZ), Mainz ²⁾	50,0	22	8
SEK Strukturentwicklungsgesellschaft Kirchen mbH, Kirchen ^{1), 2)}	24,0	67	14

1) Beteiligung über RIM

2) Daten aus 2010

Sachanlagen und Finanzanlagen

Anlagespiegel

	Stand 01.01.2011 Anschaf- fungskosten	Zugänge zu Anschaf- fungskosten	Abgänge zu Anschaf- fungskosten	Umbuchung zu Anschaf- fungskosten	Zu-/Ab- schreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2011	Buchwert Vorjahr	Zu-/Ab- schreibungen des Geschäfts- jahres
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere	510.247	0	-21.788	0	923 -2.323	487.059	508.514	348 -15
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.130	1.234	-36	0	447 -2.477	2.298	1.538	0 -438
Beteiligungen	11.264	4.812	-992	0	661 -1.605	14.140	9.660	661 -1
Anteile an verbundenen Unternehmen	363.389	0	-11.000	0	186 -7.094	345.481	356.370	186 -75

Werte für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten keine anteiligen Zinsen.

Bei den Sachanlagen entfallen am Bilanzstichtag auf Grundstücke T€ 1.903, Gebäude T€ 7.064 und Gebäudebestandteile T€ 505, die die ISB im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit nutzt, und auf Betriebs- und Geschäftsausstattung T€ 755.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen (T€ 14.140) und Anteile an verbundenen Unternehmen (T€ 345.481) sind nicht börsenfähig.

Treuhandvermögen

Dieser Posten beinhaltet von Dritten erhaltene Zuwendungen in Höhe von T€ 6.345, die für gezielte (Förder-)Projekte bestimmt sind. Sie wurden im Wesentlichen mit T€ 2.850 vorübergehend am Geldmarkt angelegt und stellen somit Forderungen gegen Kreditinstitute dar. Weiter sind in diesem Posten im Wesentlichen noch Forderungen gegen Kunden in Höhe von T€ 2.119 enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um die Übernahme einer Beteiligung aus dem RLP-Plus-Programm in Höhe von T€ 10 sowie sonstige Forderungen in Höhe von T€ 1.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet T€ 25.261 (Vorjahr T€ 28.774) Disagien aus Passivdarlehen, T€ 715 (Vorjahr T€ 1.136) Agien aus Aktivdarlehen sowie T€ 327 (Vorjahr T€ 338) aus sonstiger aktiver Rechnungsabgrenzung.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Hier wird der bei der Saldierung des Vermögens und der Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen entstandene aktive Überhang in Höhe von € 84.180,55 ausgewiesen. Im Einzelnen handelt es sich um an den Mitarbeiter verpfändetes Geldvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von € 1.366.978,55 sowie Schulden in Form einer Rückstellung mit einem Erfüllungsbetrag in Höhe von € 1.282.798,00. Die im Geschäftsjahr vorgenommene Anpassung dieser Rückstellung beinhaltet einen Finanzeffekt in Höhe von € 43.731,00, der in die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gebucht wurde, und sonstige Veränderungen in Höhe von € 22.626,00, die bei den Personalkosten in Abzug gebracht wurden.

Passiva
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fälligkeit wie folgt:

	Gesamtbetrag	Restlaufzeit				
		Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Kreditinstitute	9.410.008	1.476	165.353	2.370.769	4.079.024	2.793.386
Kunden	818.493	349.106	469.387	0	0	0
	10.228.501	350.582	634.740	2.370.769	4.079.024	2.793.386

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen ausschließlich gegenüber inländischen Kreditinstituten. Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden T€ 1.121 (Vorjahr T€ 41) ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betreffen mit T€ 117 (Vorjahr T€ 387) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit T€ 900 (Vorjahr T€ 1.800) gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, mit T€ 817.449 (Vorjahr T€ 594.237) gegenüber dem Gesellschafter, dem Land Rheinland-Pfalz, und mit T€ 27 (Vorjahr T€ 38) gegenüber Sonstigen.

Treuhandverbindlichkeiten

Das Land Rheinland-Pfalz als Gesellschafter hat der ISB einen Betrag von insgesamt T€ 6.345 mit der Auflage zur Verfügung gestellt, diesen in eigenem Namen, aber im Interesse der vorerwähnten Dritten für bestimmte (Förder-)Projekte zu verwenden. Sie stellen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kunden dar.

Sonstige Verbindlichkeiten

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung in Höhe von T€ 1.943 (Vorjahr T€ 1.414) sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt T€ 819 (Vorjahr T€ 307) und Verbindlichkeiten aus einem Swap-Geschäft T€ 454 (Vorjahr T€ 316).

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet T€ 28.447 Disagien aus Aktivdarlehen sowie T€ 366 aus sonstiger passiver Rechnungsabgrenzung.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB nach versicherungsmathematischen Berechnungen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 5,14 % p.a. und einer angenommenen Rentensteigerung von 2 % mit ihrem maximal zulässigen Erfüllungsbetrag (T€ 428) erfasst. Bei der Ermittlung wurde als versicherungsmathematisches Verfahren die „Projected Unit Credit Method“ (PUCM) angewandt. Die Annahme zur Sterblichkeit wurde aus den Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck abgeleitet.

Wegen drohender Inanspruchnahmen aus dem Bürgschaftsgeschäft wurde durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von T€ 5.790 Vorsorge getroffen. Im Wesentlichen enthält diese Position Rückstellungen für erkennbare Einzelrisiken mit T€ 3.766 und eine Sammelrückstellung für das allgemeine Risiko in Höhe von T€ 721. Darüber hinaus wurden für erkennbare Einzelrisiken aus der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks) Rückstellungen in Höhe von T€ 700 und für das allgemeine Risiko aus den Sonderhaftungsfonds und der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks)

eine Sammelrückstellung in Höhe von T€ 16 gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für latente Risiken aus dem Exportgarantieprogramm in Höhe von T€ 217 und aus Konsortialgeschäften in Höhe von T€ 370 gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€ 1.686 beinhalten im Wesentlichen die Nachversicherungen (T€ 305), Übertragung von Urlaubsansprüchen (T€ 467), Jahresabschluss- und Veröffentlichungskosten (T€ 315) und Leistungstantiemen (T€ 247).

Eigenkapital

Die Gesellschaft verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€ 210.169. Das gezeichnete Kapital beträgt T€ 178.952 und wird in voller Höhe vom Land Rheinland-Pfalz gehalten.

Die Gewinnrücklage beziffert sich auf T€ 27.068. Sie enthält andere Gewinnrücklagen in Höhe von T€ 22.870.

Der Bilanzgewinn 2010 in Höhe von € 1.013.716,36 wurde in voller Höhe in die gebundene Rücklage eingestellt und gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 22. Juni 2011 dem Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, zugeführt.

Es wird dem Vorstand vorgeschlagen, dem Verwaltungsrat zu empfehlen, den Bilanzgewinn 2011 in Höhe von € 1.895.025,05 vollständig dem Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, zuzuführen.

Eventualverbindlichkeiten

Unmittelbare Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungen bestehen für im Eigengeschäft der ISB gegenüber Fremdkreditinstituten übernommene Bürgschaften und Garantien in Höhe von T€ 52.165 (Vorjahr T€ 47.795) sowie für im Konsortialgeschäft übernommene Garantien in Höhe von T€ 13.739 (Vorjahr T€ 16.681).

In den Eventualverbindlichkeiten sind Rückbürgschaftsverpflichtungen der ISB, denen Fondsvermögen in entsprechender Höhe gegenüberstehen, in Höhe von T€ 7.772 enthalten.

Im Geschäftsjahr werden die verwalteten Bürgschaften und Garantien des Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, abzüglich der in dem Sonderhaftungsfonds gebildeten Rückstellungen in Höhe von T€ 5.449 (Vorjahr T€ 218.985) ausgewiesen.

Im Jahresabschluss 2011 werden die Eventualverbindlichkeiten abzüglich der passivierten Rückstellungen unter der Bilanz ausgewiesen. Die gleichwertigen Rückgriffsforderungen an Bund und Land werden demgegenüber auf der Aktivseite vermerkt. Bisher wurden die Eventualverbindlichkeiten reduziert um die passivierten Rückstellungen und Rückgriffsforderungen ausgewiesen.

Bei den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um originäres Bankgeschäft mit Kunden, aus dem Provisionserträge erzielt werden. Das Risiko besteht für die ISB GmbH in einer Inanspruchnahme aus den vertraglichen Verpflichtungen aufgrund einer Verschlechterung der Bonität des Schuldners. Den Bonitätsrisiken wird bilanziell durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt auf Basis eines Unternehmensratings nach DSGV sowie nach intern festgelegten Bewertungsmaßstäben, die die vorhandenen Sicherheiten sowie die aktuelle Situation des Unternehmens mit einbeziehen. Aufgrund der Erfahrungswerte aus den Vorjahren wird davon ausgegangen, dass die ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten nicht in erheblichem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die Position „Treuhandersch verwaltete und geschäftsbesorgte Bürgschaften, Garantien und Beteiligungen“ wird seit dem Geschäftsjahr 2005 nicht mehr unter der Bilanz ausgewiesen, sondern im Rahmen der Darstellung der Geschäftstätigkeit der ISB im Lagebericht erläutert.

Die Rückgriffsforderungen aus dem Konsortialgewährleistungsgeschäft gegenüber dem Land betragen T€ 6.798 (Vorjahr T€ 164.339).

Andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen T€ 135.872. Sie sind Teil des Kreditgeschäftes der ISB GmbH und werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Risiken können sich aus der Verschlechterung der Bonität des Kunden ergeben, für die eine entsprechende Rückstellung in der Bilanz gebildet wird.

Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge

Die Zinserträge belaufen sich auf T€ 237.125. Darin sind Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von T€ 221.768 sowie Zinsen und ähnliche Erträge aus Abzinsung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von T€ 103 enthalten. Aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen wurden Erträge in Höhe von T€ 15.253 erzielt. Die Swap-Aufwendungen wurden mit den Swap-Erträgen saldiert.

Zinsaufwendungen

Von den Zinsaufwendungen von insgesamt T€ 171.412 betreffen T€ 218.632 die aufgenommenen Refinanzierungsmittel und T€ 151 Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus Abzinsung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft.

Laufende Erträge aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen

Die laufenden Erträge aus Beteiligungen resultieren aus Vorabvergütungen von einer Beteiligung in Höhe von T€ 100. Die laufenden Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen betragen T€ 4.531.

Provisionserträge

An Provisionserträgen wurden im Berichtsjahr T€ 7.651 erzielt. Davon entfallen auf Geschäftsbesorgungstätigkeiten T€ 6.602 und Eigengeschäfte der ISB T€ 1.049. In den Erträgen aus der Geschäftsbesorgungstätigkeit ist in Höhe von T€ 1.547 ein Treuhantgelt des Landes Rheinland-Pfalz enthalten.

Provisionsaufwendungen

Die Investitions- und Strukturbank (ISB) GmbH hat für vom Land Rheinland-Pfalz erhaltene Bürgschaften eine Bürgschaftsprovision in Höhe von T€ 274 gezahlt.

Sonstige betriebliche Erträge

Im Wesentlichen umfasst diese Position Erträge zur Deckung einer Ausfallübernahme (T€ 10.500), Erträge aus dem Baufactoringfonds (T€ 1.234), sowie Erträge aus der Kostenübernahme des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz (T€ 994) und des Sonderhaftungsfonds Besondere Maßnahmen (T€ 318), Erträge aus Serviceleistungen (T€ 279), Vermietung (T€ 184) und Erstattungen aus dem De-Minimis-Programm (T€ 177).

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen entfallen mit T€ 12.494 auf den Personalaufwand und mit T€ 5.146 auf die anderen Verwaltungsaufwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Wesentlichen werden in dieser Position Zuschüsse für verschiedene Programme (T€ 387), Rückzahlungen aus Verwendungsnachweisen (T€ 73), Zuführungen zu Rückstellungen (T€ 65) sowie Verluste aus Anlagenabgängen (T€ 263) ausgewiesen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung von Risikovorsorgen im Kreditgeschäft (T€ 23.783).

Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren

Die Position betrifft im Wesentlichen die Zuschreibung auf Anteile an verbundenen Unternehmen (T€ 674).

Allgemeine Erläuterungen

Termingeschäfte

Im Berichtsjahr wurden zur Vermeidung von Zinsänderungsrisiken zinsbezogene Termingeschäfte im Volumen von € 750,6 Mio. (105 Stück) abgeschlossen. Das Gesamtvolumen betrug damit € 3.062 Mio. (429 Stück). Die Termingeschäfte sind zum einen mit einem positiven Marktwert von insgesamt T€ 7.309 (15 Stück) sowie zum anderen mit einem negativen Marktwert von T€ 190.728 (406 Stück) bewertet

worden und dienen ausschließlich Absicherungszwecken der Aktivdarlehen und der Zinsfixierung variabel verzinsten Wertpapiere. Die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs erfolgt nach dem Grundsatz der Bewertungskonvention. Im Geschäftsjahr 2011 wurde das Bankbuch auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung für zinsbezogene Risiken gemäß IDW ERS BFA 3 überprüft. Hierbei wurde die GuV-orientierte Methodik verwendet. Nach dem Ergebnis der Überprüfung ergab sich keine Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Darüber hinaus besteht eine sonstige Swap-Vereinbarung mit einem Unternehmen zur Sicherung der Gewinnansprüche der ISB aus einem Tochterunter-

nehmen. Von der ISB ist ein Swap-Betrag in Höhe ihres anteiligen Jahresergebnisses zu leisten; im Gegenzug leistet der Kontrahent eine Zahlung, die sich aus der variablen Einlage der ISB bei dem Tochterunternehmen und einem um zwei Basispunkte verminderten EURIBOR-Satz für 3-Monatsgelder ergibt. Im Geschäftsjahr 2011 erhielt die ISB Zahlungen von T€4.244 aus dem Swap und hat Zahlungen von T€4.244 geleistet.

Angaben über das Abschlussprüferhonorar

Da die ISB gemäß § 300 ff. HGB einen Konzernabschluss erstellt, werden die Angaben zum Abschlussprüferhonorar gem. § 285 Nr. 17 HGB im Konzernanhang ausgewiesen.

Übersicht über die wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen gem. § 285 Nr. 21 HGB

Gesellschaft	Art der Beziehung	Art der Geschäfte	Wert der Geschäfte	Zinsergebnis
			T€	T€
Land Rheinland-Pfalz	Gesellschafter	Termingeldanlage	87.500	2.307
Land Rheinland-Pfalz	Gesellschafter	Liquiditätspool	338.708	-2.760
Land Rheinland-Pfalz	Gesellschafter	Treuhandverbindlichkeit	6.897	
Land Rheinland-Pfalz	Gesellschafter	Zinssubvention Land	6.607	
Land Rheinland-Pfalz	Gesellschafter	Treuhandentgelt	1.614	
Land Rheinland-Pfalz	Gesellschafter	Bürgschaftsprovision	275	

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Berichtsjahr 2011 waren für die ISB durchschnittlich 197 Personen – einschließlich der Geschäftsführer – tätig, davon 103 Mitarbeiterinnen und 94 Mitarbeiter. Mit 47 Personen waren Teilzeitverträge abgeschlossen. Seit August 2011 beschäftigt die ISB 4 Auszubildende.

Es wurde 5 Personen Prokura und 25 Personen Handlungsvollmacht erteilt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat und Geschäftsführung.

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten an:

Dr. Salvatore Barbaro (Vorsitzender)
Staatssekretär, ständiger Vertreter des Ministers der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Alexander Schweitzer (Stellvertretender Vorsitzender)
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz (bis 17. Mai 2011)

Ernst-Christoph Stolper
Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz (ab 25. Mai 2011)

Dr. Rüdiger Beyer
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz, Ludwigshafen

Dr. Manfred Bitter
Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Trier, Trier (ab 1. Dezember 2011)

Michael Ebling
Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz (bis 18. April 2012)

Hans-Georg Schneider
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz (bis 31. Januar 2011)

Anette Schürmann
Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Günther Tartter
Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Rheinhessen, Mainz (bis 30. November 2011)

Dr. Ralf Teepe
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz (ab 10. Februar 2011)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten Bezüge und Aufwandsentschädigungen in Höhe von insgesamt € 9.821,25.

Geschäftsführung

Der Geschäftsführung gehören an:

Ulrich Dexheimer,
Dipl.-Volkswirt, Schwetzingen

Dr. Hans-Ulrich Link,
Dipl.-Volkswirt, Emmelshausen

Jakob Schmid,
Jurist, Dannenfels (ab 1. Januar 2012)

Herr Ulrich Dexheimer war zum 31. Dezember 2011 Mitglied im Aufsichtsrat der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wurde im Hinblick auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An die Pensionäre des ehemaligen Finag-Vorstandes und deren Hinterbliebene wurden € 68.588,76 gezahlt.

Aufgrund der Zahlungen an diesen Personenkreis und aufgrund der Bewertung durch ein versicherungsmathematisches Gutachten wurden die bestehenden Pensionsrückstellungen auf € 428.332,00 angepasst.

Mainz, 29. Mai 2012
Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
Vorstand


Dexheimer


Schmid


Link

Lagebericht zum 31. Dezember 2011

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH wurde am 28. September 1993 gegründet. Damit wurde die Wirtschaftsförderung in Rheinland-Pfalz unter dem Dach der ISB zusammengefasst und eine Förderung der heimischen Wirtschaft aus einer Hand ermöglicht.

In Deutschland gibt es zwei Förderbanken, deren Wirkungsbereich sich über das gesamte Bundesgebiet erstreckt. Im Übrigen sind die Förderinstitute auf der Ebene der Bundesländer tätig. Die ISB ist das zentrale Wirtschaftsförderungsinstitut in Rheinland-Pfalz. Zwischen den verschiedenen Instituten auf Bundes- und Landesebene besteht grundsätzlich keine Wettbewerbssituation.

Die Aufgabe der Förderbanken ist die Unterstützung ihrer öffentlichen Träger in der Wirtschafts- und Strukturpolitik. Zu diesem Zweck erbringen sie bankwirtschaftliche Dienstleistungen in Ergänzung des Angebotes der Geschäftsbanken. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt gegenüber den Geschäftsbanken diskriminierungsfrei und wettbewerbsneutral. Die Förderbanken unterliegen bei ihrer Tätigkeit zahlreichen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, insbesondere werden sie im Hinblick auf die Verwendung öffentlicher Gelder von den Rechnungshöfen kontrolliert. Zudem müssen die Regelungen des Europäischen Beihilferechts berücksichtigt werden. Daneben haben die Förderbanken als Kreditinstitute die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu beachten und sind nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Sie sind von

der Körperschaftssteuer- sowie Gewerbesteuerpflicht befreit.

Die Förderinstitute agieren auf einer wettbewerbsrechtlich gesicherten Grundlage. In der Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland vom 27. März 2002, der „Verständigung II“, wurde das Modell der Förderbanken von der EU-Kommission ausdrücklich anerkannt und ein entsprechender Rahmen für ihre Tätigkeit gesetzt. Die „Verständigung II“ machte es erforderlich, den Umfang und die Grenzen der Tätigkeit der Wirtschaftsförderungsinstitute des Bundes und der Länder neu zu justieren. Entsprechend den Vorgaben der „Verständigung II“ wurde der Gesellschaftsvertrag der ISB an die geänderten Anforderungen angepasst. Damit ging die Ausweitung der Geschäftsfelder und Instrumente der ISB einher. Neben der klassischen einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung unterstützt die ISB nun unter anderem auch Kommunen bei der Finanzierung ihrer Infrastrukturaufgaben, Krankenhausträger bei der Finanzierung von investiven Maßnahmen sowie das Land Rheinland-Pfalz im Bereich zinsvergünstigter Wohnungsbaudarlehen und tritt als Partner der Kreditwirtschaft im Konsortialgeschäft auf.

Der Schwerpunkt im Kerngeschäft der ISB liegt in der Durchführung verschiedener einzelbetrieblicher Förderprogramme. Im Rahmen dieser Programme werden zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse und Gewährleistungen vergeben. Dadurch wird eine effektive Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Schonung der öffentlichen Haushalte des Landes Rheinland-

Pfalz ermöglicht. Daneben gewinnen eigene Förderprogramme der ISB zunehmend an Bedeutung.

Im traditionellen Förderdarlehensgeschäft werden zinsverbilligte Darlehen im sogenannten Durchleitverfahren (Hausbankprinzip) zur Verfügung gestellt. Hier ist insbesondere das Mittelstandsförderungsprogramm zu nennen. Ergänzt wird dieses Programm durch die Gewährung von Globaldarlehen. Im Rahmen dieses Geschäftsfeldes erhalten Geschäftsbanken Globaldarlehen, aus denen Mittel an die mittelständische Wirtschaft in Rheinland-Pfalz weitergeleitet werden. Im fördernahen Kreditgeschäft werden Konsortialfinanzierungen, Kommunalkredite, Sozialdarlehen und Krankenhausfinanzierungen gewährt.

Das Gewährleistungsgeschäft ist ein weiterer wichtiger Bestandteil des von der ISB angebotenen Leistungsspektrums. Das öffentlich geförderte und vom Bund sowie vom Land Rheinland-Pfalz rückverbürgte Gewährleistungssegment wurde 2011 in Rheinland-Pfalz neu strukturiert. In Umsetzung dieser Neustrukturierung wurden auf die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH – vormals firmierend als Kreditgarantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks GmbH – die Sonderhaftungsfonds Kreditbürgschaften und Beteiligungsgarantien rückwirkend zum 1. Januar 2011 im Wege der Gesamtrechtsnachfolge übertragen. Die öffentlich rückverbürgten Bürgschaften und Garantien mit einem Bürgschaftsobligo bis zu € 1,0 Mio. werden nunmehr von der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH vergeben. Die ISB ist jedoch für die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH in weiten Teilen geschäftsbesorgend tätig. Dies umfasst insbesondere das operative Bürgschaftsgeschäft, aber auch die zentralen Funktionen. Dadurch wird für die rheinland-pfälzischen Unternehmen ein hohes Maß an Kontinuität sichergestellt. Die ISB ist weiterhin für die Gewährung von Bürgschaften mit einem Obligo über € 1,0 Mio. zuständig (ISB-Bürgschaften). Zudem verbleiben die treuhänderisch zu bearbeitenden Landesbürgschaften bei der ISB.

Die ISB hält darüber hinaus Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen zur Erweiterung ihres Leistungsspektrums und zur Unterstützung spezifischer Förderprogramme. Die Sicherstellung des Prinzips der Wirtschaftsförderung aus einer Hand erfolgt dadurch, dass die ISB überwiegend die Geschäftsbesorgung für

diese Unternehmen übernommen hat. Auf diese Weise ist gewährleistet, dass die rheinland-pfälzischen Unternehmen mit der ISB einen zentralen Ansprechpartner für ein breites Angebot an öffentlichen oder öffentlich geförderten Finanzierungen haben.

Zu den Tochtergesellschaften zählen insgesamt elf Venture-Capital-Gesellschaften, wovon sechs ausschließlich in jeweils abgegrenzten Regionen des Landes Rheinland-Pfalz tätig sind. Daneben ist die ISB an verschiedenen weiteren Unternehmen beteiligt. Diese Beteiligungen dienen der Erfüllung verschiedener Aufgabenstellungen im Rahmen des Gesellschaftszwecks der ISB. Hier sind insbesondere die Tochterunternehmen RIM Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH und TeKaGe GmbH & Co. KG zu nennen. Die RIM nimmt das immobilienbezogene Fördergeschäft zentral für die ISB wahr. Der Aufgabenbereich der RIM umfasst neben Beratungsleistungen und Projektbegleitungen insbesondere die Beteiligung und/oder die Finanzierung von Objektgesellschaften, die der Betriebsansiedlung sowie der Erhaltung oder der Entwicklung von Gewerbestandorten dienen. Die RIM hält in diesem Zusammenhang eine größere Beteiligung an einem regionalen Flugplatz. Das Tochterunternehmen TeKaGe GmbH & Co. KG dient der Refinanzierung von Wohnungsbaufördermaßnahmen des Landes (siehe hierzu auch die Ausführungen im Nachtragsbericht).

Soweit die ISB in öffentlich-rechtlichen Handlungsformen tätig wird, ist sie dazu als beliehenes Unternehmen vom Land Rheinland-Pfalz ermächtigt. Sie kann Verwaltungsakte erlassen und führt die Widerspruchs- und Klageverfahren in den ihr übertragenen Aufgabenbereichen durch. Im Übrigen wird die ISB privatrechtlich tätig.

Die interne Organisation der ISB ist überwiegend produktorientiert ausgestaltet. Zum 31. Dezember 2011 waren bei der ISB 201 Personen – einschließlich der Geschäftsführung – beschäftigt. Zudem absolvierten zu diesem Zeitpunkt vier Auszubildende ihre Berufsausbildung zum Bankkaufmann bzw. zur Bankkauffrau bei der ISB.

Die Vergütung der Mitarbeiter ist aufgrund der unmittelbaren Inbezugnahme der Tarifstrukturen

des öffentlichen Dienstes angemessen. Über- oder außertarifliche Zulagen sind nicht variabel gestaltet und wären auch im Einzelfall von ihrer Höhe her gesehen nicht dazu geeignet, schädliche Anreize zur Begründung von Risikopositionen zu setzen. Auch durch variable Entgeltbestandteile werden keine schädlichen Anreize zur Eingehung von Risikopositionen gesetzt. Sie sind ebenfalls der Höhe nach im Einzelfall nicht geeignet, Risikopositionen zu begründen. Der Aufsichtsrat wird über die Ausgestaltung des Vergütungssystems jährlich informiert.

Neben diesem Lagebericht erstellt die ISB einen Konzernlagebericht.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem Konjunkturunbruch im Jahr 2009 und einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,1% ist die deutsche Wirtschaft nach 2010 auch 2011 deutlich gewachsen. Das Wirtschaftswachstum betrug 2011 real 3,0% (2010: 3,7%), obwohl die konjunkturelle Dynamik gegen Ende des Jahres nachgelassen hat.

Eine ähnliche Entwicklung war in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Im Jahr 2011 betrug das Wirtschaftswachstum preisbereinigt 3,1% und lag damit leicht über dem Bundesdurchschnitt. Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ist insbesondere im ersten Halbjahr des Jahres 2011 mit 4,1% kräftig gewachsen. Zu der günstigen Entwicklung 2011 trug wiederum die rheinland-pfälzische Industrie maßgeblich bei, auf die rund ein Viertel der gesamten Wertschöpfung im Land entfiel. Vor allem hohe Zuwächse konnten insbesondere die Automobilbranche und der Maschinenbau verzeichnen. Das Baugewerbe entwickelte sich ebenfalls günstig.

Die Gründe für die Abschwächung gegen Ende des Jahres waren zum einen die Verunsicherung durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise und zum anderen die konjunkturelle Entwicklung des europäischen sowie des übrigen internationalen Umfeldes.

Die deutsche Wirtschaft hat sich sehr schnell von dem Konjunkturunbruch 2009 erholt und im Laufe des Jahres 2011 das Vorkrisenniveau bereits wieder

überschritten. Damit ist die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich günstiger verlaufen als in den meisten anderen Industrienationen.

Die deutsche Wirtschaft konnte auch ihre Stellung auf den Weltmärkten weiter stärken. So stiegen die Auslandsumsätze 2011 im Jahresvergleich in Deutschland um 10,9%. In Rheinland-Pfalz konnte sogar eine Steigerung um 12,9% erreicht werden. Da die Exportorientierung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft besonders ausgeprägt ist, ist diese Entwicklung für die heimische Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

Die wirtschaftliche Entwicklung hat sich nicht zuletzt auch positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Im Dezember 2011 waren in Deutschland 41,47 Mio. Menschen erwerbstätig. Arbeitslos waren bundesweit im Jahresdurchschnitt 2,98 Mio. Menschen. Dies entspricht einer Quote von 7,1%. Die Arbeitslosenquote lag in Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich 5,3% nochmals deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

Geschäftsverlauf

Im Rahmen ihres Gesellschaftszwecks gewährt die ISB zinsvergünstigte Darlehen, Zuschüsse und Gewährleistungen. Darüber hinaus beteiligt sich die ISB im VC-Geschäft über verschiedene Tochtergesellschaften in offener und stiller Form an rheinland-pfälzischen Unternehmen.

Über alle Programme hinweg wurden bei der ISB im Berichtsjahr insgesamt 3.140 Zusagen ausgesprochen (Vorjahr 4.099 Zusagen).

Kredite/Zuschüsse

Auf den Bereich Kredite/Zuschüsse entfielen im Jahr 2011 insgesamt 2.862 Zusagen, nachdem es im Jahr zuvor 3.686 Zusagen waren.

Das insgesamt bei der ISB bewilligte Zuschussvolumen betrug 2011 €31,8 Mio. (Vorjahr €38,6 Mio.) bei 1.204 Zusagen (Vorjahr 1.297 Zusagen).

Im Bereich der Regionalförderung wurden 139 Zusagen (Vorjahr 181 Zusagen) mit einem Gesamtvolumen von €22,6 Mio. (Vorjahr €28,3 Mio.) ausgesprochen.

In der Technologieförderung wurden 31 neue Vorhaben (Vorjahr 40 Vorhaben) begleitet. Das Zuschussvolumen betrug in diesem Bereich €6,0 Mio. Damit konnte zwar das Vorjahresergebnis von €7,1 Mio. nicht erreicht werden. Jedoch liegt dieser Wert nach wie vor deutlich über dem des Jahres 2009, als das Zusagevolumen €4,4 Mio. betragen hatte.

In den Programmen, im Rahmen derer rheinland-pfälzische Unternehmen Zuschüsse für die Inanspruchnahme von qualifizierten Beratungsleistungen erhalten können, konnte das Vorjahresniveau im Berichtsjahr nahezu erreicht werden. Insgesamt wurden 462 Zuschüsse (Vorjahr 483 Zuschüsse) für Beratungen mit einem Gesamtvolumen in Höhe von €1,2 Mio. (Vorjahr €1,3 Mio.) zugesagt.

Im Bereich der kleinen Zuschussprogramme wurde das neue Förderprogramm „Weinmarketing auf Drittlandsmärkten“ sehr positiv angenommen. Hier wurden 47 Zuschüsse (Vorjahr 24 Zuschüsse) mit einem Gesamtvolumen von €0,4 Mio. (Vorjahr €0,2 Mio.) zugesagt.

Bei der Messe- und Marketingförderung gab es 395 Zusagen bei einem Zuschussvolumen von €1,3 Mio. (Vorjahr €1,2 Mio.).

Über alle ISB-Darlehensprogramme hinweg wurden 2011 1.658 Zusagen (Vorjahr 2.389 Zusagen) ausgesprochen. Das Kreditvolumen betrug dabei €2.086,8 Mio. Damit konnte das Vorjahresergebnis in Höhe von €3.579,2 Mio. nicht erreicht werden. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen der Rückgang des im Berichtsjahr neu zugesagten Kommunal- und Sonderkreditvolumens.

Zu dieser Entwicklung der Förderzahlen im Darlehensbereich hat die Änderung der Refinanzierungsbedingungen der KfW für Landesförderinstitute im Berichtsjahr beigetragen, da die Refinanzierung der ISB-Darlehensprogramme maßgeblich über die KfW erfolgte.

Im Bereich des Mittelstandsförderungsprogramms hat sich die Zahl der Zusagen im Jahresvergleich auf 1.344 reduziert. Das zugesagte Darlehensvolumen betrug €265,2 Mio. (Vorjahr €324,0 Mio.). Diese Entwicklung steht wie oben dargestellt im Zusammenhang mit den geänderten Refinanzierungskonditionen der KfW.

Dagegen konnte das das Mittelstandsförderungsprogramm ergänzende Globaldarlehensgeschäft, insbesondere hinsichtlich des Darlehensvolumens, ausgeweitet werden. Insgesamt gab es im Berichtsjahr 6 Zusagen (Vorjahr 4 Zusagen). Das neu zugesagte Gesamtvolumen stieg im Jahresvergleich deutlich um €22,1 Mio. auf €34,3 Mio.

Die Ausbildungsplatzförderung erfolgt im Wesentlichen über die Gewährung von Darlehen und zu einem kleineren Teil mittels Zuschüssen. Insgesamt wurden in dem Bereich 266 Zusagen (Vorjahr 335 Zusagen) ausgesprochen. Darlehen wurden mit einem Gesamtvolumen von €3,7 Mio. zugesagt. Hier ist die Entwicklung beim Neugeschäft unter dem Niveau von 2010 geblieben. Zum Teil hat im Berichtsjahr eine Verlagerung zum allgemeinen Mittelstandsförderungsprogramm stattgefunden, da dort im Einzelfall die Konditionen günstiger waren. Zuschüsse wurden in Höhe von €0,7 Mio. im Bereich der Ausbildungsplatzförderung zugesagt.

Im Kommunaldarlehensgeschäft gab es im Berichtsjahr 190 Zusagen (Vorjahr 309 Zusagen) mit einem Gesamtvolumen von €1.724,2 Mio. (Vorjahr €2.661,2 Mio.). Mitursächlich für diesen Rückgang sind einerseits wiederum die geänderten Refinanzierungsmodalitäten für die ISB, andererseits aber auch die geschäftspolitische Entscheidung, neue Darlehen lediglich an Kommunen herauszulegen, die sich nicht in einem Haushaltssanierungskonzept befinden.

Im Jahr 2011 wurden 2 Konsortialdarlehen (Vorjahr 14) mit einem Gesamtvolumen von €10,0 Mio. (Vorjahr €61,7 Mio.) zugesagt.

Zudem wurden im Jahr 2011 sonstige Darlehen in Höhe von insgesamt €19,9 Mio. zugesagt.

Bürgschaften und Garantien

Nach dem Rekordjahr 2009 hat sich auch im Berichtsjahr die rückläufige Entwicklung – wie schon 2010 – fortgesetzt. Das Neugeschäft mit Gewährleistungen im Jahr 2011 ist sowohl im Hinblick auf die Fallzahlen als auch auf das Gewährleistungsvolumen zurückgegangen. Jedoch sind die Zahlen aufgrund der Neustrukturierung des Bürgschaftsgeschäftes in Rheinland-Pfalz nicht mit denen des Vorjahres vergleichbar.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass bei allen Bürgschaftsbanken bundesweit das Neugeschäft zurückgegangen ist. Die Gründe hierfür sind die Investitionszurückhaltung des Mittelstandes, dessen gute Liquiditätsausstattung sowie die größere Bereitschaft der Hausbanken, Kreditrisiken weitgehend ohne Bürgschaftsunterstützung zu übernehmen.

Im Gewährleistungsgeschäft hat der Bestand an Bürgschaften und Garantien (einschließlich Treuhandgeschäft) zum Ende des Berichtsjahres ein Gesamtvolumen von € 172,8 Mio. bei insgesamt 194 Fällen erreicht. Eine Vergleichbarkeit dieser Zahlen mit jenen des Vorjahres ist nicht gegeben, da der Bestand an öffentlich geförderten und vom Bund sowie vom Land Rheinland-Pfalz rückverbürgten Gewährleistungen auf die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH übertragen wurde.

Bei den ISB-eigenen Bürgschaften wurden im Berichtsjahr 26 Gewährleistungen (Vorjahr 175 Gewährleistungen) mit einem Gesamtvolumen von € 19,1 Mio. (Vorjahr € 44,4 Mio.) zugesagt. Der Grund für den Rückgang ist in Sondereffekten, die im Vorjahr zur deutlichen Ausweitung des Neugeschäfts geführt haben und ebenfalls im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Gewährleistungsgeschäfts stehen, zu sehen. Im Jahr 2010 wurden Gewährleistungen, die eigentlich dem öffentlich rückverbürgten Gewährleistungssegment zuzurechnen sind, als ISB-Bürgschaften übernommen.

Im Jahr 2011 wurden zudem 8 Landesbürgschaften (Vorjahr 4 Landesbürgschaften) mit einem Volumen von € 10,7 Mio. (Vorjahr € 11,5 Mio.) zugesagt. Das für das Land treuhänderisch verwaltete Bürgschaftsvolumen belief sich am 31. Dezember 2011 auf € 120,2 Mio. (Vorjahr € 126,2 Mio.).

Beteiligungen

Im VC-Beteiligungsbereich wurden im Jahr 2011 56 Beteiligungen zugesagt, die sowohl Neuengagements beinhalten als auch weitere notwendige Finanzierungsrunden betreffen. Das sehr hohe Niveau und die hohen Steigerungsraten bei den Zusagen in den Jahren 2009 und 2010 konnten damit nicht mehr erreicht werden. Die Zahlen liegen allerdings immer noch deutlich über dem Durchschnitt der früheren

Jahre. Diese mit der Fokussierung auf qualitatives Wachstum einhergehende Konsolidierung erscheint auch vor dem Hintergrund der Gewährleistung einer optimalen Betreuung des Beteiligungsbestandes sinnvoll und erforderlich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Zusagevolumen im VC-Beteiligungsbereich von € 14,3 Mio. auf € 8,5 Mio. zurückgegangen. Im Rahmen des 2008 eingerichteten Innovationsfonds Rheinland-Pfalz für Beteiligungen an jungen und innovativen Unternehmen wurden Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von € 3,3 Mio. (Vorjahr € 5,4 Mio.) zugesagt. Damit leistet der Fonds weiterhin einen wichtigen Beitrag, die Eigenkapitalausstattung der Zielunternehmen nachhaltig zu verbessern. Dieser Fonds ist hälftig mit EFRE-Mitteln und mit Landesmitteln ausgestattet. Er wurde bei der Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologieförderung in Rheinland-Pfalz mbH (WFT), einer 100%igen Tochter der ISB, angesiedelt.

Bei der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH wurden im Jahr 2011 zudem 9 Beteiligungen (Vorjahr 14) mit einem Gesamtvolumen von € 1,3 Mio. (Vorjahr € 3,1 Mio.) zugesagt. Gründe für diese Entwicklung sind die vorherrschende Kapitalmarktsituation mit Niedrigzinsphase sowie die allgemeine Investitionszurückhaltung im Mittelstand. Insgesamt hält die MBG 197 Beteiligungen an insgesamt 173 Partnerunternehmen. Diese Zahlen verdeutlichen die große Bedeutung der MBG in der Förderlandschaft.

Gesamtbeurteilung

Die Geschäftsentwicklung hinsichtlich des Neugeschäfts war gekennzeichnet durch eine insgesamt verhaltene Nachfrage nach Fördermitteln in den Kernförderbereichen. Nach sehr hohen Wachstumsraten in den vergangenen Jahren hat im Berichtsjahr eine gewisse Konsolidierung, im Vergleich mit den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise aber nach wie vor auf hohem Niveau, stattgefunden. Der Verlauf der Geschäfts- und Ertragsentwicklung war im Berichtsjahr insgesamt zufriedenstellend. Durch die Struktur des Geschäftes sind aus heutiger Sicht besondere Risiken oder negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht zu befürchten.

ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Ertragslage

Der ausgewiesene Bilanzgewinn der ISB liegt im Berichtsjahr bei € 1,9 Mio. (Vorjahr € 1,0 Mio.). Der Anstieg des Jahresüberschusses ist im Wesentlichen auf den deutlich gestiegenen Zins- und Beteiligungsüberschuss als tragende Ergebnisbeitragsgröße zurückzuführen. Aufgrund gebildeter Risikovorsorge liegt der Jahresüberschuss jedoch unter dem Mehrjahreswert.

Im Berichtsjahr konnten Zinserträge in Höhe von € 237,1 Mio. erzielt werden (Vorjahr € 195,0 Mio.). Die laufenden Erträge aus Anteilen und Aktien erhöhten sich von € 2,8 Mio. auf € 4,7 Mio. im Jahr 2011. Das Zins- und Beteiligungsergebnis lag im Berichtsjahr mit € 23,0 Mio. leicht über den Planungen und hat sich im Jahresvergleich um € 7,9 Mio. deutlich verbessert. Dieses Ergebnis konnte trotz tendenziell rückläufiger Neugenehmigungsvolumen erzielt werden. Dabei wirkten sich die strategischen Vorgaben bezüglich der Margenhöhe im fördernahen Darlehensgeschäft sowie die kontinuierliche Rückführung stark zinssatzbelasteter Passiva positiv aus. Die Zinsspanne (Zinsüberschuss in Relation zur Bilanzsumme) hat sich von 0,14 % auf 0,22 % stark verbessert. Im Vorjahr wurde das Zinsergebnis wesentlich durch die Auflösung von Disagien aufgrund von Rückführungen von Refinanzierungsmitteln der KfW im Zusammenhang mit vorzeitigen Rückzahlungen und nicht abgerufenen Mittelstandsförderdarlehen negativ beeinflusst.

Der Provisionsüberschuss ist im Berichtsjahr um 5,0 % auf € 7,4 Mio. gesunken. Ursächlich hierfür war die Übertragung des Bestandes von Gewährleistungen auf die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH im Zuge der Neustrukturierung dieses Geschäftsfeldes. Außerdem hat sich das Treuhandentgelt des Landes aufgrund rückläufiger Auszahlungsbeträge im Zuschussbereich reduziert.

Im Jahr 2011 wurde ein Rohertrag von € 33,2 Mio. erzielt. Damit konnte das Vorjahresergebnis um 39,6 % übertroffen werden. Komponenten des Rohertrages sind das Zinsergebnis, das Provisionsergebnis und das sonstige Ergebnis.

Die Entwicklung der Personalkosten verlief auch 2011 moderat. Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand in % der operativen Erträge) hat sich von 5,6 % auf 5,0 % verbessert. Gleichermäßen hat sich die Verwaltungsaufwandsquote (Verwaltungsaufwand in % der operativen Erträge) entwickelt. Sie sank von 3,6 % auf 2,8 %.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung beläuft sich somit auf € 25,0 Mio. und hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um € 19,5 Mio. erhöht.

Das negative Bewertungsergebnis betrug im Berichtsjahr € 23,1 Mio. (Vorjahr € 4,2 Mio.) und betraf insbesondere Einzel- und Portfoliorisikovorsorgemaßnahmen im Förder- und fördernahen Kreditgeschäft sowie im Gewährleistungsgeschäft.

Das Jahr 2011 war im Hinblick auf die Ertragslage von dem Sondereffekt der Vorsorgereservebildung geprägt. Die Cost-Income-Ratio (Aufwand/Ertragsverhältnis vor Bewertung) hat sich gegenüber dem Vorjahr von 73,2 % auf 54,7 % verbessert.

Finanzlage

Die Finanzlage der ISB ist wesentlich durch die gute Eigenkapitalausstattung und die günstigen Refinanzierungsbedingungen geprägt. Mittelaufnahmen konnten durch Bürgschaften des Landes Rheinland-Pfalz abgesichert werden. Dafür wurde vom Land ein Bürgschaftsrahmen im Landeshausaltsgesetz bereitgestellt, aus dem Einzelbürgschaften abgerufen werden konnten.

Damit war gewährleistet, dass die ISB jederzeit Refinanzierungen zu günstigen Konditionen auf dem Markt aufnehmen kann und die Liquidität für die geschäftlichen Aktivitäten stets sichergestellt ist. Des Weiteren nimmt die ISB am Liquiditätspool des Landes teil, über den ebenfalls günstige Konditionen erzielt werden können. Zudem werden die Refinanzierungsmöglichkeiten der EZB genutzt. Der Koeffizient gemäß der Liquiditätsverordnung wurde im Verlauf des Geschäftsjahres zu allen maßgeblichen Zeitpunkten eingehalten. Insofern ist die Liquiditätslage der Bank unbedenklich.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist 2011 leicht auf € 10.485,8 Mio. (Vorjahr € 10.337,7 Mio.) gestiegen.

Das Geschäftsvolumen war dagegen mit € 10.921,1 Mio. (Vorjahr € 11.240,1 Mio.) leicht rückläufig. Diese Entwicklung steht im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung des Gewährleistungssegments sowie mit dem Absinken unwiderrücklicher Kreditzusagen.

Auf der Aktivseite haben sich insbesondere die Bilanzpositionen Forderungen an Kunden von € 5.058,5 Mio. auf € 5.175,2 Mio. und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von € 713,8 Mio. auf € 956,9 Mio. erhöht. Für die Erhöhung der Forderungen an Kunden ist die Ausweitung des Bestandes an Kommunaldarlehen, die ohne Einbindung eines Kreditinstitutes vergeben wurden, ausschlaggebend. Die Ausweitung des Bestandes an Schuldverschreibungen ist auf das erhöhte Wertpapierleihgeschäft mit dem Land Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Die Forderungen an Kreditinstitute sind hingegen von € 4.142,8 Mio. auf € 3.944,3 Mio. gesunken. Ursächlich dafür ist unter anderem das gesunkene Volumen an Kommunaldarlehen, die über Kreditinstitute herausgelegt wurden. Weiterhin konnte im traditionellen Förderdarlehensgeschäft, in dem Darlehen über die Hausbanken zur Verfügung gestellt werden, die Ausweitung des Bestandes an Mittelstandsförderdarlehen rückläufige Tendenzen bei Global-, Technologie- und Energiedarlehen nicht vollständig kompensieren. Passivisch sind insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von € 596,5 Mio. auf € 818,5 Mio. gestiegen. Dieser Anstieg steht ebenfalls in Zusammenhang mit dem Wertpapierleihgeschäft.

Der Emittentenkreis bezüglich der gehaltenen Wertpapiere wurde weiter auf erstklassige Adressen und Pfandbriefemissionen konzentriert.

Das haftende Eigenkapital war zu jeder Zeit ausreichend. Die Einhaltung des Solvabilitätskoeffizienten war zu keiner Zeit gefährdet. Er lag zum 31. Dezember 2011 bei 12,9%.

Sowohl die Vermögens- als auch die Ertrags- und Finanzlage sind geordnet.

Nachtragsbericht

Auf Grundlage des Landesgesetzes über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISBLG) vom 20. Dezember 2011 wurde die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH – ISB GmbH – zum 1. Januar 2012 im Zuge eines Rechtsformwechsels in die rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) – ISB – umgewandelt. Die ISB GmbH besteht in Gestalt der ISB unter Wahrung der Identität in neuer Rechtsform weiter. Mit der formwechselnden Umwandlung führt die ISB das gesamte Aktiv- und Passivvermögen sowie alle Rechtsverhältnisse der ISB GmbH weiter. Zudem wurde die Landes-treuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Aufnahme durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes auf die ISB verschmolzen. Gemäß Satzung der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) vom 1. Januar 2012 ist die ISB das zentrale Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz und hat insbesondere den staatlichen Auftrag, das Land Rheinland-Pfalz bei seiner Finanz-, Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Städtebau-, Verkehrs-, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Gemeinschaft zu unterstützen.

Im Zusammenhang mit der Zusammenführung der ISB und der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) wurde ferner das Vermögen der TeKaGe GmbH & Co. KG zum 1. Januar 2012 im Wege der Anwachsung auf die ISB übertragen. Gegenstand der TeKaGe GmbH & Co. KG war das Halten und Verwalten von Wohnungsbauförderdarlehen. Die Verwaltung der Darlehen erfolgte durch die LTH. Nach der Umstrukturierung werden die Forderungsportfolien direkt von der ISB gehalten und die TeKaGe GmbH & Co. KG wurde aufgelöst. Für die ISB resultieren aufgrund ausreichender Absicherungen aus der Transaktion keine Risiken. Auch die Ertragschancen und -risiken bleiben insoweit unverändert.

Darüber hinaus sind nach Schluss des Geschäftsjahres bislang keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der ISB haben.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Risikostrategie und Risikomanagement

Als zentrales Wirtschaftsförderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz agiert die ISB im öffentlichen Auftrag und engagiert sich in Geschäftsfeldern, die den staatlichen Zielen untergeordnet sind und in denen die marktwirtschaftlichen Gegebenheiten sonst nicht zu den gewünschten sozialen Ergebnissen führen würden. Damit hat die ISB sich kraft ihrer Aufgabenstellung auf ihrem staatlichen Fundament zu bewegen, muss sich aber gleichzeitig auch an die Regeln des Marktes anpassen. Die Beteiligung der ISB am Wirtschaftsgeschehen ist daher unter Risikogesichtspunkten nur bedingt mit den untereinander im Wettbewerb stehenden anderen Kreditinstituten vergleichbar. Unabhängig von den durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie dem § 25a KWG und den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) konkretisierten gesetzlichen Anforderungen wird daher der weitere Ausbau eines an den tatsächlichen Rahmenbedingungen des bankgeschäftlichen Handelns orientierten Risikokontroll- und -managementsystems als Notwendigkeit und unternehmerische Herausforderung gesehen.

Das Risikomanagement der ISB setzt sich zusammen aus der Geschäfts- und Risikostrategie, der Steuerung der Risikotragfähigkeit und dem internen Kontrollsystem. Das interne Kontrollsystem besteht aus der schriftlich fixierten Ordnung, der Aufbau- und Ablauforganisation und dabei insbesondere aus den Prozessen zur Risikosteuerung und zum Risikocontrolling.

Im Hinblick auf die 3. MaRisk-Novelle entsprach der bestehende gruppenweite Risikosteuerungsprozess der ISB bereits größtenteils den veränderten Anforderungen. Dabei konnte die ISB weiterhin als Förderbank aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit Erleichterungen in Form von Öffnungsklauseln in gewissem Umfang nutzen. Notwendige Anpassungen der internen Prozesse an das Regelwerk wurden im Jahr 2011 vollumfänglich umgesetzt. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um ergänzende Formulierungen messbarer Ziele und zugehöriger Maßnahmen zur Zieler-

reichung in der Geschäfts- und Risikostrategie, um die Erstellung eines auf 24 Monate basierenden Wirtschaftsplanes sowie um die Implementierung von inversen Stresstests als Ergänzung der sonstigen Stresstests.

Im Rahmen ihres Risikomanagementsystems hat die ISB kontinuierlich die Risikosteuerungsverfahren verfeinert, um so dauerhaft die Möglichkeiten zu schaffen, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu steuern, zu überwachen und hausintern zu kommunizieren. Zu diesem Zweck erfolgt seit dem 31. Dezember 2011 quartalsweise eine rollierende 12-Monats-Risikobetrachtung (Vorschau für das nächste Kalenderjahr) sowohl bei der Limitfestlegung als auch bei der Berechnung der für ein Jahr in die Zukunft erwarteten Limitauslastung. Die Bank ist auch zukünftig bestrebt, die Verfahren und Instrumentarien des Risikomanagements methodisch stetig zu verbessern und weiterzuentwickeln. Im Vordergrund stehen dabei, entsprechend der Geschäftsausrichtung der ISB, Elemente der Messung und Steuerung von Adressenausfallrisiken.

Die institutweit kommunizierte Geschäfts- und Risikostrategie bildet derzeit und auch künftig den Rahmen für die von der ISB betriebenen Bankgeschäfte. Sie beschreibt neben den förderpolitischen und bankspezifischen Zielen das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts. In ihrem Mittelpunkt steht eine ausgewogene Balance von Ertrag und Risiko. Die Geschäfts- und Risikostrategie wird ertragsseitig im Rahmen des Ertragsteuerungsprozesses durch die Vorgaben der Wirtschaftsplanung zur Überwachung und gegebenenfalls Anpassung der strategischen Vorgaben weiter operationalisiert. Risikoseitig erfolgt die weitere Operationalisierung der strategischen Vorgaben durch den Risikosteuerungs- und Risikotragfähigkeitsprozess. Entsprechend ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung stehen als wesentliche Risikoarten die Kreditausfall- und Beteiligungsrisiken als Ausprägungen des Adressenausfallrisikos im Vordergrund. Weitere wesentliche Risikoarten sind operationelle Risiken sowie Marktpreisrisiken in Form von Kurs- und Zinsänderungsrisiken.

Als nicht wesentliche Risikoarten wurden Länderrisiken und Kontrahentenrisiken als Ausprägungen des Adressenausfallrisikos, Liquiditätsrisiken sowie sonstige Risiken in Form von Reputations- und Platzierungsrisiken definiert.

Im Kreditgeschäft untergliedert die ISB ihre Geschäftstätigkeit in risikotragende und risikoarme Kreditgeschäfte, wobei die Bank bestrebt ist, den Anteil der risikotragenden Kreditgeschäfte am Gesamtportfolio des Instituts möglichst gering zu halten. Dabei wurden für das risikotragende Kreditgeschäft der Gesellschaft Einzel- und Portfoliolimite festgelegt. Die Einhaltung der Geschäfts- und Risikostrategie wird im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichtes überwacht, der neben quantitativen Angaben auch qualitative Auswertungen und Handlungsempfehlungen zur Risikobegrenzung enthält.

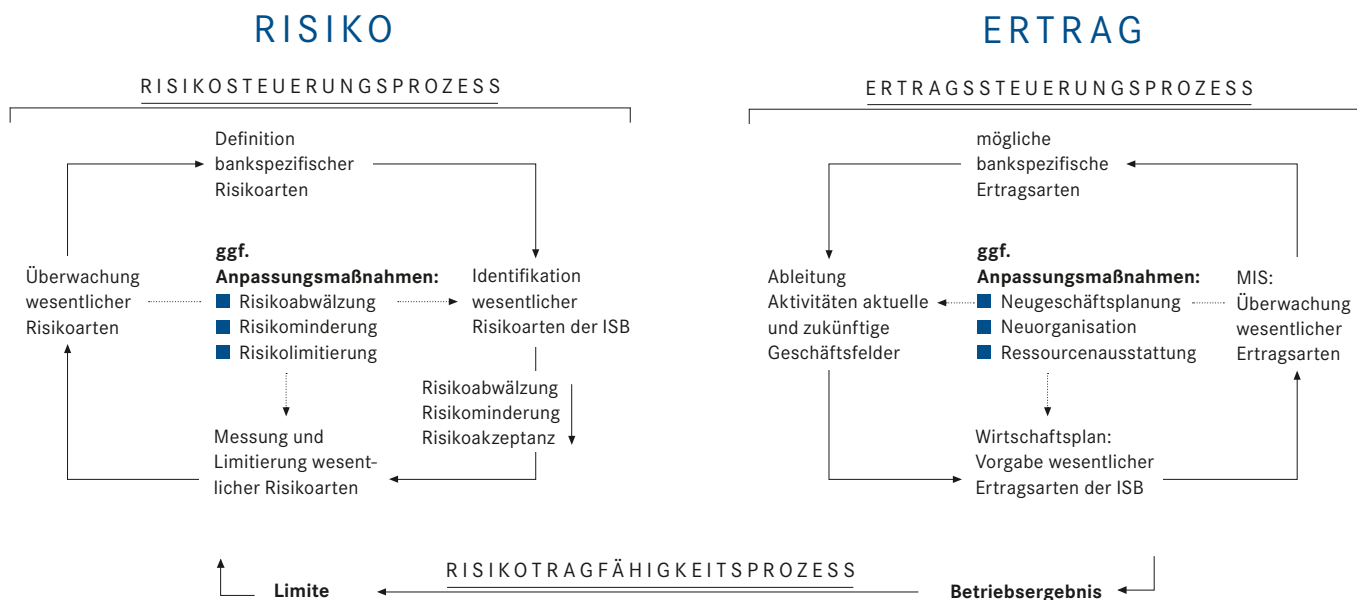
Daneben hat die Bank individuelle Kriterien für eine Ad-hoc-Berichterstattung definiert, um so die Geschäftsleitung frühzeitig auf identifizierte Risiken aufmerksam zu machen.

Zur Einbindung der Risikoüberwachung in die Gesamtbanksteuerung wurde unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Instituts ein System entwickelt, das Limite für die wesentlichen Risikoarten der Bank vorsieht.

Risikotragfähigkeitsprozess

Der Prozess der Ermittlung und Überwachung der Risikotragfähigkeit stellt einen integralen Bestandteil des Risiko- sowie Ertragssteuerungsprozesses dar und umfasst folgende Regelkreise:

Geschäfts- und Risikostrategie



Im ersten Schritt erfolgen die Festlegung der Bestandteile der Risikotragfähigkeit sowie die Überprüfung der Methodik der Limitfestlegung der ISB als gruppenübergeordnetes Institut.

Wichtigster Bestandteil im operativen Ertragssteuerungsprozess ist das für die nächsten zwei Wirtschaftsjahre geplante Betriebsergebnis, das im Rahmen des Wirtschaftsplanes jährlich von Geschäftsführung und Aufsichtsrat verabschiedet wird. Die unterjährige Kontrolle der Planerfüllung wird im Rahmen des monatlichen MIS vorgenommen; im Bedarfsfall erfolgen dabei Abweichungsanalysen, die gegebenenfalls zu Plananpassungen führen können.

Der institutsinterne Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit analysiert auch, wie sich beabsichtigte Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit oder der strategischen Ziele sowie erwartete Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes auf die zukünftige Risikotragfähigkeit auswirken. Dabei werden in einem GuV-orientierten Ansatz der Risikodeckungsmasse potenzielle Verluste aus Szenarioberechnungen gegenübergestellt, um so die Geschäftsleitung frühzeitig in die Lage zu versetzen, Risikosteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Da das Risikotragfähigkeitskonzept der ISB an Jahresabschlussgrößen anknüpft, erfolgt zu einer angemessenen Betrachtung des Risikodeckungspotenzials über den Bilanzstichtag hinaus seit Ende 2011 eine rollierende 12-Monats-Risikobetrachtung. Neben dieser Vorschau werden im vierteljährlichen Risikobericht weiterhin die Auswirkungen bis zum Jahresultimo (buchhalterischer Stichtag) simuliert, um in der Prognoserechnung der ISB auf das Jahresende hin keiner Fehlsteuerung zu unterliegen.

Im Rahmen des operativen Risikotragfähigkeitsprozesses werden in der Geschäfts- und Risikostrategie die akzeptierten Risikoarten festgelegt. Die gesamte zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse setzt sich zusammen aus dem laufenden Betriebsergebnis der Bank, den freien Vorsorgereserven, der nicht zweckgebundenen Gewinnrücklage sowie dem gezeichneten Kapital. Ein Teil dieser Risikodeckungsmasse wurde als Verlustobergrenze für den Normal und Worse Case allokiert. Die Bemessung der Verlustobergrenzen in diesen Szenarien stellt sicher, dass auch nach einem Eintreten der Risiken im Normal und Worse Case ausreichend haftendes Eigenkapital vor-

handen ist, um den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten sowie die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen erfüllen zu können (Going-Concern-Annahme). Die Limitfestlegung für Adressenausfall-, Marktpreis-, Zinsänderungs- sowie operationelle Risiken erfolgt unter Berücksichtigung des aktuellen Risikopotenzials sowie der in der Geschäfts- und Risikostrategie festgeschriebenen Unternehmensziele. Die Bestimmung der verschiedenen Sublimate erfolgt dabei durch Verwendung von standardisierten Pauschalsätzen, die Ausdruck der Risikopräferenz der Geschäftsführung sind. Da keine Korrelationseffekte der Risikoarten in der Messung der Limitauslastung berücksichtigt werden, ist die Gefahr einer Unterschätzung des Gesamtrisikopotenzials in diesen Szenarien nicht gegeben.

Gegebenenfalls nötige Umschichtungen innerhalb der Sublimate (z.B. Risikominderungen durch Abbau von Risikopositionen) können vorgenommen werden.

Bei den im Stress Case simulierten Risiken handelt es sich um Ausnahmeereignisse, deren Eintrittswahrscheinlichkeit als gering bzw. äußerst gering eingeschätzt wird. Der Stress Case stellt ein Liquidationsszenario dar (Gone-Concern-Annahme). Aus diesem Grund werden keine Risikotoleranzen im Vorfeld definiert. Die Risiken werden vielmehr in ihrer Gesamtheit mit der diesem Szenario zugewiesenen Deckungsmasse verglichen, und es werden Wirkungsketten aufgezeigt.

Die Risikotragfähigkeit der ISB war 2011 zu jeder Zeit gegeben. Die eingetretenen Risiken konnten mit der für den Normal Case vorgesehenen Risikodeckungsmasse vollständig gedeckt werden. Die tatsächliche Auslastung der Sublimate lag zum 31. Dezember 2011 bei 32,6%.

Aus heutiger Sicht können die für ein Jahr rollierend erwarteten Risiken jederzeit getragen werden. Somit wird die Risikotragfähigkeit der ISB auch in der Zukunft laufend sichergestellt sein. In den beiden Szenarien Normal und Worse Case werden weiterhin die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und somit die Going-Concern-Annahme eingehalten.

Die Überwachung der tatsächlichen und der für ein Jahr in die Zukunft erwarteten Limitauslastungen

wird durch die Untersuchung der Wirkung krisenhafter Marktentwicklungen ergänzt. Hierzu wurden jährliche interne gruppenweite Stresstestverfahren etabliert, die die Risikofaktoren der wesentlichen Risikoarten historischen und hypothetischen Szenarien unterwerfen. Die Stresstests können unter Umständen ein Liquidationsszenario darstellen, falls die aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderung nach Belastung der Tragfähigkeit mit den jeweiligen Verlustpotenzialen nicht mehr gegeben ist. Im Vordergrund steht nicht nur das Ziel, mögliche Ereignisse und künftige Veränderungen zu identifizieren, die sich negativ auf die Risikolage der ISB auswirken, sondern auch das Ziel, die Risikotragfähigkeit in Extremsituationen sicherstellen zu können.

Beim Normal-Stresstest werden die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse auf die Solvabilität der ISB-Gruppe dargelegt. Beim Reverse-Stresstest hingegen werden fiktive Verlustquoten ermittelt, bei denen die Fortführung der ISB gefährdet wäre. Das primäre Ziel ist die Beantwortung der Frage, welche Ereignisse eintreten müssten, damit die vorhandenen Risikodeckungsmassen ausgeschöpft werden. Die Szenarien berücksichtigen Kreditausfall- und Beteiligungsrisiken, Kursrisiken, Zinsänderungsrisiken und operationelle Risiken.

Die Sicherstellung einer dauerhaften Risikotragfähigkeit der ISB-Gruppe wird durch die Limitauslastungsberechnungen, die jährlichen Stresstests sowie fest definierte Ad-hoc-Risikoberichte laufend überwacht.

Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess

Die langfristige Entwicklung und der dauerhafte Erfolg der ISB hängen entscheidend von der Fähigkeit ab, Risiken in den einzelnen Geschäftsfeldern frühzeitig zu erkennen und zu steuern. Im Rahmen der jährlichen Überarbeitung der Geschäfts- und Risikostrategie und der Erstellung der vierteljährlichen Risikoberichte erfolgt eine regelmäßige Risikoinventur, bei der überprüft wird, ob und inwieweit neue Risiken im Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus erfordern die ständig steigenden

Anforderungen des Marktumfeldes, und aufsichtsrechtliche Vorgaben sowie die Ausweitung und Verlagerung von Geschäftsfeldern der ISB eine permanente Erweiterung und Anpassung des aktiven Risikomanagements der Bank.

Als Grundlage des gesamten Risikocontrollingprozesses dient das Risikohandbuch der ISB im Sinne einer schriftlich fixierten Ordnung.

Die steuerungsrelevanten Risiken werden im Rahmen des Risikomanagements identifiziert und auch weitgehend quantifiziert. Die ISB hat darüber hinaus für alle wesentlichen Risikoarten Maßnahmen zur Risikominimierung bzw. Risikoabwälzung getroffen. Für alle erwarteten Ausfälle wurde antizipatorisch ausreichende Risikovorsorge gebildet. Organisatorisch ist darüber hinaus sichergestellt, dass neuartige Produkte und Aktivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Definition der ISB-bankspezifischen Risikoarten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Aufgabenstellung und der Geschäftstätigkeit der Bank die grau unterlegten Risikoarten als nicht wesentlich identifiziert sind.

Bankspezifische Risikoarten

Adressenausfallrisiko	
Kreditausfallrisiken	Ausfall des Geschäftspartners bei bereits erfolgten Leistungen
Kontrahentenrisiken	Ausfall des Geschäftspartners bei noch offenen Leistungen (schwebende Geschäfte)
Beteiligungsrisiken	Ausfall des Geschäftspartners bei Zurverfügungstellung von Eigenkapital
Länderrisiken	
direkte Form	Kredit- oder Kontrahentenrisiko mit Geschäftspartner = ausländische öffentliche Gebietskörperschaft
indirekte Form	Kredit-, Kontrahenten- oder Beteiligungsrisiko mit Sitzland des Geschäftspartners = Ausland
Marktpreisrisiken	
Kursrisiken	Rückgang des Kurswertes von Wertpapieren
Zinsänderungsrisiken	
GuV-orientierte Sichtweise	Rückgang des Barwertes zukünftiger Cash-Flows aus Aktiv-Passivinkongruenzen bei Marktzinsänderungen
barwertige Sichtweise	Rückgang des Zinsergebnisses aus unterjährigen Aktiv-Passivinkongruenzen bei Marktzinsänderungen
Währungsrisiken	Rückgang des EUR-Wertes von Fremdwährungspositionen
Sonstige Preisrisiken	Rückgang des Kurswertes von Edelmetallen und Rohwaren
Liquiditätsrisiken	
Im engeren Sinne	Zahlungsverpflichtungen können nicht erfüllt werden
Refinanzierungsrisiko	Refinanzierungen können nur zu ungünstigeren Bedingungen erfolgen
Marktliquiditätsrisiko	Wertpapiere können wegen unzureichender Markttiefe nur zu ungünstigeren Bedingungen veräußert werden
Operationelle Risiken	
rechtliche Risiken	Aufwendungen wegen nachteiliger Vertragsgestaltungen
betriebliche Risiken	
personelle Risiken	Aufwendungen wegen unzureichender Personalqualität oder -quantität
technische Risiken	Aufwendungen wegen technischen Verfahrens (Ausfall/Defekt IT-Anlagen, Defekte techn. Anlagen)
organisatorische Risiken	Aufwendungen wegen mangelhafter Aufbau- oder Ablauforganisation
klassische betriebliche Risiken	Aufwendungen wegen Feuer, Diebstahl, Unfall, Sabotage
Sonstige Risiken	
Platzierungsrisiken	Verluste wegen unzureichenden Produktabsatzes
Reputationsrisiken	Verluste wegen verschlechterten Rufes bei den relevanten Interessengruppen

Adressenausfallrisiken

Entsprechend ihrer Geschäfts- und Risikostrategie drohen der ISB im Rahmen ihres Darlehens- und Garantiegeschäftes Kreditausfallrisiken nur in eingeschränktem Maße. Die Risikoabschirmung durch Rückbürgschaften sowie Gewährleistungen der öffentlichen Hand und durch die Haftung der Hausbanken lassen das verbleibende Eigenobligo im Verhältnis zu den herausgelegten Volumina in den einzelnen Portfolien eher gering erscheinen. Es liegt zum 31. Dezember 2011 bei 11,6 % (Vorjahr 12,0 %).

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt sowohl auf Einzelengagement- als auch auf Gesamtportfolioebene. Der Schwerpunkt der von der Bank zu überwachenden und zu steuernden Risiken liegt im Bereich der Gewährleistungen, der Konsortialfinanzierungen und der haftungsfrei gestellten Förderdarlehen sowie bei den Engagements der

verschiedenen Gesellschaften, an denen die ISB beteiligt ist, insbesondere bei den Wagniskapitalbeteiligungen der dort engagierten Beteiligungsunternehmen. Das großvolumige Kommundarlehensgeschäft stellt ebenfalls einen Bestandteil des Risikocontrollings dar.

Das Förderdarlehensgeschäft wird im Wesentlichen durch Wettbewerbsneutralität, Hausbanken- und Subsidiaritätsprinzip geprägt. Darlehensnehmer der ISB im Hausbankverfahren sind die von ihr refinanzierten (Zentral-)Kreditinstitute, die ihrerseits die zinsverbilligten Darlehensmittel in der Regel unter ihrer vollen Primärhaftung an die Enddarlehensnehmer weitergeben. Aufgrund der regelmäßig durchgeführten Überprüfungen der wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Bonität der Kreditinstitute, zu denen die ISB Geschäftsbeziehungen unterhält, als gesichert bezeichnet werden.

Daher ist eine besondere bilanzielle Risikovorsorge in diesem Bereich nicht erforderlich. Hingegen wird für den derzeit überschaubaren Bereich der haftungsfrei gestellten Darlehen eine adäquate Risikovorsorge betrieben.

Krankenhaus- und Sozialdarlehen gelten durch die Art der Besicherung als risikofreies Kreditgeschäft. Für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit wurden sachgerechte Rahmenbedingungen definiert.

Im Bereich Wagnisfinanzierung tritt die ISB für alle Gesellschaften, an denen sie beteiligt ist, als Geschäftsbesorger auf. Das Risikokontrollsystem der ISB in dem Bereich ist daher zweistufig konzipiert, da es auf einer Stufe das Anteilseignerrisiko der ISB und auf der anderen Stufe die aus der Geschäftstätigkeit von Venture-Capital-Gesellschaften resultierenden Risiken abdecken soll.

Adressenausfallrisiken aus der grundpfandrechtlich gesicherten Wohnungsbaufinanzierung werden als gering beurteilt.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich vom Treasury überwacht und ihre Entwicklung vierteljährlich der Geschäftsführung berichtet.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt vorrangig durch den konsequenten Einsatz von Risikoklassifizierungsverfahren zur Bonitätseinstufung der Geschäftspartner in den unterschiedlichen Phasen des Kreditprozesses.

Die ISB wendet das Sparkassen-Standard-Rating als einheitliches Risikoklassifizierungsverfahren für alle Geschäftspartner und Geschäftsbereiche der Bank sowie der geschäftsbesorgten Tochterunternehmen an. Die Nutzung des Ratingverfahrens wurde nach der Durchführung einer ISB-internen Risikoanalyse als wesentliche Auslagerung definiert.

Durch Bildung von Einzel- und Pauschalrückstellungen sowie von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen trägt die Bank Ausfallrisiken bei risikobehafteten Engagements in angemessenem Umfang Rechnung. Bei der Rückstellungsbildung im Gewährleistungsgeschäft wurden den Vorgaben des BilMoG entsprechend Abzinsungen vorgenommen.

Die zum 31. Dezember 2011 gebildete Risikovorsorge für ISB-Gewährleistungen beträgt €5,9 Mio. und ist im Vergleich zum Vorjahr um 27,1 % angestiegen.

Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in den Bereichen Förder- und fördernahe Darlehensgeschäft sowie beteiligungsähnliches Geschäft decken die erkennbaren Einzelrisiken sowie latente Risiken in angemessenem Umfang ab und belaufen sich auf €8,4 Mio. Dabei wurden Nettozuführungen in Höhe von insgesamt €2,1 Mio. vorgenommen.

Nach Bewertung der Beteiligungsbuchwerte der ISB-Tochtergesellschaften beträgt die Risikovorsorge in diesem Segment insgesamt €7,9 Mio. Im Jahr 2011 war keine Nettoneuzuführung erforderlich.

Dem Kontrahentenrisiko wirkt die ISB durch die Beschränkung ihrer Geschäfte auf Partner mit erstklassiger Bonität entgegen. Um diese Risiken im Bereich Förderdarlehen, Zinsswaps, Wertpapiergeschäfte sowie Geldhandel steuern zu können, werden ferner von der Gesamtgeschäftsleitung interne Handels- und Darlehenslinien für die einzelnen Geschäftspartner bewilligt, die grundsätzlich auf ein Jahr befristet sind. Eine Prolongation der eingeräumten Linien erfolgt erst nach der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Geschäftspartner.

Die dem Adressenausfallrisiko zugeordneten Länderrisiken spielen aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der ISB eine untergeordnete Rolle. Auslandsengagements resultieren lediglich aus Wertpapieranlagen. Aufgrund der restriktiven Anlagerichtlinie sind solche Engagements lediglich auf Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschränkt. Das Adressenausfallrisiko für Deutschland wird als risikoarm eingestuft. Bei EU-Länderadressen mit minderer Bonität und drohenden Haircuts wird das Adressenausfallrisiko berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken können sich neben den verzinslichen Wertpapieren auch aus offenen Zinspositionen des Darlehensgeschäftes oder bei vorzeitigen Darlehenstilgungen oder Kündigungen ergeben. Zur integrierten Ermittlung und Steuerung der Zins-

änderungsrisiken auf Gesamtbankebene wird eine Zinsbindungsbilanz erstellt und der Geschäftsführung regelmäßig zur Kenntnis gebracht. Mithilfe von Zinsszenarioberechnungen werden die möglichen Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf die Ertragslage der ISB abgeschätzt.

In Erfüllung der Anforderungen des Rundschreibens 11/2011 der BaFin zur Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung werden die Barwertveränderungen über das zulässige Ausweichverfahren (Zinsschockanalyse) ermittelt. Zum 31. Dezember 2011 ist die ISB nicht als Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko einzustufen. Die negative Barwertveränderung in den einzelnen Szenarien beträgt zum Stichtag -4,9%. Die Meldung der Ergebnisse des Zinsschocks an die Deutsche Bundesbank erfolgt künftig vierteljährlich.

Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehensgeschäft werden Zinssicherungskontingente in Form von strukturierten Zinsswaps aufgebaut. Auf die quantitative Darstellung des Umfangs der Swapgeschäfte im Anhang wird verwiesen.

Marktpreisrisiken

Aufgrund der gruppenweiten geschäftspolitischen Ausrichtung der ISB als Förderbank des Landes Rheinland-Pfalz und ihrer konservativen Anlagestrategie betreibt die ISB nur risikoarme Handelsgeschäfte. Diese werden vornehmlich im verzinslichen Bereich sowie in engen Grenzen in Aktien mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen ausschließlich auf Positionen des Anlagebuches grundsätzlich für den Eigenbestand getätigt.

Das Anlagevolumen ist grundsätzlich auf die Höhe der Eigenmittel begrenzt und soll zur Erzielung kontinuierlicher und nachhaltiger Erträge bei geringstem Ausfallrisiko zukünftig so strukturiert werden, dass es sich gleichmäßig über eine Laufzeit von 10 Jahren verteilt. Das Anlageportfolio soll darüber hinaus mindestens zu 50% aus Staatsanleihen und Pfandbriefen – mit einer Fokussierung auf deutsche Staatsanleihen (einschließlich KfW-Anleihen und SoFFin-besicherter Papiere) und deutsche Pfandbriefe – bestehen. Zum 31. Dezember 2011 machen die Bundes- und Länderanleihen sowie die Pfandbriefe insgesamt 71,1% des Gesamtwertpapier-

bestandes in Buchwerten aus. EU-Staatsanleihen befinden sich nicht im Eigenmittelanlagebestand.

Neben Index-Aktien und Unternehmensanleihen kann die ISB auch auf Euro lautende Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland, eines Bundeslandes oder eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (Staatsanleihen), Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe von in Deutschland ansässigen Banken (Pfandbriefe) sowie sonstige Inhaberschuldverschreibungen und Namenspapiere mit Pfandbriefdeckung bzw. mit pfandbriefähnlicher Deckung von gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (Bankentitel) erwerben.

Bei Aktien ist das Gesamtvolumen der Anlage auf maximal 5% der Eigenmittel der ISB sowie auf Werte beschränkt, die zum Anlagezeitpunkt im DAX oder im DJ Euro Stoxx 50 notiert sind. Der Anteil der Unternehmensanleihen ist auf 30% der Eigenmittel begrenzt, zudem dürfen lediglich Papiere mit Investment-Grade-Rating angeschafft werden. Darüber hinaus sind Volumenlimitierungen je nach Emittenten zu beachten. Für die Zuordnung der ISB als Nichthandelsbuchinstitut müssen auch die aufsichtsrechtlichen Bagatellgrenzen eingehalten werden. Sowohl die wertmäßigen als auch die bonitätsmäßigen Anlagegrenzen wurden 2011 jederzeit eingehalten.

Preis- und Kursrisiken sind bei den verzinslichen Wertpapieren nur in geringem Umfang für die Bank relevant, da die Papiere regelmäßig bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen. Für die Geldmarkt- und Zinssatzswapgeschäfte gilt, dass diese ausschließlich im Rahmen jährlich neu genehmigter Limite und nur mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen abgewickelt werden. Dem in der Volatilität der Aktien liegenden potenziellen Risiko ist durch die erwähnten Anlagegrenzen hinreichend Rechnung getragen.

Fremdwährungsgeschäfte, Rohwarengeschäfte und spekulative Wertpapiergeschäfte werden von der Bank nicht getätigt. Darüber hinaus werden keine Termingeschäfte durchgeführt. Somit sind keine Währungsrisiken, Rohwaren- und sonstigen Preisrisiken sowie Optionspreisrisiken vorhanden.

Liquiditätsrisiken

Gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard und der Geschäfts- und Risikostrategie der ISB werden unter dem Liquiditätsrisiko die drei Risikoarten Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (inkl. Abrufisiko), Refinanzierungsrisiko sowie Marktliquiditätsrisiko verstanden.

Die ISB hat die Möglichkeit, sich unter anderem über den Interbankenmarkt (Geldmarkt, Kapitalmarkt), die Europäische Zentralbank (EZB), die KfW Bankengruppe sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) zu refinanzieren.

Kurzfristiger Mittelbedarf wird über Tendergeschäfte mit der EZB sowie durch die Aufnahme von Geldmarktkrediten bei anderen Kreditinstituten und dem Liquiditätspool des Landes gedeckt. Da die begebenen Schuldscheindarlehen der ISB vom Land Rheinland-Pfalz verbürgt sind, wird die ISB bei Kontrahenten bonitätsmäßig wie ein Bundesland eingestuft, mit den entsprechenden positiven Auswirkungen auf die jederzeitige Refinanzierungsmöglichkeit und auf die Konditionengestaltung.

Die KfW stellt der ISB allgemeine und programmbezogene Mittel zur Verfügung. Darüber hinaus nutzt die ISB Angebote der LR und beschafft sich Liquidität über die Ausreichung von Schuldscheindarlehen.

Zur Sicherung der Zahlungsbereitschaft und zur ertragsoptimalen Steuerung der Mittelanlagen und -aufnahmen erstellt die ISB einen Liquiditätsplan über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, in den die planbaren Zahlungsgrößen sowie die tatsächlichen Zahlungsflüsse eingehen. Auf der Grundlage dieses Liquiditätsplans werden die Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung und Liquiditätsanlage gesteuert. Die ISB tätigt dabei ihre Anlagen und Aufnahmen am Geldmarkt (Tagesgelder, Termingelder) im Rahmen des ermittelten Liquiditätsüberschusses/-bedarfes, wobei die Geldanlagen auf die pro Kontrahent festgelegten internen Kreditlimite beschränkt sind. Die Geschäftsführung wird wöchentlich über die Auslastung bzw. eventuelle Überschreitungen der eingeräumten Kreditlinien für den Handel und das Darlehensgeschäft unterrichtet. Zum 31. Dezember 2011 und im gesamten Geschäftsjahr 2011 waren sowohl bei den Handels-

als auch bei den Darlehensgeschäften keine Linienüberschreitungen festzustellen.

Die Liquiditätskennziffer lag zum 31. Dezember 2011 bei 2,19 (Vorjahr 1,24). Sie lag während des gesamten Geschäftsjahres stets oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Vor dem Hintergrund der jederzeitigen Möglichkeit der Mittelbeschaffung und aufgrund der künftigen Ausrichtung der ISB als eine Anstalt des öffentlichen Rechts sind aus heutiger Sicht keine Liquiditätsengpässe und damit Liquiditätsrisiken zu erwarten.

Operationelle Risiken

Die ISB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Als operationelles Risiko gilt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Dabei werden die identifizierten operationellen Risiken der ISB gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard in rechtliche Risiken und betriebliche Risiken unterteilt. Bei den betrieblichen Risiken wird zusätzlich zwischen klassischen betrieblichen, personellen, technischen sowie organisatorischen Risiken unterschieden.

Zur Begrenzung von Schadensfällen aus operationellen Risiken wurden in der ISB hausübergreifende Steuerungsmaßnahmen zur Risikominderung bzw. Risikoübertragung eingeleitet.

Personellen Risiken begegnet die Bank im Rahmen ihrer Personalpolitik neben einer leistungsgerechten Bezahlung mit einem an den sich ständig wandelnden Bedürfnissen der ISB ausgerichteten Personalentwicklungskonzept, das die kontinuierlichen internen und externen Schulungen und damit die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Sicherung eines hohen Qualifikationsniveaus regelt.

Zur Steuerung und Vermeidung technischer Risiken im IT-Bereich wurden eine IT-Security-Policy sowie ein allumfassendes Notfallkonzept (Business-Continuity-Plan) erarbeitet, die regelmäßig aktualisiert werden.

Organisatorische Risiken werden durch eine risikoorientierte Prozessorganisation für wiederkehrende Sachbearbeitungsvorgänge gesteuert. Die ISB verfügt über eine umfassende schriftlich fixierte Ordnung in Form von elektronischen Organisationshandbüchern, die die Zuständigkeiten, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und internen Kontrollverfahren beschreibt. In allen Bereichen der Bank ist die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips vorgesehen. Daneben führt die Innenrevision als prozessunabhängiger Bestandteil laufende Prüfungen des Geschäftsbetriebes durch.

Zur Identifizierung und Begrenzung rechtlicher Risiken unterhält die Bank eine eigene Abteilung. Im allgemeinen Geschäftsverkehr verwendet die ISB grundsätzlich standardisierte Vertragsformulare, die nur in Bezug auf die Individualdaten der einzelnen Engagements angepasst werden müssen. Sonstige vertragliche Vereinbarungen werden grundsätzlich vorab mit der Rechtsabteilung abgestimmt; in die Konzeption neuer Geschäftsfelder und Produkte wird diese Abteilung stets beratend einbezogen.

Den Risiken durch Feuer, Diebstahl, Unfall, Sabotage und Betrug (klassische betriebliche Risiken) wird durch den Abschluss verschiedener Versicherungen angemessen Rechnung getragen.

Die Verfahren zur Identifizierung und Steuerung operationeller Risiken wurden sukzessive verfeinert, so dass mittels einer Schadensfalldatenbank und einer strukturierten Berichterstattung das Management operationeller Risiken Zug um Zug optimiert wird. Die ISB hat sich in diesem Zusammenhang dafür entschieden, alle auftretenden Schadensereignisse in einer zentralen Datenbank zu erfassen. Die Ergebnisse einer jährlichen Risikoinventur werden in einer Riskmap festgehalten.

Ab 2012 wird das Risikoausmaß sowohl im Hinblick auf die Eintrittswahrscheinlichkeit der operationellen Risiken als auch im Hinblick auf ihre Auswirkung untersucht und anhand einer zweidimensionalen 6 x 6-Portfoliomatrix beurteilt. Für das Kriterium Eintrittswahrscheinlichkeit wurden Abstufungen von „unwahrscheinlich“ bis „sehr hoch“ und für das Kriterium Auswirkung Abstufungen von „marginal“ bis „existenzgefährdend“ definiert. Dabei erfolgt die

Bewertung der operationellen Risiken für einzelne Geschäftsfelder aufgrund subjektiver Einschätzungen. Neuere Erkenntnisse über operationelle Risiken werden kontinuierlich aufgenommen und unterliegen dem Prozess der regelmäßigen (jährlichen) Anpassung.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden keine bedeutenden, auszahlungswirksamen Schadensfälle (ab T€50) verzeichnet. Operationelle Risiken, die nicht oder noch nicht aufwandswirksam wurden, beziehen sich auf klassische betriebliche, technische sowie organisatorische Risiken.

Konzentrationsrisiken

Die Konzentrationsrisiken bezeichnen keine eigenständige Risikoart, sondern mögliche ökonomische Auswirkungen in Form potenzieller Aufwendungen oder ausbleibender Erträge. Die ISB unterscheidet somit zwischen Risiko- und Ertragskonzentrationen. Risikokonzentrationen bestehen immer dann, wenn einzelne Faktoren einen signifikant hohen Risikobeitrag zum Gesamtrisiko der ISB leisten (Ursachensicht). Ertragskonzentrationen liegen hingegen immer dann vor, wenn einzelne Ertragskomponenten einen signifikant hohen Anteil am Gesamtertrag der Bank haben (Auswirkungssicht).

Die Identifikation von Risikotreibern mit erhöhten Verlustpotenzialen erfolgt durch Darstellung der ausfallgefährdeten Obligobeträge, die verlustrelevant sind. Dabei werden Sektorkonzentrationen (Branchen), Größenkonzentrationen, Adressenkonzentrationen und Ratingkonzentrationen in den quartalsweisen Risikoberichten dargestellt. Im Stresstest werden zusätzlich die aus den verwendeten Szenarien resultierenden potenziellen Verluste in einer Branchen-/Ratingklassenmatrix dargestellt.

Sonstige Risiken

Die zukünftigen Marktentwicklungen auf den Tätigkeitsfeldern der ISB werden im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Eine über die oben beschriebenen Risikoarten hinausgehende besondere Risikosituation wird für die ISB derzeit nicht gesehen. Platzierungs- und Reputationsrisiken bergen für die ISB keine wesentlichen Verlustpotenziale.

Die ISB ist seit dem 21. September 1998 Mitglied der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH.

Ausblick zu Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Nachdem die deutsche Wirtschaft im Jahr 2011 mit 3,0% kräftig zulegen konnte, wird sich das Expansionsstempo im Jahr 2012, insbesondere aufgrund der Staatsschuldenkrise und der allgemeinen wirtschaftlichen Abschwächung, deutlich verlangsamen. Auch wenn die binnenwirtschaftlichen Voraussetzungen weiterhin positiv zu beurteilen sind, ist die Entwicklung der Weltwirtschaft aufgrund der hohen Exportorientierung der deutschen Wirtschaft von großer Bedeutung. Die Konjunkturprognose der Deutschen Bundesbank sieht für das Gesamtjahr 2012 lediglich ein Wachstum von 0,6% vor. Im Laufe des Jahres könnte die deutsche Wirtschaft jedoch auf einen soliden Wachstumspfad zurückkehren, sodass im Jahr 2013 ein Wirtschaftswachstum von 1,8% erreicht werden könnte. Voraussetzung für die prognostizierte Entwicklung ist insbesondere, dass sich die Staatsschuldenkrise nicht weiter verschärft, sondern dass sich die Verunsicherung bei Investoren und Konsumenten allmählich verringert. Gerade im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Krise der Staatsfinanzen sind die Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren konjunkturellen Entwicklung sehr hoch.

Auch der Arbeitsmarkt wird sich in den Jahren 2012 und 2013 voraussichtlich weiterhin positiv entwickeln. Gemäß der gesamtwirtschaftlichen Prognose der Deutschen Bundesbank ist mit einem Anstieg der Erwerbstätigen 2012 um 0,3% und 2013 um 0,4% bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 7,0% bzw. 6,8% zu rechnen. Auch diese Entwicklung wird dazu beitragen, die Binnenkonjunktur zu stärken. Aufgrund der demografischen Entwicklung zeichnet sich jedoch mittel- bis langfristig ein Fachkräftemangel ab, der möglicherweise negative Auswirkungen auf das zukünftige Wirtschaftswachstum haben kann.

Mit der Fusion der ISB und der LTH wurde das Prinzip der Förderung aus einer Hand in Rheinland-Pfalz wei-

ter gestärkt. Nunmehr ist die ISB für die gesamte Wirtschafts- sowie Wohnraum- und Städtebauförderung im Land der zentrale Ansprechpartner.

Eine der Herausforderungen anlässlich der Fusion besteht in der Entwicklung einer einheitlichen Marktstrategie, zumal die ISB in ihren Kernbereichen, der Wirtschaftsförderung einerseits sowie der Wohnraum- und Städtebauförderung andererseits, unterschiedliche Zielgruppen anspricht. Dazu ist insbesondere die weitere Optimierung der Vertriebsaktivitäten von zentraler Bedeutung.

Auch in Zukunft wird ein Schwerpunkt der Tätigkeit der ISB darin liegen, den Liquiditätsbedarf der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu decken, um die Innovationsfähigkeit der heimischen Unternehmen zu erhalten. Dazu werden maßgeschneiderte Förderprogramme in Zusammenarbeit mit den Ministerien vorgehalten und bei Bedarf neu geschaffen.

Aufgrund der Erfahrungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden die Eigenkapitalanforderungen für die Banken nochmals erhöht (Basel III). Im Hinblick auf Basel III steht die ISB insbesondere vor der Herausforderung, ihre Bilanzstruktur in Bezug auf die Leverage Ratio künftig so zu modifizieren, dass die Anforderungen erfüllt werden. Daneben steht künftig die Einhaltung der Eigenkapital- und Liquiditätsregeln für Banken (CRD IV) im Fokus.

Im Mittelstandsförderungsprogramm wird in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen der KfW und den Haushaltsplanungen des Landes Rheinland-Pfalz bezüglich öffentlicher Zinszuschüsse für 2012 und 2013 damit gerechnet, dass das Niveau der Neuausreichungen unter dem des Jahres 2011 bleiben wird. Auch zukünftig wird das Mittelstandsförderungsprogramm durch das Globaldarlehensgeschäft ergänzt.

Zur Sicherung und Ausweitung der Ertragskraft und der Nutzung von Wachstumspotenzialen der Bank sowie unter Berücksichtigung der Basel III-Vorgaben sind künftig moderate Geschäftsausweitungen im fördernahen Kreditgeschäft geplant. Besonders im Zusammenhang mit den sich stets verschärfenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das Risikomanagement von Kreditinstituten sind Tendenzen der Hausbanken zur Risikodiversifizierung und -mini-

mierung durch restriktivere Kreditvergaben sowie durch das Eingehen von Konsortiallösungen im Kreditgeschäft erkennbar.

Im volumenstarken Kommunaldarlehensgeschäft zeichnen sich, auch im Hinblick auf die strategische Ausrichtung der ISB im Zusammenhang mit den restriktiven Anforderungen durch Basel III, moderate bzw. leicht rückläufige Neugenehmigungsvolumen ab. Dieser Entwicklung versucht die ISB mit einer Margensteuerung zu begegnen, sodass nachhaltige negative Auswirkungen auf die Ertragslage in diesem Geschäftssegment nicht prognostiziert werden.

Sofern bei der Regional-, Technologie- und Innovations- sowie Ausbildungsplatzförderung im Zuschussbereich die derzeitigen Förderregelungen unverändert bleiben und die Haushaltsmittel bereitstehen, wird für 2012 und 2013 bei einer weiter anziehenden Konjunktur von einem mindestens gleichbleibenden Volumen bzw. moderaten Geschäftsausweitungen ausgegangen.

Im Rahmen des ISB-eigenen Gewährleistungsgeschäftes ist ein kontinuierlicher Ausbau des Portfolios in Form eines qualitativen Wachstums beabsichtigt. Die geplanten Genehmigungen liegen in den beiden kommenden Jahren in der Kontinuität des Vorjahres. Bei den treuhänderisch verwalteten Landesbürgschaften werden gegenüber 2011 leicht steigende Neuausreichungen erwartet.

Das VC-Geschäft ist bereits heute ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung. Durch die Bereitstellung innovativer und mezzaniner Finanzierungsinstrumente wird die vielfach unzulängliche Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes nachhaltig verbessert. Die Bedeutung des VC-Geschäftes wird neben den klassischen Instrumenten der Wirtschaftsförderung auch weiterhin zunehmen. Für die nahe Zukunft werden im VC-Geschäft daher wieder Volumenausweitungen erwartet.

Haupttätigkeit des Bereiches Wohnraum- und Städtebauförderung der ISB ist die Umsetzung der Programme des Landes Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiet durch die Förderung von Wohneigentum, Modernisierungen und Mietwohnungsbau für unterschiedliche Zielgruppen.

Für die Jahre 2012 und 2013 plant das Ministerium der Finanzen, wie in den Vorjahren Haushaltsmittel in Höhe von jeweils rund €35,0 Mio. für die Förderung von rund 6.100 Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Durch die überwiegende Bereitstellung der Fördermittel im Hausbankverfahren kann ein Fördervolumen von € 130,3 Mio. pro Förderjahr generiert werden.

Im Bereich der Eigentums- und Modernisierungsförderung ist eine Fortführung der Programminhalte des Vorjahres vorgesehen. Im Jahr 2012 soll das erfolgreiche Eigentumsprogramm noch stärker in den Fokus potenzieller Bauherren gerückt werden. In der Modernisierungsförderung wird auch im nächsten Jahr der Schwerpunkt auf der Verbesserung der energetischen Standards und der Anpassung der Wohnungsbestände an die Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen liegen. Für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommenssituation ohne Unterstützung entsprechende Modernisierungsmaßnahmen nicht durchführen können, steht wieder ein attraktives Programm mit sehr günstigen Zinsen zur Verfügung.

Im Mietwohnungsprogramm 2012 soll ein Schwerpunkt auf der Förderung barrierefreier Mietwohnungen liegen. Durch die Verbesserung der Förderbedingungen, insbesondere im Bereich der Zusatzdarlehen, soll die Attraktivität des Programms weiter gesteigert werden.

Als neues Programmangebot ist künftig die Förderung von Gruppenwohnungen im Rahmen der Mietwohnraumförderung vorgesehen.

Im Jahr 2012 wird die ISB im Bereich der Eigentumsförderung mit der Entwicklung von Eigenprodukten starten, um möglicherweise bereits im Jahr 2013 eine haushaltsschonende Wohnraumförderung im Land darstellen zu können.

Durch die Fusion der ISB und der LTH zum 1. Januar 2012 werden Synergieeffekte erwartet. Bei den Sachaufwendungen ergeben sich kurz- und mittelfristig Einsparpotenziale, insbesondere bei Auslagerungen, Versicherungen, Beiträgen und dem IT-Betrieb. Im Personalbereich werden Synergien ausschließlich durch die natürliche Mitarbeiterfluktuation – insbesondere durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – gehoben. Betriebs-

bedingte Kündigungen aufgrund der Fusion wird es insoweit nicht geben. Zudem kann die ISB aufgrund der nunmehr gesetzlich verankerten Gewährträgerhaftung des Landes Rheinland-Pfalz künftig Vorteile bei den Refinanzierungskonditionen nutzen.

Bei vorsichtiger Planung des künftigen Geschäftsvolumens geht die ISB für das kommende Geschäftsjahr aufgrund der Margenentwicklung von einem gegenüber 2011 um rund 4% steigenden Zinsergebnis aus. Das für die nächsten zwei Jahre geplante Bewertungsergebnis beträgt €5,8 Mio. bzw. €5,5 Mio. Die beschriebenen Rahmenbedingungen der Volumentwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen, ein qualitatives Wachstum sowie die Realisierung von möglichen Fusionssynergien lassen für die beiden kommenden Jahre eine durchaus positive Entwicklung der Jahresüberschüsse mit €6,1 Mio. bzw. €4,7 Mio. erwarten. Direkte Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise auf die ISB sind aus heutiger Sicht nicht wahrscheinlich, da entsprechende Finanzmarkttitle nicht im Bestand sind.

Mainz, den 29. Mai 2012

Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)

Vorstand



Dexheimer



Schmid



Link

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der Geschäftsführer der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf

der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Geschäftsführer sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 29. Mai 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hans Struwe
Wirtschaftsprüfer

ppa. Aziz Abbou
Wirtschaftsprüfer

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVSEITE

	Stand 31.12.2011		Stand 31.12.2010	
	€	€	€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		6.774,45		2
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		3.846.250,69		4.219
darunter: bei der Deutschen Bundesbank € 3.846.250,69 (Vorjahr T€ 4.219)			3.853.025,14	4.221
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		5.252.471,43		589
b) andere Forderungen		3.939.052.699,71		4.142.185
			3.944.305.171,14	4.142.774
3. Forderungen an Kunden			5.480.479.313,90	5.357.320
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert € 204.375.846,14 (Vorjahr T€ 129.253) Kommunalkredite € 4.968.078,39 (Vorjahr T€ 4.851.326)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten	495.437.511,57			236.639
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 495.437.511,57 (Vorjahr T€ 236.639)				
ab) von anderen Emittenten	461.415.058,28			477.163
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 458.352.623,85 (Vorjahr T€ 471.100)		956.852.569,85		713.802
			956.852.569,85	713.802
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			2.298.095,35	1.538
6. Beteiligungen			33.932.360,53	53.104
7. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			15.922.210,23	7.781
darunter: an Kreditinstituten € 5.788.405,85 (Vorjahr T€ 186)				
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			10.426.446,01	10.395
9. Treuhandvermögen			25.776.857,94	20.394
darunter: Treuhandkredite € 6.344.844,85 (Vorjahr T€ 4.126)				
10. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		740.627,38		546
b) geleistete Anzahlungen		0,00		302
			740.627,38	848
11. Sachanlagen			10.229.673,24	10.499
12. Sonstige Vermögensgegenstände			27.871.345,44	39.681
13. Rechnungsabgrenzungsposten			26.303.275,18	30.248
14. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			84.180,55	0
Summe der Aktiva			10.539.075.151,88	10.392.605
Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gegenüber Land und Bund			25.636.986,46	0
Aktiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung				
a) für Kreditbürgschaften		0,00		43.123
b) für Beteiligungsgarantien		0,00		8.444
c) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		3.178.664,84		3.732
			3.178.664,84	55.299

PASSIVSEITE

		Stand 31.12.2011		Stand 31.12.2010	
	€	€	€	€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		1.475.995,52			849
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		9.408.532.238,51			9.485.996
			9.410.008.234,03		9.486.845
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) andere Verbindlichkeiten					
aa) täglich fällig	349.141.816,83				390.630
ab) andere Verbindlichkeiten	469.386.745,15				204.892
		818.528.561,98			595.522
			818.528.561,98		595.522
3. Treuhandverbindlichkeiten					
darunter: Treuhandkredite € 4.125.751,14 (Vorjahr T€ 3.439)			25.776.857,94		20.394
4. Sonstige Verbindlichkeiten			4.977.146,72		6.312
5. Rechnungsabgrenzungsposten			28.812.620,20		30.419
6. Passive latente Steuer			22.877,33		14
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		428.332,00			445
b) Steuerrückstellungen		542.760,00			815
c) andere Rückstellungen					
ca) Rückstellungen im Bürgschaftsgeschäft	5.790.299,60				4.435
cb) sonstige Rückstellungen	1.750.666,20				1.644
		7.540.965,80			6.079
			8.512.057,80		7.339
8. Zweckgebundene Mittel des Landes Rheinland-Pfalz			869.196,20		869
9. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital		178.952.158,42			178.952
b) Kapitalrücklage		2.253.511,71			2.254
c) Gewinnrücklagen					
ca) gebundene Rücklage	4.198.454,85				5.077
cb) andere Gewinnrücklagen	27.263.152,91				20.192
		31.461.607,76			25.269
d) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter (Kapitalien und Eigenkapitalanteil)					
da) Eigenkapitalanteil anderer Gesellschafter	12.500,00				13
db) Anteil anderer Gesellschafter am Konzernergebnis	25.891.220,26				32.000
		25.903.720,26			32.013
e) auf die Anteilseigner des Mutterunternehmens entfallendes Konzernergebnis		2.996.601,53			6.403
			241.567.599,68		244.891
Summe der Passiva			10.539.075.151,88		10.392.605
Eventualverbindlichkeiten					
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			65.534.857,69		64.476
Andere Verpflichtungen					
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			135.871.338,27		202.516
b) In Sonderhaftungsfonds verwaltete Bürgschaften und Garantien			5.448.756,39		218.985
Passiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung					
a) für Kreditbürgschaften		0,00			43.123
b) für Beteiligungsgarantien		0,00			8.444
c) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		3.178.664,84			3.732
			3.178.664,84		55.299

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	2011			2010
	€	€	€	T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	216.224.664,08			177.613
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	15.253.414,62			10.782
		231.478.078,70		188.395
2. Zinsaufwendungen		218.782.894,50		182.722
			12.695.184,20	5.673
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		48.165,00		31
b) Beteiligungen		3.144.391,46		5.398
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		149.650,78		0
			3.342.207,24	5.429
4. Provisionserträge			7.365.151,02	7.961
5. Provisionsaufwendungen			274.100,42	603
6. Sonstige betriebliche Erträge			55.354.952,42	40.790
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	9.933.420,55			9.192
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 820.662,74 (Vorjahr T€ 784)	2.560.175,03	12.493.595,58		2.408
				11.600
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.145.939,79		5.598
			17.639.535,37	17.198
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			885.950,45	786
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			11.697.440,31	1.153
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			19.550.625,53	0
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			0,00	1.024
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			0,00	519
13. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			231.444,00	0
14. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	407
15. Positive Ergebnisse assoziierter Beteiligungen		709.662,96		
16. Negative Ergebnisse assoziierter Beteiligungen		224.689,33		
			484.973,63	-909
17. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			29.426.260,43	39.302
18. Außerordentliche Erträge			0,00	0
19. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	168
20. Außerordentliches Ergebnis			0,00	-168
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			515.480,84	708
22. Sonstige Steuern			22.957,80	23
23. Konzernjahresüberschuss			28.887.821,79	38.403
24. davon: Anteil anderer Gesellschafter am Konzernergebnis			25.891.220,26	32.000
25. verbleibendes Konzernergebnis			2.996.601,53	6.403

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVSEITE

		31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€
1. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	5.397.209,50		
b) bis 3 Monate	10.777.303,04		
		16.174.512,54	18.652.060,88
2. Forderungen an Kunden		36.874.251,57	21.096.916,81
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			
a) Anleihen und Schuldverschreibungen			
b) von anderen Emittenten			
		0,00	1.262.404,72
4. Treuhandforderungen		1.630.213.777,66	1.735.677.843,28
darunter: Treuhandkredite 1.626.145.440,25			
5. Immaterielles Anlagevermögen		169.770,22	253.940,86
6. Sachanlagen		262.944,24	443.378,95
7. Sonstige Vermögensgegenstände		104.948,82	0,00
8. Rechnungsabgrenzungsposten		125.471,39	72.618,22
Summe der Aktiva		1.683.925.676,44	1.777.459.163,72
nachrichtlich:			
Vorauszahlungen im Rahmen der Städtebauförderung		1.500.656.579,89	1.427.435.590,83

PASSIVSEITE

		31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€
1. Treuhandverbindlichkeiten		1.630.213.777,66	1.735.677.843,28
darunter: Treuhandkredite 1.626.145.440,25			
2. Sonstige Verbindlichkeiten		18.788.305,81	6.342.956,96
3. Rückstellungen		23.749.354,93	25.917.971,89
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	23.002.363,00		
b) Steuerrückstellungen	0,00		
c) andere Rückstellungen	746.991,93		
4. Eigenkapital		11.174.238,04	9.520.391,59
a) gezeichnetes Kapital	5.000.000,00		
b) Kapitalrücklage	3.870.000,00		
c) Gewinnrücklage	800.000,00		
d) Bilanzgewinn/-verlust	1.504.238,04		
Summe der Passiva		1.683.925.676,44	1.777.459.163,72
Eventualverbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften		564.842.067,61	502.511.981,53
Andere Verpflichtungen			
Unwiderrufliche Kreditzusagen		259.158.567,92	263.525.484,16
nachrichtlich:			
Vorauszahlungen im Rahmen der Städtebauförderung		1.500.656.579,89	1.427.435.590,83
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften		16.872,63	16.872,63

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

		31.12.2011	31.12.2010
	€	€	€
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	194.706,42		
b) festverzinslichen Wertpapieren	601.198,88		
		795.905,30	781.141,52
2. Zinsaufwendungen		0,00	0,00
3. Provisionserträge		11.331.952,18	11.623.793,87
4. Sonstige betriebliche Erträge		48.755,99	2.762.193,63
5. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			
aa) Löhne und Gehälter	6.053.381,32		
ab) Aufwendungen zur Altersvorsorge	382.428,00		
b) Sachaufwand	2.585.895,95		
		9.021.705,27	10.000.160,25
6. Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlage		285.231,99	272.011,03
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.113.322,18	2.671.822,33
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere		0,00	0,00
9. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.756.354,03	2.223.135,41
10. Außerordentliche Erträge		2.676,56	1.465,96
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		925.637,81	792.970,21
12. Sonstige Steuern		49.546,33	49.013,06
13. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		783.846,45	1.382.618,10
14. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		730.391,59	37.773,49
15. Einstellung in die Gewinnrücklage		10.000,00	690.000,00
16. Bilanzgewinn/-verlust		1.504.238,04	730.391,59

Anhang zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2011

Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss und zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anwendung von Vorschriften

Der Jahresabschluss der LTH für das Geschäftsjahr 2011 ist in Übereinstimmung mit den Vorschriften der §§ 340 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Gliederung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Unter der Beachtung der Verordnung über die Formblätter für die Jahresabschlussgliederung wurden die Bilanz nach Formblatt 1 und die Gewinn- und Verlustrechnung nach Formblatt 3 (Staffelform) erstellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt zum Nominalwert.

Die immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen werden zu den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen werden linear über die Nutzungsdauer vorge-

nommen, wobei Zugänge des laufenden Jahres zeitanteilig abgeschrieben werden.

Aus Vereinfachungsgründen werden Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis €150 entsprechend den steuerlichen Regelungen im Zugangsjahr voll, solche mit Anschaffungskosten von mehr als €150 bis zu €1.000 in einen Sammelposten eingestellt und über fünf Jahre abgeschrieben.

Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten gemäß § 6 RechKredV werden mit ihrem Nominalwert abzüglich etwaiger Wertberichtigungen bewertet.

Die sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nominalbetrag bewertet.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbeitrag angesetzt.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Sie werden in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sofern die Restlaufzeit länger als ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung der Rückstellung.

Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kreditinstitute betragen:

Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
T€	T€	T€	T€	T€
5.397	10.777	0	0	0

Forderungen an Kunden

Die Restlaufzeiten der Forderungen an Kunden betragen:

Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
T€	T€	T€	T€	T€
17.597	0	0	15.046	4.231

Bei den Forderungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr handelt es sich ausschließlich um Kommunalkredite.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Das Wertpapier war im August 2011 fällig und wurde vollständig zurückgezahlt.

Treuhandforderungen

Die Treuhandforderungen bestehen ausschließlich aus Forderungen gegenüber Kunden.

Immaterielles Anlagevermögen und Sachanlagen

In den Sachanlagen sind Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von T€205 enthalten.

Latente Steuern

Aktive latente Steuern in Höhe von T€3.893 wurden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen der Pensionsrückstellungen ermittelt. Die Ermittlung der latenten Steuer erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragssteuersatzes von 31,2%. Der kombinierte Ertragssteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. In Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurde der Überhang an aktiven latenten Steuern nicht bilanziert.

Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich ausschließlich um Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Rückstellungen

Im Jahr 2011 werden Rückstellungen für Steuern, Pensionen, Beihilfen und sonstige Positionen in Höhe von €23,7 Mio. ausgewiesen.

Bei den Rückstellungen für Pensionen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zur

Anwendung gebracht. Die Berechnung erfolgte anhand des modifizierten Teilwertverfahrens unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2005 G und eines Rechnungszinssatzes von 5,13%. Des Weiteren wurde für die Berechnung eine Steigerung des Einkommens für Angestellte bis 50 Jahre von 3,0% und für Angestellte ab 51 Jahre von 2,5% angenommen. Zum Stichtag 31. Dezember 2011 beliefen sich die Pensionsrückstellungen auf € 19,4 Mio. und die Beihilferückstellungen auf € 3,6 Mio.

Kapitalrücklage

Die Erhöhung der Kapitalrücklage im Jahr 2011 ist auf einen in Höhe von €0,87 Mio. geschlossenen Vergleich aus der Geltendmachung von Beihilfeansprüchen aus der Ausgliederung gegenüber der LBBW zurückzuführen.

Bilanzvermerke

Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften

Bei den Bürgschaften handelt es sich um Bürgschaften, die im Rahmen des Treuhandgeschäftes eingegangen werden.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Posten umfasst die bewilligten, aber noch nicht vollständig ausgezahlten Treuhandkredite. Mit einer Inanspruchnahme im kommenden Geschäftsjahr ist zu rechnen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen aus dem Mietvertrag für die Büroräume der Gesellschaft. Die Laufzeit beträgt noch drei Jahre. Der monatliche Mietzins beträgt T€ 27,9.

Sonstige Angaben

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Berichtsjahr waren für die LTH durchschnittlich 76 Vollzeitkräfte und 23 Teilzeitkräfte tätig. Im Berichtszeitraum beschäftigte die LTH eine Auszubildende.

Verwaltungsrat

Vorsitzender:

- Dr. Salvatore Barbaro
Staatssekretär Ministerium der Finanzen
Rheinland-Pfalz

Mitglieder:

- Renate Kreckel
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
- Anette Schürmann
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
- Dr. Axel Grunwald
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz
- Stefan Crohn
Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz

Beschäftigtenvertreter

- Karin Bernhard-Schulte
- Hans-Jürgen Schollmeier

Im Berichtsjahr wurden €2.100 Aufwandsentschädigung an den Verwaltungsrat gezahlt.

Vorstand

Dem Vorstand der LTH gehören an:

- Rainer Richarts, Mainz
Vorsitzender
(bis 30. September 2011)
- Jakob Schmid, Dannenfels
- Ulrich Dexheimer, Schwetzingen
(ab 1. Oktober 2011)

Organe

Von der Schutzklausel nach § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht und auf die Offenlegung der Organbezüge verzichtet.

Jahresabschlusskosten

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer gemäß § 285 Abs. 17 HGB belief sich auf T€ 161 und setzt sich wie folgt zusammen:

	T€
Abschlussprüfungsleistungen	75
Andere Bestätigungsleistungen	86
Steuerberatungsleistungen	-
Sonstige Leistungen	-

Die Bestätigungsleistungen sind für die Prüfung der Werthaltigkeit der abgetretenen Forderungsportfolien entstanden und wurden den Forderungseigentümern in Rechnung gestellt.

Ergebnisverwendung

Abweichend vom Vorschlag des Vorstandes, den Jahresüberschuss des Jahres 2010 in Höhe von € 690.000 (49% von € 1.382.618,10) in die Gewinnrücklage einzustellen und € 730.391,59 (inkl. Gewinnvortrag aus 2009) auf neue Rechnung vorzutragen, hat der Träger beschlossen, € 700.000 in die Gewinnrücklage einzustellen und € 720.391,59 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Differenz in Höhe von € 10.000 wurde in laufender Rechnung gebucht.

Der Vorstand schlägt dem Träger vor, den Jahresüberschuss des Jahres 2011 in Höhe von € 783.846,45 auf neue Rechnung vorzutragen.

Mainz, den 29. Mai 2012

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Im Berichtsjahr hat sich die deutsche Volkswirtschaft mit einem preisbereinigten Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 3,0% überaus positiv entwickelt. Auch in Rheinland-Pfalz entwickelt sich die Wirtschaft sehr dynamisch. Die Aufwärtsbewegung hat an Stabilität gewonnen, sodass auch im laufenden Jahr mit einer weiter positiven Entwicklung zu rechnen ist.

Die erteilten Baugenehmigungen als Indikator für die Wohnungsbautätigkeit sind in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr auf 12.094 (Vorjahr 9.364) mit 29,2% unerwartet stark angestiegen. Besonders kräftig gewachsen sind die Baugenehmigungen für Eigentumswohnungen mit 2.061 (Vorjahr 1.212), was einen Anstieg um 70% bedeutet. Ebenfalls erfreulich ist der Anstieg der genehmigten Wohnungen in neuen Wohngebäuden mit drei und mehr Wohnungen auf 3.381 (Vorjahr 2.152), ein Plus von 57,1%. Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser hat sich mit einem Anstieg von 25% ebenfalls positiv entwickelt: Sie ist auf 5.637 gestiegen (Vorjahr 4.508).

Diese Dynamik der erteilten Baugenehmigungen führt zu einer nachhaltigen Belebung der Nachfrage und der Leistung im Baugewerbe und führt im Jahresverlauf zu einer spürbaren Belebung der Nachfrage nach den Förderinstrumenten der Bank.

Aufgaben

Mit Bescheid der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 12. Dezember 2008 hat

die LTH die Zulassung, als Förderbank das Kredit-, Einlagen-, Depot-, Giro- und Garantiegeschäft zu betreiben.

Neben den Bankgeschäften führt die LTH auch Tätigkeiten als Treuhänder, Geschäftsbesorger und Datentreuhänder aus. Ferner ist sie berechtigt, die Verwaltung von Finanzinstrumenten, die Wahrnehmung der Aufgaben als Berechnungsstelle, Kontenverwalter inkl. Durchführung des Zahlungsverkehrs und als Sicherheitentreuhänder durchzuführen. Die LTH verwaltet Forderungen für Dritte.

Haupttätigkeit der LTH ist die Umsetzung der Programme des Landes Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet der Wohnraum- und Städtebauförderung. Hierfür reicht die LTH Darlehen und Zuschüsse im eigenen Namen für Rechnung des Landes Rheinland-Pfalz aus. Überwiegend erfolgte die Förderung, insbesondere in den Bereichen Wohneigentum und Modernisierung, mit dem Zinsgarantieinstrument. Die Zinsgarantie beinhaltet eine Zinsverbilligung für ein Kapitalmarktdarlehen, das Kreditnehmer bei ihrer Hausbank aufnehmen, und die Übernahme einer Ausfallbürgschaft durch das Land für diese in der Regel nachrangigen Darlehen. Grundlage sind die in den Verwaltungsvorschriften des Landes festgehaltenen Förderbedingungen.

Im Programmjahr 2011 wurden über alle Programme hinweg 5.112 Wohneinheiten gefördert. Damit konnten die guten Ergebnisse der Vorjahre nochmals deutlich übertroffen werden.

Geschäftsverlauf

Für das Programmjahr 2011 wurden durch das Ministerium der Finanzen für die Förderung von 6.290 Wohneinheiten Fördermittel in Höhe von € 35,0 Mio. bereitgestellt, was einem Kredit-/Zuschussvolumen von € 136,1 Mio. entspricht. Mit der Förderung werden finanzielle Anreize für den Neubau, den Erwerb und die Modernisierung von Wohnraum gegeben und Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen unterstützt. Die Förderung erfolgt im Eigentumsprogramm durch Zinsgarantien, in der Modernisie-

rung durch Zinsgarantien und Zuschüsse und im Mietwohnungsprogramm durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse. Die Fördermittel werden bis zum 31. März des Folgejahres ausgereicht.

Wohnraumförderung

Im Programmjahr konnte das Fördervolumen des Vorjahres deutlich überschritten werden. Nachfolgende Tabellen zeigen geförderte Wohneinheiten und Volumina im Berichtsjahr mit den Zahlen des Vorjahres.

Geförderte Wohneinheiten (WE)

	2011	2010
	WE	WE
A. Wohneigentum	1.792	1.186
B. Mietwohnungen	166	172
Baudarlehen	113	29
Zuschüsse Belegungsrechte	50	141
Sanierung	3	2
C. Modernisierung	2.826	2.316
Investitionszuschüsse	1.561	1.516
Zinsgarantie	1.265	800
D. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	298	256
Wohnungs- und Städtebau	-	-
Wohnen in Orts- und Stadtkernen	298	256
E. Konversion	30	376
Summe	5.112	4.306

Bewilligte Kreditvolumina Zinsgarantie, Darlehen und Zuschüsse

	2011	2010
	TE	TE
A. Wohneigentum	68.976	37.991
B. Mietwohnungen	6.309	2.192
Baudarlehen	5.922	1.161
Zuschüsse Belegungsrechte	336	1.018
Sanierung	51	13
C. Modernisierung	32.700	22.586
Investitionszuschüsse	2.522	2.344
Zinsgarantie	30.178	20.242
D. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	6.491	4.368
Wohnungs- und Städtebau	308	20
Wohnen in Orts- und Stadtkernen	6.183	4.348
E. Konversion	600	2.272
Summe	115.076	69.409

Wohneigentum

Für die Errichtung und den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum wurden im Jahr 2011 Fördermittel im Rahmen der Zinsgarantieprogramme zur Verfügung gestellt. Die Nachfrage nach diesem Förderinstrument ist im Programmjahr stark gestiegen, sodass mit rund € 69,0 Mio. (Vorjahr € 38,0 Mio.) zinsgarantierte Darlehen und 1.792 Wohneinheiten (Vorjahr 1.186) das Vorjahresergebnis deutlich überschritten wurde.

Mietwohnungen

Im Mietwohnungsprogramm werden zinsgünstige Baudarlehen zur Schaffung von Mietwohnungen sowie im Programm „Erwerb allgemeiner Belegungsrechte“ Zuschüsse zur Überlassung von Belegungsbindungen an Wohnungen im Bestand bereitgestellt. Insgesamt sind im Jahr 2011 für 166 Wohneinheiten (Vorjahr 172) Fördermittel in Höhe von € 6,3 Mio. (Vorjahr € 2,2 Mio.) bereitgestellt worden. Davon entfielen € 5,9 Mio. (Vorjahr € 1,2 Mio.) auf den Neubau von 113 Wohneinheiten (Vorjahr 29).

Modernisierung

Mit Mitteln des Modernisierungsprogramms sind im Jahr 2011 2.826 Wohneinheiten (Vorjahr 2.316) modernisiert worden. Dafür wurden Kreditvolumina von € 32,7 Mio. (Vorjahr € 22,6 Mio.) bereitgestellt. Mit € 30,2 Mio. (Vorjahr € 20,2 Mio.) ist der größte Teil in diesem Programm über die Hausbanken im Rahmen der Zinsgarantie bewilligt worden. Das Fördervolumen für kleinere Modernisierungsmaßnahmen, für die Investitionszuschüsse zugesagt werden, betrug € 2,5 Mio. (Vorjahr € 2,3 Mio.). Mit 1.561 Wohneinheiten lag das Ergebnis der Zuschussförderung leicht über dem des Vorjahres mit 1.516 Wohneinheiten.

Wohnen in Orts- und Stadtkernen

Die Verbesserung der Lebensqualität in Innerstädten und Innerortslagen sowie die Erhaltung und Wiederbelebung innerörtlicher Strukturen sind Ziele dieses Förderprogramms. Über die Aufnahme von Baumaßnahmen in das Programm entscheidet das Ministerium der Finanzen. Die Bewilligung und Auszahlung der Zuschüsse erfolgte durch die LTH. Im Programmjahr 2011 wurden 298 Wohneinheiten (Vorjahr 256) mit einem Fördervolumen von € 6,5 Mio. (Vorjahr € 4,4 Mio.) gefördert. Mit € 4,8 Mio. (Vorjahr € 3,7 Mio.) und 247 Wohneinheiten (Vorjahr 225) entfiel der größte Teil der Förderung auf Mietobjekte.

Konversion

Die Umwandlung bisher freigewordener militärischer Liegenschaften in Wohnliegenschaften ist in Rheinland-Pfalz weitgehend abgeschlossen. Dies spiegelt sich auch in der Nachfrage nach Fördermitteln aus dem Konversionsprogramm wider. Mit einem Fördervolumen von € 0,6 Mio. (Vorjahr € 2,3 Mio.) und 30 Wohneinheiten (Vorjahr 376) ist das Vorjahresergebnis erheblich unterschritten.

Städtebauförderung

Fördermittel für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Städten und Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz werden vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur bewilligt. Im Jahr 2011 wurden Bewilligungen in Höhe von € 62,3 Mio. (Vorjahr € 74,4 Mio.) ausgesprochen. Die LTH ist mit der Auszahlung dieser Mittel beauftragt.

Energieeffizienz und Klimaschutz

Im Rahmen der Energieeffizienz und des Klimaschutzes fördert das Land Rheinland-Pfalz den Neubau und Maßnahmen im Bestand, die energieeffizienten Bauweisen dienen. Daneben gibt es eine Förderung kommunaler Infrastrukturinvestitionen im Bereich der Energieversorgung. Für das Förderprogramm „Hochenergieeffiziente Gebäude“ zahlt die LTH Zuschüsse aus. Die Förderung wird auch für Nichtwohngebäude zur Verfügung gestellt. Im Berichtszeitraum sind € 2,0 Mio. (Vorjahr € 1,5 Mio.) ausgezahlt worden.

Im Rahmen des Konjunkturpakets II hat die LTH im Jahr 2011 die Zuschüsse nach Prüfung der Verwendungsnachweise im Förderprogramm „Zuschüsse für kommunale Infrastrukturinvestitionen und Zinszuschüsse für Investitionen im Bereich der Energieeffizienz und der Energieversorgung einschließlich der erneuerbaren Energien“ ausgezahlt. Insgesamt sind hierin Maßnahmen in Höhe von rund € 20 Mio. durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten bewilligt und im Berichtsjahr € 14,5 Mio. (Vorjahr € 9,1 Mio.) von der LTH ausgezahlt worden.

ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Ertragslage

Der Jahresüberschuss der LTH liegt im Berichtsjahr bei € 0,8 Mio. (Vorjahr € 1,4 Mio.). Das operative Geschäft bewegt sich auf einem etwas niedrigeren Niveau als im Vorjahr.

Die mit € 11,3 Mio. (Vorjahr € 11,6 Mio.) leicht verringerten Provisionserträge resultieren aus gesunkenen Verwaltungskostenbeiträgen aus Darlehen, die auf einen rückläufigen Forderungsbestand zurückzuführen sind. Die Verwaltungsaufwendungen in Höhe von € 9,0 Mio. bewegen sich auf leicht niedrigerem Niveau als im Vorjahr (€ 10,0 Mio.).

Finanzlage

Die Finanzlage der LTH ist wesentlich geprägt durch die Refinanzierung bestehender Auszahlungsverpflichtungen durch das Land im Rahmen des Treuhandgeschäftes. Die Liquidität wird täglich gesteuert und die benötigten Refinanzierungsmittel bei der Landeshauptkasse Rheinland-Pfalz angefordert. Damit ist die Liquidität der LTH für ihre geschäftlichen Aktivitäten stets gewährleistet. Aufgrund der Refinanzierung durch das Land (Treuhandgeschäft) bestehen bei der LTH keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Kunden, etc. Aus diesem Grund ermittelt die LTH keinen Koeffizienten nach Liquiditätsverordnung.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag € 1.683,9 Mio. (Vorjahr € 1.777,5 Mio.). Die Verringerung der Bilanzsumme resultiert aus dem Rückgang des Fördergeschäftes. Die Summe der Aktiva besteht im Wesentlichen aus Treuhandforderungen in Höhe von € 1.630,2 Mio. (Vorjahr € 1.735,7 Mio.). Weitere wesentliche Bilanzpositionen sind Forderungen an Kunden bzw. an das Land (€ 36,9 Mio.) und Forderungen an Kreditinstitute (€ 16,2 Mio.). Im Anlagebuch liegen keine Wertpapiere, da das Wertpapier 2011 ausgelaufen ist.

Die Passivseite wird neben den aus der LTH übernommenen Treuhandverbindlichkeiten im Wesentlichen von den Rückstellungen in Höhe von € 23,7 Mio. (Vorjahr € 25,9 Mio.), von Sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von € 18,8 Mio. (Vorjahr € 6,3 Mio.), und dem Eigenkapital in Höhe von € 11,2 Mio. (Vorjahr € 9,5 Mio.) geprägt.

Als Bank des Landes Rheinland-Pfalz betreibt die LTH das Kreditgeschäft treuhänderisch. Darüber hinausgehendes Kreditgeschäft wird ausschließlich im Rahmen des Anlagebuchs durchgeführt. Zu jeder Zeit war die LTH mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet.

Durch die Struktur des Geschäftes und der Organisation werden aus heutiger Sicht keine negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet.

NACHTRAGSBERICHT

Weitere, nach Schluss des Geschäftsjahres eingetretene Vorgänge von besonderer Bedeutung, die eine

Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der LTH haben, liegen nicht vor.

RISIKOBERICHT

Die Beteiligung der LTH am Wirtschaftsgeschehen in Rheinland-Pfalz ist unter Risikogesichtspunkten nur bedingt mit Geschäftsbanken vergleichbar. Dessen ungeachtet wird die LTH als Partner der Marktteilnehmer tätig und hat insofern die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergebenden Risiken zu berücksichtigen und in einem Risikomanagementprozess zu überwachen und zu steuern.

Ziel des Risikomanagements der LTH ist die Identifikation, Analyse sowie Bewertung aller wesentlichen Risiken. Auf Basis der Risikoanalyse ist zu beurteilen, wie die Bank mit den identifizierten Risiken umgehen soll. Das Risikomanagement der LTH setzt sich aus der Risikostrategie, der Steuerung der Risikotragfähigkeit und dem internen Kontrollsystem zusammen. Das interne Kontrollsystem besteht aus der schriftlich fixierten Ordnung in Form von Organisations- und Arbeitsanweisungen sowie der Aufbau- und Ablauforganisation. Im Hinblick auf die Aktivitäten der Bank und den damit verbundenen Risiken ist der Risikomanagementprozess kein einmalig zu durchlaufender, sondern ein periodisch wiederkehrender Prozess, dessen Weiterentwicklung als Notwendigkeit und unternehmerische Herausforderung gesehen wird.

Der Ausbau des Risikomanagementprozesses erfolgte vornehmlich in der Weiterentwicklung der Elemente zur Messung und Bewertung von Kreditrisiken. Dabei konnte die LTH aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit als Förderbank Erleichterungen in Form von Öffnungsklauseln in Anspruch nehmen.

Die LTH betreibt ihre Bankgeschäfte im Rahmen der bankweit kommunizierten Geschäftsstrategie in Form von Unternehmenszielen und der Risikostrategie. Die Einhaltung der Geschäfts- und Risikostrategie wird durch vierteljährliche Risikoberichte überwacht. Diese Tätigkeit ist unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit in die Gesamtbanksteuerung eingebunden, indem Limite der für die Bank als wesentlich eingestuften Risikoarten ermittelt wurden. Die Einhaltung der Limite wird vom Controlling überwacht.

Darüber hinaus verfügt die LTH über ein monatliches Management-Informationssystem (MIS) zur laufen-

den Überwachung, Steuerung und Bewertung wesentlicher Geschäftskennzahlen und Steuerungsgrößen, in dem ein Soll-Ist-Vergleich mit dem jährlichen Wirtschaftsplan erfolgt. Das MIS gibt damit dem Vorstand und den Führungskräften der LTH einen Überblick über die Geschäftstätigkeit der Bank.

Die LTH bezieht sich bei der Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen auf die Vorgaben der Solvabilitätsverordnung. Dabei finden der Standardansatz für das Kreditrisiko sowie der Basisindikatoransatz für operationelle Risiken Anwendung.

Adressenausfallrisiken

Entsprechend ihrer Geschäfts- und Risikostrategie drohen der LTH nur in eingeschränktem Maße Adressenausfallrisiken.

Die Durchführung des Förderauftrages des Landes durch die LTH erfolgt als Treuhandgeschäft. Als Treunnehmer im Treuhandgeschäft für Dritte handelt die LTH daher zwar im eigenen Namen, aber für Rechnung des jeweiligen Treugebers und hat selbst keinen Einfluss auf die Struktur des Adressenausfallrisikos. Die Förderung wird gewährt, wenn der Fördernehmer die vom Treugeber vorgegebenen Förderbedingungen erfüllt und er damit einen förderrechtlichen Anspruch auf die Darlehensgewährung hat. Dennoch werden im Sinne einer Sorgfaltspflicht gegenüber dem Treugeber und entsprechend den Grundsätzen ordnungsgemäßer Geschäftsführung von der LTH Wertberichtigungen ermittelt. Über die laufende Entwicklung wird im Rahmen des Risikoberichtes im MIS informiert. Die Organisationseinheit „Notleidende Kredite“ in der LTH trägt durch die Beratung finanziell in Schwierigkeiten geratener Bauherren zur Minderung der tatsächlichen Ausfälle für den Treugeber bei. Zudem besteht eine kontinuierliche Bonitätsprüfung im Mietwohnungsbereich.

Da die LTH demzufolge im Treuhandgeschäft keine Risiken, insbesondere kein Adressenausfallrisiko, trägt und diese Risiken vollständig durch die entspre-

chenden Treugeber getragen werden, sind die Mindestanforderungen an das Risikomanagement für diesen Tätigkeitsschwerpunkt nicht anzuwenden. Die Bank nimmt daher für das Treuhandgeschäft weitestgehend Vereinfachungen in der Aufbau- und Ablauforganisation in Anspruch.

Der Schwerpunkt der von der Bank zu steuernden Risiken liegt im Bereich der Anlage liquider Mittel, der Rückstellungen zur Erfüllung zukünftiger Pensionsansprüche und des Eigenkapitals. Die Anlage dieser Mittel erfolgt gemäß der Risikostrategie sowohl in Tages- und kurzfristige Termingelder inländischer Kreditinstitute als auch in kurz- bis mittelfristige festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen inländischen Emittenten oder Wertpapiere mit vergleichbarem Risikogehalt und ausschließlich in Euro. Aus diesen Anlagen resultiert in der Regel ein lediglich geringes Adressenausfallrisiko.

Marktpreisrisiken

Die LTH ist als Nichthandelsbuchinstitut eingestuft. Demzufolge werden keine spekulativen Handelsgeschäfte zur Erzielung eines Handelserfolges durch das Ausnutzen von erwarteten Unterschieden zwischen An- und Verkaufspreis innerhalb eines kurzfristigen Zeitraums getätigt.

Die von der LTH gehaltenen Schuldscheindarlehen sind aufgrund der allgemein bestehenden Halteabsicht bis zur Endfälligkeit dem Anlagevermögen zugeordnet. Emittent der Schuldscheindarlehen ist das Land. Das noch zum Jahresultimo im Bestand befindliche verzinsliche Wertpapier der LBBW wurde im August 2011 zurückgeführt. Dadurch sind Preis- und Kursrisiken, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nur in geringem Umfang für die Bank relevant. Die Überwachung der Zinsänderungsrisiken erfolgt monatlich. Mithilfe von Szenarioberechnungen werden die möglichen Auswirkungen von Marktzinsänderungen auf die Ertragslage der LTH abgeschätzt. Negative Barwertveränderungen werden mittels Zinsschockanalyse nach dem aufsichtsrechtlich zulässigen Ausweichverfahren analysiert.

Es werden keine Fremdwährungs- oder Termingeschäfte von der Bank getätigt.

Liquiditätsrisiken

Die LTH definiert als Liquiditätsrisiko die Gefahr, fälligen Zahlungsverpflichtungen nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommen zu können. Das Ziel der Liquiditätssteuerung ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit sicherzustellen.

Liquiditätsrisiken bestehen nur in eingeschränktem Umfang, da die LTH aus eigenen Mitteln derzeit im Wesentlichen nur die Mittel zur Erfüllung zukünftiger Pensionsverpflichtungen bedienen muss. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit wurde diese Risikoart nicht limitiert. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zur Liquidität hat die Bank im Geschäftsjahr stets eingehalten.

Das Liquiditätsrisiko aus den bestehenden Zahlungsverpflichtungen der LTH wird insofern gesteuert, als in einer täglichen Disposition die benötigten Refinanzierungsmittel ermittelt werden und diese von der Landeshauptkasse Rheinland-Pfalz angefordert werden.

Operationelle Risiken

Als das operationelle Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten, definiert.

In dieser Definition ist das Rechtsrisiko, darunter versteht die LTH die Gefahr von Schäden durch Rechtsprozesse, Klagen, der Nichtdurchsetzbarkeit von Verträgen etc., die als Folgerisiken auftreten können, enthalten. Das strategische Risiko und das Reputationsrisiko sind nicht Teil der operationellen Risiken.

Zur Steuerung möglicher personeller Risiken wurde ein zielgerichtetes, auf die Bedürfnisse der Bank ausgerichtetes Personalmanagement entwickelt, verbunden mit einem internen und externen Weiterbildungsangebot zur Erhaltung des hohen Qualifikationsniveaus der Mitarbeiter.

Technischen Risiken begegnet die Bank durch die Auslagerung des IT-Betriebs an die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH. Die Einbeziehung dieser ausgelagerten Aktivität in das Risiko-

management wird insofern sichergestellt, als die ISB vertraglich verpflichtet ist, die ausgelagerten Systeme der LTH laufend auf ihre technische Eignung hin zu prüfen und Modifizierungsbedarf mit der LTH abzustimmen. Die mit der Auslagerung einhergehenden Risiken wurden anhand einer Risikoanalyse bewertet und als wesentlich eingestuft.

Organisatorische Risiken werden durch die in der Bank etablierte Prozessorganisation für wiederkehrende Sachbearbeitungsvorgänge gesteuert. Zu diesem Zweck verfügt die LTH über eine ausführliche schriftlich fixierte Ordnung in Form von im Intranet veröffentlichten und jedem Mitarbeiter zugänglichen elektronischen Organisations- und Arbeitsanweisungen, in denen die Zuständigkeiten, Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und internen Kontrollverfahren beschrieben werden. Die Einhaltung der schriftlich fixierten Ordnung überprüft die Interne Revision im Rahmen ihres Prüfungsplans.

Die Tätigkeit der Internen Revision wurde nach einer ausführlichen Risikoanalyse auf die Rödl Consulting AG, Nürnberg, und deren Kooperationspartner ifb Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausgelagert. Den wiederum mit der Auslagerung einhergehenden Risiken wird begegnet, indem mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vertraglich vereinbart ist, dass der Revisionsbeauftragte der LTH die Entscheidungskompetenz bei der Festlegung der Prüfungsobjekte und des -umfangs hat. Die mit der Auslagerung

einhergehenden Risiken wurden anhand einer Risikoanalyse bewertet und als wesentlich eingestuft.

Das Rechtsrisiko ist aufgrund der Verwendung von Standardtexten in den Förderverträgen gering. Eine ständige Prüfung und die gegebenenfalls daraus resultierende Aktualisierung der Vertragstexte erfolgt innerhalb der LTH durch die Organisationseinheit Grundsatzfragen.

Im Hinblick auf ihre Geschäftstätigkeit werden die Risiken der LTH als angemessen angesehen. Weitere, nicht aufgeführte Risikoarten sind derzeit nicht erkennbar.

Offenlegungsvorschriften des § 26a KWG und der Solvabilitätsverordnung

Der Offenlegungsbericht gemäß den Anforderungen aus § 26a KWG und den §§ 319 ff. Solvabilitätsverordnung (SolvV) enthält qualitative und quantitative Informationen über das Eigenkapital, die eingegangenen Risiken und das Risikomanagement der LTH. Die Veröffentlichung des Offenlegungsberichtes für das Geschäftsjahr 2010 ist unverzüglich nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes auf der Homepage der LTH unter www.lth-rlp.de, Service, Publikationen, erfolgt.

Für das Jahr 2011 wird die LTH trotz zwischenzeitlich erfolgter Fusion mit der ISB GmbH zur ISB AöR einen eigenen Offenlegungsbericht veröffentlichen.

AUSBLICK

Mit dem Landesgesetz über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISBLG) vom 20. Dezember 2011 wurden die Förderaufgaben des Landes, die bisher auf die ISB GmbH und die LTH AöR verteilt waren, zusammengeführt. Zunächst wurde die ISB GmbH zum 1. Januar 2012 im Zuge eines Formwechsels in die rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts „Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)“ umgewandelt. Die LTH wurde ebenfalls mit Wirkung zum 1. Januar 2012 unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Aufnahme durch Übernahme ihres Vermögens als Ganzes auf die ISB ver-

schmolzen. Das Vermögen der LTH ging im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf die ISB über.

Mit der Fusion der ISB und der LTH wurde das Prinzip der Förderung aus einer Hand in Rheinland-Pfalz weiter gestärkt. Nunmehr ist die ISB für die gesamte Wirtschafts- sowie Wohnraum- und Städtebauförderung im Land der zentrale Ansprechpartner. Als nunmehr in allen Teilbereichen Verständigung-II-konforme Förderbank konnte im Zuge der Fusion insgesamt die Befreiung von der Körperschafts- und Gewerbesteuer sowie der Bankenabgabe erreicht werden.

Eine der Herausforderungen anlässlich der Fusion besteht in der Entwicklung einer einheitlichen Marktstrategie, da die ISB in ihren Kernbereichen, der Wirtschaftsförderung einerseits sowie der Wohnraum- und Städtebauförderung andererseits, unterschiedliche Zielgruppen anspricht. Dazu ist insbesondere die weitere Optimierung der Vertriebsaktivitäten von zentraler Bedeutung.

Diese nun anstehenden neuen Aufgaben und Anforderungen, insbesondere auch die organisatorische und technische Fusion, werden die Aufgaben der Bank im laufenden Jahr in besonderem Maße prägen und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin zusätzliches Engagement fordern.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Auftraggeber für die Wohnraumförderung und Träger der ISB entschieden, die Förderprogramme 2012 in enger Anlehnung an die Förderprogramme 2011 fortzuführen und dank der Kontinuität und Akzeptanz der Programme im abgelaufenen Jahr unverändert an den positiven Verlauf des Jahres 2011 anzuknüpfen. Haushaltsmittel stehen in unveränderter Höhe zur Verfügung.

Im Bereich der Eigentums- und Modernisierungsförderung ist eine Fortführung der Programminhalte des Vorjahres vorgesehen. Im Jahr 2012 soll das erfolgreiche Eigentumsprogramm noch stärker in den Fokus potenzieller Bauherren gerückt werden. In der Modernisierungsförderung wird der Schwerpunkt auf der Verbesserung der energetischen Standards und der Anpassung der Wohnungsbestände an die Bedürfnisse älterer und behinderter Menschen liegen. Für Haushalte, die aufgrund ihrer Einkommenssituation ohne Unterstützung entsprechende Modernisierungsmaßnahmen nicht durchführen können, steht wieder ein attraktives Programm mit sehr günstigen Zinsen zur Verfügung.

Zugleich wird die ISB ihr Potenzial auch im Bereich der sozialen Wohnraumförderung einbringen.

Im Mietwohnungsprogramm 2012 liegt ein Schwerpunkt auf der Förderung barrierefreier Mietwohnungen. Durch die Verbesserung der Förderbedingungen, insbesondere im Bereich der Zusatzdarlehen, soll die Attraktivität des Programms weiter gesteigert werden.

In Zeiten knapper werdender Haushaltsmittel der öffentlichen Haushalte stellt sich die ISB der Herausforderung, die soziale Wohnraumförderung in stärkerem Umfang als bisher unabhängig von den verfügbaren Haushaltsmitteln zu gestalten. Dies wird zu dem Einsatz veränderter Förderinstrumente und der Entwicklung eines Eigengeschäftes führen.

Als neues Programmangebot ist künftig die Förderung von Gruppenwohnungen im Rahmen der Mietwohnraumförderung vorgesehen.

Durch die Fusion der ISB und der LTH zum 1. Januar 2012 werden Synergieeffekte erwartet. Bei den Sachaufwendungen ergeben sich kurz- und mittelfristig Einsparungen, insbesondere bei Auslagerungen, Versicherungen, Beiträgen und dem IT-Betrieb. Im Personalbereich werden Synergien ausschließlich durch die natürliche Mitarbeiterfluktuation – insbesondere durch das altersbedingte Ausscheiden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – gehoben. Betriebsbedingte Kündigungen aufgrund der Fusion wird es insoweit nicht geben. Zudem kann die ISB aufgrund der nunmehr gesetzlich verankerten Gewährträgerhaftung des Landes Rheinland-Pfalz künftig Vorteile bei den Refinanzierungskonditionen nutzen.

Die beschriebenen Rahmenbedingungen der Volumenentwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen, ein qualitatives Wachstum sowie die Realisierung von möglichen Fusionssynergien lassen für die beiden kommenden Jahre eine durchaus positive Entwicklung erwarten.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrates sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, an die auch im vergangenen Jahr wiederum hohe Anforderungen gestellt waren, gilt unser besonderer Dank.

Mainz, den 29. Mai 2012

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), Anstalt des öffentlichen Rechts, Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Vorschriften der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf

der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 30. Mai 2012

Rölfs RP AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralph Hüsemann
Wirtschaftsprüfer

Stephan Müller
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates an die Trägerversammlung



Dr. Salvatore Barbaro,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Bericht des Verwaltungsrates an die Trägererversammlung

Nachfolgender Bericht des Verwaltungsrates schließt neben dem Jahresabschluss der ISB GmbH und dem Konzernabschluss der ISB-Gruppe für das Geschäftsjahr 2011 auch den Jahresabschluss 2011 der mit Wirkung zum 1. Januar 2012 mit der ISB fusionierten Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) ein.

A. Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH, 1993 als das zentrale Wirtschaftsförderungsinstitut des Landes gegründet, bietet seit Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit maßgeschneiderte Finanzierungskonzepte „aus einer Hand“ für die gewerbliche Wirtschaft in Rheinland-Pfalz an.

Im Geschäftsjahr 2011 weist die ISB ein auf € 10.485.817.032,22 angestiegenes Bilanzvolumen

aus. Im Jahr 2010 betrug das Bilanzvolumen rund € 10,34 Mrd.

Der Aufsichtsrat der ISB GmbH hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 im Rahmen von vier Sitzungen von der Geschäftsleitung über die wesentlichen geschäftlichen und organisatorischen Entwicklungen der Gesellschaft unterrichten lassen und über die ihm satzungsmäßig zugewiesenen Beschlussgegenstände beschlossen.

Jahresabschluss und Lagebericht, Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie die Buchführung wurden für das Geschäftsjahr 2011 von der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, dem durch die Gesellschafterversammlung der ISB GmbH gewählten Abschlussprüfer, geprüft und als mit den gesetzlichen Anforderungen in Einklang stehend befunden. Bei den Abschlüssen wurden uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat den Jahresabschluss der ISB GmbH und den Konzernabschluss 2011 zusammen mit dem Lagebericht und Konzernlagebericht, einem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns sowie dem Prüfbericht vorgelegt und in seiner heutigen Sitzung durch den verantwortlichen Partner der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erläutern lassen.

Der Verwaltungsrat nahm die Prüfungsergebnisse zustimmend zur Kenntnis. Die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes, wie auch des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes durch den Verwaltungsrat hat nicht zu Beanstandungen geführt, sodass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung Einwendungen nicht zu erheben sind.

Der Vorstand hat vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der ISB GmbH von € 1.895.025,05 in voller Höhe dem Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, zuzuführen. Der Verwaltungsrat empfiehlt der Trägerversammlung, diesem Gewinnverwendungsvorschlag zu folgen.

B. Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH)

Die Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH), Mainz, 1949 gegründet als Treuhandfonds für Grundpfandrechte und seit 1962 als Ressort der Landesbank Rheinland-Pfalz geführt, wurde nach Ausgliederung aus der Landesbank Baden-Württemberg aufgrund des Landesgesetzes vom 22. Dezember 2008 in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt. Sie nahm zum 1. Januar 2009 ihren Geschäftsbetrieb auf und hat den gesetzlichen Auftrag, das Land Rheinland-Pfalz in seiner Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere bei der Wohnungs- und Städtebaupolitik zu unterstützen.

Im Geschäftsjahr 2011 weist die LTH ein auf € 1.683.925.676,44 gesunkenes Bilanzvolumen aus. Im Jahr 2010 betrug das Bilanzvolumen rund € 1,78 Mrd.

Der Verwaltungsrat der LTH hat sich im Geschäftsjahr 2011 im Rahmen von drei Sitzungen von dem Vorstand über die wesentlichen geschäftlichen und organisatorischen Entwicklungen der Gesellschaft unterrichten lassen und über die ihm satzungsmäßig zugewiesenen Beschlussgegenstände beschlossen.

Jahresabschluss und Lagebericht sowie die Buchführung wurden für das Geschäftsjahr 2011 von dem durch die Trägerversammlung der LTH gewählten Abschlussprüfer, der Rölfs RP AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt, geprüft und als mit den gesetzlichen Anforderungen im Einklang stehend befunden. Dem Abschluss wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat den Jahresabschluss der LTH 2011 zusammen mit dem Lagebericht, einem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns sowie dem Prüfbericht vorgelegt und in seiner heutigen Sitzung durch den verantwortlichen Partner der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erläutern lassen.

Der Verwaltungsrat nahm die Prüfungsergebnisse zustimmend zur Kenntnis. Die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes durch den Verwaltungsrat hat nicht zu Beanstandungen geführt, sodass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung Einwendungen nicht zu erheben sind.

Der Vorstand hat vorgeschlagen, den Jahresüberschuss von € 783.846,45 in voller Höhe auf neue Rechnung vorzutragen. Der Verwaltungsrat empfiehlt der Trägerversammlung, diesem Gewinnverwendungsvorschlag zu folgen. Der Bilanzgewinn 2011 beträgt € 1.504.238,04.

Mainz, den 28. Juni 2012

Dr. Salvatore Barbaro
Vorsitzender des Verwaltungsrates
(Staatssekretär des Ministeriums der Finanzen)

IMPRESSUM

Herausgeber

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)

Inhalt

Thomas Wiebusch (ISB)

Fotos

nahdran fotografie Sandra Hauer, Wiesbaden, Alexander Sell, Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz

Redaktion

Claudia Belz, Pressesprecherin (ISB),
BESTFALL GmbH Agentur für Public Relations und Events
www.bestfall.de

Layout

seideldesign, Mainz
www.seideldesign.net

Druck

Raabdruck Lindemann GmbH & Co. KG

Auflage

2.000 Exemplare

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Juni 2012

Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
Holzhofstraße 4
55116 Mainz

Telefon 06131 6172-0
Telefax 06131 6172-1299
presse@isb.rlp.de
www.isb.rlp.de



Rheinland-Pfalz